

Inhalt

- 1 **Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche 2005**

Analysen und Grundsatztexte

Zuwanderung und Integration

- 2 **Die unfreundliche Republik – Zuwanderung und Flüchtlingsschutz in Deutschland**
Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer

- 10 **Migration im Kontext globaler, ethnischer und kultureller Konflikte**
Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun

50 Jahre Anwerbung – 30 Jahre »Woche«

- 14 **»... und es kommen Menschen«**
50 Jahre Migrationsgeschichte
Michaela Dälken

- 16 **Die Mission war unsere Familie**
Mauro Montanari

- 18 **30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger/ Interkulturelle Woche**
Gabriele Erpenbeck

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

- 21 **Der Kampf um Köpfe**
Neuere Entwicklungen und Strategievarianten bei extremen Rechten in Deutschland
Prof. Dr. Benno Hafeneeger

- 24 **Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt – Standortnachteil für die ostdeutsche Wirtschaft**
Ingrid Godenrath

- 25 **Bündnis für Demokratie und Toleranz**

Zusammenleben mit Muslimen

- 27 **Integration und Dialog**
Stiefkinder unserer Generation
Dr. Nadeem Elyas

- 29 **Gesichter des Islam in der Nachbarschaft**
Dr. Christoph Dahling-Sander

- 30 **Moschee-Pädagogik**
Was dürfen Schülerinnen und Schüler bei einem Besuch in der Moschee erwarten?
Beekir Alboga

- 31 **Der Islam in Deutschland**
Skizze seiner Organisation und Ansätze der Begegnung im Bistum Aachen
Dieter F. Griemens

Texte und Bausteine für einen Gottesdienst

- 34 **Der Papst und die Migranten**
Pfarrer Wolfgang Miehle

- 36 **Wegweiser von Mensch zu Mensch**
Eine Meditation zum Plakat
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Dr. Thomas Broch

- 35 **Ich will Frieden Schaffen**
Andacht von Präses Alfred Buß

- 37 **Die Umkehr beginnt in unserer Seele**
Predigt von Dr. Georgios Basioudis

- 40 **Lazarus – auch heute noch vor unserer Tür**
Predigt von P. Dr. Jörg Alt SJ

- 42 **Gottes Haus der lebendigen Steine**
Predigt von Pfarrer Martin Autschbach

- 43 **Anregungen zur Gestaltung von Gottesdiensten**
– Bausteine für die Liturgie
– Fürbitten mit Gabengang
»Gottesdienst der Nationen« während des Katholikentags 2004 in Ulm
– Ökumenisches Erntedankfest mit Kindern in Jena-Lobeda
– Gebet um Lebensfarben

Beispiele und Anregungen

Städte und Gemeinden

- 47 **Bunte Farbtupfer in einer einheitsgrauen Welt**
Anita Rüffer

- 48 **Menschen aus vielen Nationen wachsen zusammen**
Petra Strobel

- 49 **Projekt »Sprachpartnerschaften«**
Nguyen Tien Duc

Kinder

- 51 **Das Interkulturelle Spielzimmer – Erweiterung interkultureller Kompetenz**
Gabriele Duziak-Jan

- 52 **Spielend Deutsch lernen**
Chancengleichheit fängt bei der Sprachförderung in Kindergärten und Schule an
Anita Rüffer

- 53 **Andere Länder – andere Bräuche**
In der Evangelischen KiTa Arche Noah in Neunkirchen
Petra Hübchen

Jugendliche

- 54 **Irrgarten Migration**
Reinhard Köhler, Martina Soßdorf

- 56 **»Grenzenlos – Interkulturelles Lernen im Dialog«**
»... am meisten hat mich beeindruckt, dass sie keinen Winter kannten«.

Stellungnahme

- 57 **Papst Johannes Paul II.**
Botschaft zum 91. Welttag der Migranten und Flüchtlinge
Aus dem Vatikan am 24. November 2004

- 58 **Materialhinweise**

- 61 **Bestellformular**

Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche 2005

»Miteinander Zusammenleben gestalten«

In diesem Jahr kann die Bundesrepublik Deutschland ein besonderes Jubiläum begehen: Mit dem Abschluss des deutsch-italienischen Anwerbevertrags am 20. Dezember 1955 wurde ein neues Kapitel in der Migrationsgeschichte unseres Landes aufgeschlagen. Menschen aus vielen Ländern Europas und später auch von außerhalb kamen hierher, um Arbeit und damit auch bessere Möglichkeiten zum Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu suchen. Nicht immer gestaltete sich das Zusammenleben zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft problemlos. Auf beiden Seiten entwickelten sich Gefühle der Fremdheit und Unsicherheit, die teilweise nur schwer überwunden werden konnten. Unsere Gesellschaft musste erst lernen, sich auf die neuen Herausforderungen einzustellen.

Von Anfang an haben sich die christlichen Kirchen darum bemüht, die religiösen und sozialen Bedürfnisse der Zuwanderer ernst zu nehmen. Viele Initiativen von kirchlichen Organisationen, Verbänden und Kirchengemeinden, die Beratungsstellen für Migranten und nicht zuletzt die neu gegründeten muttersprachlichen Gemeinden zielten darauf, den neuen Mitbürgern die Erfahrung von Beheimatung und Geborgenheit zu vermitteln.

Zwar hatte sich nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit seinen beiden entsetzlichen Weltkriegen und allen schrecklichen Folgen erneut die Meinung weithin durchgesetzt, dass die Menschheit nur in einem friedlichen Miteinander auch künftig bestehen kann. Dennoch bedarf es immer wieder neuer Ansätze, um zu einem guten Zusammenleben der Menschen, der Völker, der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und der Religionen zu gelangen.

Im Herbst 2005 jährt sich die Woche der ausländischen Mitbürger/Interkul-

turelle Woche unter der gemeinsamen Trägerschaft der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropole zum 30. Mal. Sie hat sich zum Ziel gesetzt,

- das öffentliche Bewusstsein für die vielfältigen Problemstellungen der Zuwanderung nach Deutschland zu schärfen,
- die staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzunehmen, die eine gleichberechtigte Eingliederung der Migranten in die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnung ermöglichen,
- in den Gottesdiensten, Aktionen und Veranstaltungen dieser Woche ein gutes Miteinander zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft anzubahnen und einzuüben
- und dadurch einen notwendigen Impuls zu setzen, damit das Zusammenleben und Zusammenarbeiten in Gerechtigkeit und Solidarität, in Frieden und Toleranz besser gelingen kann.

Inzwischen hat sich diese kirchliche Initiative durch die Kooperation mit vielen gesellschaftlichen, sozialen und staatlichen Organisationen, Gruppen und Verbänden zu einer weithin beachteten bürgerschaftlichen Gemeinschaftsaktion entwickelt. Mit Engagement und Kompetenz fördert sie die Integration der Zuwanderer und einen steten Lernprozess in unserer Gesellschaft.

Allzu oft werden in unserer Mediengesellschaft nur die Probleme und Konflikte im Zusammenleben von Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft wahrgenommen. Deshalb urteilen manche vorschnell, dass das bisherige Integrationsbemühen fehlgeschlagen sei. Demgegenüber dürfen wir dankbar feststellen:

Das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ist besser als sein Ruf. An vielen Orten ist es schon selbstverständlich geworden. In Betrieben

und Kirchengemeinden, in Kindergärten und Schulen, in der Nachbarschaft und in vielen Vereinen begegnen sich Menschen tagtäglich und gestalten auf ganz natürliche Weise ein vertrauensvolles Miteinander.

Freilich bringt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller oder religiöser Prägung auch Schwierigkeiten mit sich, die nicht verschwiegen werden dürfen. Manche davon könnten allein schon dadurch vermieden oder gemildert werden, dass man mehr voneinander weiß und einander besser kennen lernt. Andere sollten im Geist des gegenseitigen Respekts und des Dialogs einer Lösung näher geführt werden. Letztlich werden solche Konflikte nur durch allseitige Bemühungen in Wahrheit und Liebe überwunden werden können.

Als Christen sind wir davon überzeugt, dass wahre und bleibende Gemeinschaft von Gott her kommt und stets auf Gott hin führen wird, um sich zu vollenden. Darauf vertrauen wir bei unserem Bemühen darum, dass das Zusammenleben der Menschen durch wechselseitiges Verstehen und Vertrauen geprägt ist.

So laden wir Sie alle herzlich zur Teilnahme und Mitwirkung an der diesjährigen Aktionswoche ein. Sie steht unter dem Motto: »Miteinander Zusammenleben gestalten«. In den unterschiedlichsten Formen von gemeinsamen Aktionen, Festen, Vorträgen, Veranstaltungen und Gottesdiensten will sie Begegnungen ermöglichen, Verständnis fördern und Vorurteile überwinden.

Aufrichtigen Dank sagen wir allen, die sich mit Engagement und Sachkenntnis, mit Weitblick und Augenmaß für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen. Wir bitten Sie alle, auch weiterhin dabei mitzuhelfen, dass über alle ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede hinweg ein Zusammenleben aus dem Geist des Miteinanders gelingt.

Bischof Wolfgang Huber
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Karl Kardinal Lehmann
Vorsitzender der
Deutschen Bischofskonferenz

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

Zuwanderung und Integration

Die unfreundliche Republik – Zuwanderung und Flüchtlingsschutz in Deutschland

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer



Prof. Dieter Oberndörfer

Die Bevölkerung Deutschlands wird vorerst unter sich bleiben. Das neue Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz wird die Deutschen vor einer weiteren quantitativ bedeutenden Zuwanderung schützen. Der Anwerbestopp von 1973 wurde nicht aufgehoben. Zwar werden in Zukunft einige so genannte »Hochqualifizierte« wie hoch bezahlte Wissenschaftler, Spezialisten oder leitende Angestellte und kapitalkräftige Unternehmer ein Niederlassungsrecht erhalten. Viele werden nicht kommen. Die wenig freundlichen Einstellungen zu Ausländern schrecken ab. Zudem gibt es eine internationale Konkurrenz, die ungleich attraktivere Angebote macht. Die große Zahl der

von der Wirtschaft oder in der Gesundheitsversorgung und Altenbetreuung zunehmend benötigten Arbeitskräfte wird wie bisher nur temporär beschäftigt werden. In der Form von Ausnahmeverordnungen für Saisonarbeit oder Werkverträge wird das Gastarbeitermodell auch in Zukunft praktiziert werden. So wurden allein im Jahr 2000 fast 350.000 Arbeiterlaubnisse meist für Saisonarbeit in der Landwirtschaft (90 Tage) erteilt. Dazu kam ein weiteres Heer temporärer Arbeitskräfte, die als reguläre Besucher einreisten und als Schwarzarbeiter im Baugewerbe, in Haushalten und anderen Bereichen vorübergehend tätig wurden.

Die Angst des Gesetzgebers vor einer Zuwanderung mit Bleiberecht drückt sich gerade auch in den scheinbar liberalen, bei näherer Betrachtung jedoch überaus klein karierten Bestimmungen zum Aufenthalt und Arbeitsrecht ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen aus. Sie dürfen nunmehr nach Studienabschluss ein weiteres Jahr in Deutschland bleiben, um Arbeit zu suchen. Haben sie einen Arbeitsplatz gefunden, muss jedoch behördlich geprüft werden, ob es für diesen nicht bevorrechtigte Kandidaten gibt (deutsche Staatsangehörige, EU-Bürger, Drittstaatsangehörige mit Niederlassungs-erlaubnis oder unbeschränktem Arbeitsmarkt-zugang). Diese haben Vorrang. Entscheidend ist hier also für die Vergabe nicht die Qualifikation, sondern die Nationalität. Zudem muss der Arbeitsplatz dem Kompetenzbereich des vorausgegangenen Studiums entsprechen. So darf sich z.B. der ausländische Absolvent der Archäologie nur für einen Arbeitsplatz bewerben, für den Kennt-

nisse der Archäologie erforderlich sind. Der Verbleib sprachlich gut integrierter und ausgebildeter Ausländer wird damit trotz des weltweiten Wettbewerbs um die »besten Köpfe« extrem eingeschränkt. Deutschland ist in ihm auch durch Abwerbung eigener »bester Köpfe« schon seit längerem ein Verlierer. Zu Recht hat der Sachverständigenrat für Migration und Integration in seinem Jahresgutachten die kleinlichen und berufliche Flexibilität hindernden Bestimmungen des Zuwanderungsbegrenzungs-gesetzes zum Bleiberecht ausländischer Absolventen kritisiert.

Wohl wegen des Drucks aus der Europäischen Union wurden im Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz nichtstaatlich Verfolgte weitgehend politisch Verfolgten gleichgestellt. Asyl wird nun mehr auch Flüchtlingen gewährt, die bei Gefährdung an Leib und Leben von ihren staatlichen Organen nicht geschützt werden, wenn also z.B. die Polizei den Mord und Totschlag der Angehörigen ungeliebter Minderheiten durch (nicht-staatliche) Nachbarn zulässt. Der nach der Genfer Flüchtlingskonvention längst fällige Schutz nicht staatlich Verfolgter wird jedoch durch die Drittstaatenregelung relativiert. Deutschland ist von Schengenstaaten umgeben. Daher haben immer weniger Flüchtlinge eine Chance, in Deutschland bleiben zu können und nicht in benachbarte Schengenstaaten abgeschoben zu werden. Bis 1997 hatten jährlich erheblich mehr als 100.000 Flüchtlinge in Deutschland eine Aufnahme beantragt. Danach verringerte sich ihre Zahl kontinuierlich. Im Jahr 2003 gab es nur noch 50.000 und zuletzt 2004 sogar nur 35.000 Bewerber. Dies sind Zahlen, die erheblich un-

ter dem Niveau der Asylanträge in der alten Bundesrepublik der achtziger Jahre liegen. Auch dies war vermutlich dem Bundesinnenminister Otto Schily noch zu viel. So konnte jedenfalls seine Forderung nach Einrichtung von Aufnahmeflagern für Flüchtlinge in Nordafrika gedeutet werden. Vielleicht spielte bei ihm auch die Furcht vor möglichen Ausgleichsforderungen der Schengenstaaten eine Rolle, die, wie Italien und Spanien, derzeit einem besonderen Zuwanderungsdruck ausgesetzt sind. Auch die Salden der Zuwanderung aller Ausländer sind in der Gesamtbilanz seit 1997 auf durchschnittlich 90.000 pro Jahr geschrumpft. Ohne Aussiedler liegt die Zuwanderung damit weit unter der vom statistischen Bundesamt für die Bevölkerungsentwicklung angenommenen und demographisch für unabdingbar gehaltenen Zahl von jährlich 200.000 Zuwanderern.

Das Los der »geduldeten« Ausländer wird sich nicht wesentlich verbessern. Es handelt sich hier um etwa 230.000 Personen, die aus rechtlichen und humanitären Gründen nicht abgeschoben werden dürfen. Ihre Aufenthaltsberechtigung wird regelmäßig überprüft. Bei Fortbestand ihrer Ausreise- bzw. Abschiebungshindernisse ergeben sich in der Wirkung über die Zeit immer unenschlichere »Kettenduldungen«. Die Mehrzahl der »Geduldeten« hält sich seit mehr als sechs Jahren in Deutschland auf, manche auch bereits in dritter und sogar vierter Generation. Viele sind sprachlich gut integriert, haben jedoch keinen oder nur einen sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Berufliche Ausbildung und Fortbildung sind oftmals auch ihren Kindern versperrt. Der gewährte Unterhalt liegt erheblich unter dem für Deutsche durch die Rechtsprechung festgeschriebenen Niveau lebensnotwendigen Minimalunterhalts.

Nach ersten Hinweisen aus dem Innenministerium wird es weiterhin Kettenduldungen geben. Auch der beabsichtigte, immer wieder geforderte Schutz von Jugendlichen gegen Abschiebung wird nicht verbessert werden. Die meisten »Geduldeten« und ihre Familien werden somit auch zukünftig auf dem Schleudersitz möglicher Abschiebung leben müssen. Eine »Verfestigung« ihres Aufenthalts in ein Niederlassungsrecht und die dafür notwendige Arbeitserlaubnis werden nach Meinung der Experten nicht gewährt werden.

Das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz sieht die Einrichtung von Härtefallkommissionen vor. Ihre Einberufung fällt je-

Aufenthaltsrecht für Geduldete

Katrin Gerdsmeyer / Dr. Monika Lücke

Zu den erklärten Zielen der Reform des Zuwanderungsrechts gehörte die Abschaffung der so genannten »Kettenduldungen«. Dabei geht es um Menschen, die wegen der Situation in ihrem Heimatland, aus dringenden humanitären, persönlichen oder anderen Gründen nicht abgeschoben werden können und daher eine Duldung besitzen. Diese vermittelt kein Aufenthaltsrecht, sondern hindert nur den Staat an der Durchsetzung der Ausreisepflicht. Das Instrument der Duldung zielt eigentlich auf kurzzeitige Abschiebungshindernisse, wurde aber in der Praxis vielfach als »Ersatzaufenthaltstitel« missbraucht. Derzeit leben ca. 200.000 Ausländer teilweise bereits seit vielen Jahren lediglich geduldet und daher in großer aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit in Deutschland.

Die Kirchen haben diesen Missstand immer wieder beklagt und den Zugang zu einem sicheren Aufenthaltsrecht insbesondere für solche geduldeten Ausländer gefordert, die bereits erhebliche Integrationsleistungen erbracht haben und denen die Rückkehr in ihre Heimatländer auf absehbare Zeit nicht zumutbar ist. Dies ist nicht nur humanitär, sondern auch integrationspolitisch geboten.

Das Aufenthaltsgesetz enthält in § 25 Abs. 5 eine Regelung, die den Übergang von der Duldung in die Aufenthaltserlaubnis ermöglichen und dadurch zur Abschaffung der Kettenduldungen beitragen soll. Die Vorschrift enthält jedoch einige unbestimmte Rechtsbegriffe, die Raum für Interpretationen lassen. Derzeit sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Tendenzen erkennbar, sich dabei von restriktiven Vorgaben leiten zu lassen.

Positiv hervorzuheben ist dagegen der Erlass des rheinland-pfälzischen Innenministeriums vom 17. Dezember 2004, in dem die Ausländerbehörden aufgefordert werden, »die sich bei der Erteilung von Aufenthaltsrechten ergebenden Ermessensspielräume unter besonderer Berücksichtigung integrationspolitischer und humanitärer Gesichtspunkte soweit vertretbar zugunsten des Ausländers zu nutzen« (der Erlass ist im Internet abrufbar unter www.asyl-rlp.org). Die Kirchen ermutigen alle mit der Anwendung des Zuwanderungsgesetzes befassten Stellen, auf diese Weise von den im Gesetz angelegten positiven Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Andererseits besteht jedoch durchaus die Befürchtung, dass die Regelung des § 25 Abs. 5 in manchen Bundesländern einschränkend ausgelegt werden könnte. Eine erhebliche Zahl geduldeter Personen erhielte dann auch künftig kein Aufenthaltsrecht. Deshalb wer-

den die Kirchen zugleich ihr Engagement für die Schaffung einer Altfallregelung fortsetzen. Diese sollte vor allem Familien und solche Ausländer begünstigen, die gut in Deutschland integriert sind. Besonders zu berücksichtigen sind auch geduldete Personen, die hier aufgewachsen sind und an ihr Heimatland kaum noch nennenswerte Bindungen besitzen. In der Vergangenheit haben die Kirchen sich etwa für afghanische Flüchtlinge, Minderheitenangehörige aus dem Kosovo, palästinensische und irakische Flüchtlinge eingesetzt. Eine Altfallregelung könnte von der Konferenz der Innenminister und Innensensatoren der Länder, die zweimal jährlich tagt, beschlossen werden.

Von der Problematik der langjährig Geduldeten ist der Umgang mit humanitären Härtefällen zu unterscheiden. Das Aufenthaltsgesetz enthält Tatbestände, die die Legalisierung des Aufenthaltes bei Vorliegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe ermöglichen. Insbesondere ist auf § 25 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz zu verweisen.

In atypisch gelagerten Fällen, in denen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach den regulären Vorschriften nicht in Frage kommt, eröffnet die Härtefallregelung des § 23 a Aufenthaltsgesetz zusätzliche Möglichkeiten, die nach bisherigem Ausländerrecht nicht bestanden. Die Regelung sieht vor, dass die Bundesländer Härtefallkommissionen einrichten können, die den Innenministerien die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen in Härtefällen vorschlagen können. Die Legalisierung des Aufenthaltes ist dann unabhängig von den allgemeinen Voraussetzungen möglich. Bedauerlich ist, dass einige Bundesländer, etwa Bremen und Niedersachsen, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen werden.

Die Kirchen, die sich immer wieder für die Schaffung einer Härtefallregelung ausgesprochen haben, werden in den Härtefallkommissionen der Bundesländer mitwirken und dadurch auch praktisch Verantwortung für Ausländer in Notsituationen übernehmen.

■ Katrin Gerdsmeyer ist juristische Referentin im Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin

■ Dr. Monika Lücke ist juristische Referentin im Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, Berlin

Synode der EKD für Bleiberecht

Anlässlich der Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder bitet die Synode den Rat der EKD, sich dafür einzusetzen, dass die bei Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes auftretenden Übergangsprobleme durch eine »Altfallregelung« gelöst werden. Auch darüber hinaus ist es integrationspolitisch geboten, dass Menschen, die sich über mehrere Jahre in Deutschland aufhalten und die wegen der Situation in ihrem Herkunftsland, aus dringenden humanitären, persönlichen oder anderen Gründen bisher geduldet wurden, Rechtssicherheit über ihren Aufenthalt erhalten. Die Kriterien für eine solche Regelung sind so zu gestalten, dass sie für die Betroffenen faktisch erreichbar sind. Das muss insbesondere auch für Familien mit Kindern gelten. Dabei wird die EKD in ihren Bemühungen um Integration nicht nachlassen.

Magdeburg, den 11. November 2004

Beschluss der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 3. Tagung zur Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge in Deutschland am 7. – 12. November 2004 in Magdeburg

doch in die Kompetenz der Länder und ist für sie nicht einmal obligatorisch. So scheinen die Südländer im Unterschied zu Schleswig-Holstein und Berlin mit ihrer Einrichtung zu zögern. Die Wirkung der Kommissionen ist begrenzt, da das Recht auf Anhörung und Prüfung durch die Härtefallkommissionen nicht gewährt wird. Die Initiative zur Anhörung und zum Handeln muss von Mitgliedern der Härtefallkommissionen ausgehen.

Im Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz findet sich nichts über die illegalen Zuwanderer. Ihre Zahl wird auf 500.000 bis zu einer Million geschätzt. Obwohl die große Mehrheit der Illegalen ein zwingendes Eigeninteresse hat, nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, – dies würde ja sichtbar werden und Abschiebung bedeuten – werden sie bislang in Deutschland mit Kriminellen gleichgesetzt und pauschal mit Drogenhandel und Prostitution in Verbindung gebracht. Illegalen sind daher abzuschieben. Dies dürfte auch der Grund ihrer Ignorierung im Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz gewesen sein. Da es keinem wohlhabenden Industriestaat bisher gelungen ist, die illegale Zuwanderung durch Grenzkontrollen und innere Über-

wachung zu verhindern, haben die USA, Frankreich und Italien durch periodische Amnestien den Illegalen, die nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, eine Eingliederung in ihre Gesellschaften ermöglicht. In Spanien erhalten neuerdings 800.000 Illegalen, trotz höherer Arbeitslosigkeit als in Deutschland, ein Aufenthaltsrecht, wenn sie eine reguläre Arbeit nachweisen können. In Deutschland hingegen sind Amnestien für Illegalen oder schon eine begrenzte Humanisierung ihres Aufenthaltes Tabuthemen (z.B. Schulbesuch der Kinder, ärztliche Versorgung). Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass Arbeitgeber durch die Ausbeutung der Illegalen Wettbewerbsvorteile haben und Steuern hinterziehen, – dass also die einheimische Gesellschaft korumpiert und kriminalisiert wird. Durch Amnestien könnte diese Kriminalisierung zumindest vorübergehend eingeschränkt werden. Das Gegenargument, durch eine Amnestie werde die illegale Zuwanderung beschleunigt, ist empirisch nicht belegbar. Auch werden die kriminellen Praktiken der deutschen Ausbeuter ohne Amnestie weitergehen. Das Rechtsbewusstsein der Bürger wird auch weiterhin beschädigt werden.

Bemerkenswert ist, wie sehr sich in der öffentlichen Debatte über Zuwanderung, Flüchtlingsschutz und Übergriffe auf Ausländer das Klima verändert hat. Diese Themen finden in den Medien nur noch wenig Resonanz. Bundesweite Lichterdemonstrationen, wie seinerzeit Mitte der neunziger Jahre bei den Übergriffen gegen Ausländer in Mölln, würde es heute wohl nicht mehr geben. Von der jüngst vom Innensenator der Hansestadt Hamburg angekündigten Abschiebung afghanischer Flüchtlinge wurde zwar im Videotext der öffentlichen Fernsehstationen berichtet. Darüber hinaus fand dieses Vorgehen gegen eine gut integrierte Zuwanderergruppe mit hohem Bildungsniveau nur ein geringes Echo in den Medien. Früher hätte es dagegen laute Proteste von Nord bis Süd gegeben.

Der breite politische Konsens über die Notwendigkeit von Zuwanderung aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen, den es im Jahre 2001 vorübergehend bei der Veröffentlichung des Berichts der Süßmuth-Kommission gab, hat sich im Grabenkampf um die Begrenzung der Zuwanderung verflüchtigt.

Der besondere Schutz politischer Flüchtlinge hatte im Selbstverständnis der Bonner Republik einen hohen Stellenwert.

Schon mit der notwendigen Einschränkung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz begann er diesen zu verlieren.

Wie gering inzwischen das Interesse an Zuwanderung und Flüchtlingsschutz geworden ist, veranschaulicht das matte oder besser das Nullecho auf die am Jahresende 2004 von allen politischen Parteien des Bundestags gebilligte Streichung der finanziellen Mittel für den »Sachverständigenrat für Migration und Integration« durch den Bundestag. Die folgende Auflösung dieses für die Steuerung und Gestaltung der Zuwanderung wichtigen Gremiums unter Vorsitz von Rita Süßmuth ging sang- und klanglos über die Bühne. Zuvor schon hatte die Präsentation seines ersten Jahresberichts – eine umfassende Analyse aller aktuellen Fragen der Zuwanderung und Integration – so gut wie keine Beachtung in den Medien gefunden. Dass auch Innenminister Otto Schily der Auflösung des von ihm einberufenen Sachverständigen-gremiums zugestimmt hat, konnte nicht verwundern. Die Zuwanderungsbegrenzung und die Praktiken der Behandlung von Flüchtlingen sind jetzt vom Gesetzgeber festgeschrieben und geregelt. Nunmehr bedarf es keiner weiteren Beratung durch Sachverständige. Im übrigen hatte der Minister schon 1999 die historisch ominös belastete Parole von sich gegeben »Das Boot ist voll«. Mit ihr hatten die Schweizer im zweiten Weltkrieg die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland verweigert. Zuvor, in der Opposition gegen die Regierung Kohl, hatte Otto Schily allerdings noch die vitalisierende Wirkung von Zuwanderung gerühmt, – alles zusammengekommen Indikatoren einer bemerkenswerten Flexibilität dieses Politikers.

Positive Aspekte des Zuwanderungsbegrenzungs-gesetzes, wie etwa Vereinfachung der Aufenthaltstitel und Maßnahmen zur Integration, wurden nicht angesprochen, obwohl es auch hier Anlass zur Kritik gäbe. Dies gilt u.a. für die Sprach- und Integrationskurse. Die Sprachtests können von den örtlichen Instanzen zur Blockade von Niederlassung und Einbürgerung gemacht werden. Eine bayerische Behörde verlangt jetzt für die Einbürgerung bei den Sprachtests sogar die schriftliche Beherrschung der deutschen Sprache – eine Forderung, der sicherlich nicht einmal von allen Deutschen entsprochen werden kann. Sie erinnert an die Lesetests, mit denen in den Südstaaten der USA lange die Wahlbeteiligung der farbigen Bevölkerung verhindert wurde. Was in den Integrationskursen an



Motiv von Judith Hotes,
Studentin an der Fachhochschule Aachen,
Fachbereich Design,
Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Zopf« ist als Postkarte
(vierfarbig) erhältlich (1-49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069-23 06 05, Fax: 069-23 06 50
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
info@woche-der-auslaendischen-Mitbuerger.de
Internet: www.interkulturellewoche.de
www.woche-der-auslaendischen-Mitbuerger.de

Kenntnissen der deutschen Geschichte, Politik und Verfassung vermittelt werden soll, würde, nach den bisher vorliegenden Plänen, manchen Lehramtskandidaten der Politikwissenschaft überfordern.

Abzuwarten sind die Ausführungsbestimmungen zum neuen Gesetz. Alle bisherigen Erfahrungen machen es wahrscheinlich, dass die unheiligen Traditionen inhumaner Engherzigkeit und bürokratischer Rechthaberei im derzeitigen politischen Klima weiterleben und via Interpretation der Gesetzesparagrafen sogar noch verschärft werden können.

In der Gesamtbilanz läuft also alles darauf hinaus, die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland und ihren dauerhaften Verbleib möglichst einzuschränken. Daraus ergeben sich weit reichende Folgen für die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingen.

Deutschland ist kein Einwanderungsland geworden. In Einwanderungsländern wird Zuwanderern das Recht auf dauerhaften Verbleib eingeräumt und Einwanderung als Gewinn für die Nation positiv bewertet.

Es ist verständlich, dass es den politischen Eliten angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen, der Ängste vor Terrorismus und einer Fülle längst fälliger in-

nerer Reformen schwer fällt, sich auch noch mit den unpopulären Themen Zuwanderung und Flüchtlingsschutz zu beschäftigen oder sich gar für sie einzusetzen. Dies umso mehr, da in der 51-Prozent-Demokratie Deutschlands wenige Wähler die Entscheidung über Sieg oder Niederlage herbeiführen können.

Dennoch zeugt es von politischer Verantwortungslosigkeit, dass die Notwendigkeit weiterer Zuwanderung als zwangsläufige Folge unsere demographischen Entwicklung von den meisten wichtigen politischen Sprechern durchaus gesehen, aber dennoch im politischen Diskurs verneint wird. Dabei wäre gerade jetzt politische Aufklärung und Gegensteuerung geboten. Davon ist wenig zu bemerken. Ein Paradebeispiel für den derzeitigen Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein und Mut zu politischer Führung waren die harschen, negativen Reaktionen der Parteien auf den Vorschlag des Sachverständigenrats nach einem Engpasskontingent von 25.000 Zuwanderern für 2005. Dieser Vorschlag wurde von den Sprechern der Parteien des Bundestags mit Verweis auf die hohen Arbeitslosenzahlen im Ton der Empörung abgeschmettert, obgleich ihnen sicherlich bekannt war, dass Deutschland einen sektoral gespaltenen Arbeitsmarkt mit Engpässen in wichtigen Wirtschaftsbereichen hat, dass z.B. arbeitslose Berg-

arbeiter nicht fehlende Maschinenbauingenieure ersetzen können.

Ausländerfeindlichkeit und Abschottung gegen Zuwanderung gibt es in allen Gesellschaften, auch in Einwanderungsländern, und insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und des Kampfes um Arbeitsplätze. In der zähen, jahrzehntelang anhaltenden, zuletzt eher noch gefestigten Abschottung Deutschlands gegen den Verbleib von Ausländern und den Inhalten der Rhetorik, mit der eine Einwanderung und die Humanisierung des Flüchtlingsschutzes immer wieder blockiert wurden, äußert sich aber noch anderes. Hier offenbaren sich alte deutsche Traditionen des Staatsverständnisses und die damit verbundene, immer noch fehlende Aneignung der Werte unseres Grundgesetzes. Dazu das Folgende:

Für die Möglichkeit von Einwanderung und Integration von Ausländern hat ihre Akzeptanz durch die Aufnahmegeellschaften eine fundamentale Bedeutung. Akzeptanz bedeutet, dass die Zuwanderer nicht als Fremdkörper oder »Minderheit«, sondern als normaler gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und sich auch selbst so sehen können.

Diese Akzeptanz von Zuwanderung und ihre Integration hängt indes ganz entscheidend vom Staatsverständnis ab,

»Integration fördern – Zusammenleben gestalten«

Unter diesem Titel wurde am 22.09.2005 das Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten veröffentlicht. Es gründet auf dem Gemeinsamen Wort »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist« und bringt gegenüber dem Integrationswort der EKD aus dem Spätherbst 2003, mit dem es in den wesentlichen Aussagen übereinstimmt, auch weiterführende Aspekte ein. Einige Schwerpunkte sollen hervorgehoben werden:

- Das Wort richtet sich gleichermaßen an die politische, gesellschaftliche und kirchliche Öffentlichkeit und zeigt anhand einer Situationsanalyse sowie theologischer Überlegungen den umfassenden Handlungsbedarf auf.
- Integration ist mehr als Spracherwerb – bedeutet auch umfassende Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben.
- Die Bedingungen für gelingende Integration haben wesentlich auch mit der Aufnahmegesellschaft zu tun.
- Es geht beim Integrationsprozess um eine Vielzahl von Kulturen (nicht nur Türken) und eine fortdauernde Aufgabe.
- Das Integrationswort versucht, die eigenen Integrationserfahrungen etwa in kirchlichen Kindergärten und Schulen sowie in den muttersprachlichen Gemeinden einzubringen.

- Es weist auch auf die besondere Integrationsaufgabe in städtischen Ballungsräumen hin, wo die interkulturelle Problematik bereits zu kippen droht.
 - Es formuliert auch Erwartungen an die Migrantengruppen: der Erwerb von Sprachkompetenz ist der Schlüssel für Integration, aber es geht noch mehr auch um wechselseitigen Respekt vor andersartigen Kulturen und vor allem um die Anerkennung der bundesdeutschen Rechts- und Wertordnung.
 - Es werden auch Orte und Möglichkeiten aufgezeigt, an denen bevorzugt Integration geschieht, und ebenso auch Beispiele für gelungene Integration vorgestellt.
 - Schließlich werden als besonderer Schwerpunkt auch die eigenen kirchlichen Handlungsfelder betrachtet, in denen wir als Kirche tätig werden müssen; dabei wurden auch Konfliktfelder (wie etwa kirchliche Kindergärten und Schulen) in den Blick genommen (Spannung: was kann hier geschehen, ohne den eigenen Verkündigungsauftrag zu gefährden).
- Der Gesamttext kann bezogen werden bei: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn

Charakteristisch für das Fortwirken völkischer Traditionen ist nicht zuletzt das bis 1991 gültige Einbürgerungsrecht. Die Einbürgerung wurde Ausländern nur in Ausnahmefällen als Akt des »Ermessens« nach dem Kriterium des öffentlichen Interesses gewährt, so etwa Nobelpreisträgern oder olympiaverdächtigen Sportlern. Sie war bis 1991 kein Rechtsanspruch, der wie in vielen anderen Staaten nach einer gewissen Zeit des Aufenthaltes, guter Lebensführung oder anderen Kriterien rechtlich eingefordert werden konnte. Erst im neuen Einbürgerungsrecht von 1991 wurde die Einbürgerung nach einem Aufenthalt von 15 Jahren ein Rechtsanspruch. Und erst mit dem neuen Ausländergesetz der rotgrünen Regierung Schröder wurde 1998 die für Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer von 15 auf 8 Jahre verringert und die Einbürgerung (Jus soli) für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern ermöglicht.

Im Streit über die Integration der Zuwanderer äußern sich ebenfalls die alten Überlieferungen. Obwohl eine Integration der Ausländer bis zur Veröffentlichung des Süßmuth-Berichts und der Debatte über das neue Zuwanderungsgesetz kaum gefördert und von Gastarbeitern gar nicht gewünscht worden war, hieß es nun plötzlich, vor weiterer Zuwanderung sollten sich erst einmal die bereits in Deutschland lebenden Ausländer »integrieren«. Die Forderung nach Integration wurde zum gern verwandten Argument für die Blockade weiterer Zuwanderung. Zugleich wurden die typischen Denkschablonen völkischen Denkens in den Vorstellungen, was Integration bedeute, erneut zur Legitimation fehlender Akzeptanz.

Da die gewünschte Integration von den meisten als »Assimilation« an die Deutschen und ihre kulturellen Überlieferungen verstanden wurde, – als Unsichtbarwerden der Ausländer – wurde schon dadurch die Akzeptanz der Zuwanderer verhindert. Es richteten sich Erwartungen an Zuwanderer, die auch in klassischen Einwanderungsländern, wenn überhaupt, meist nur innerhalb mehrerer Generation erfüllt wurden. Zeitlich kurzfristige Perspektiven und Postulate für Integration im Sinne der Assimilation, einer »Einschmelzung« der Ausländer in die einheimische Mehrheit, verstärken zwangsläufig die negativen Einstellungen zu Ausländern und

von der Bereitschaft der Einheimischen und ihrer politischen Führer, ursprünglich Fremde und Fremdes in ihre Gesellschaften aufzunehmen.

Das Staatsverständnis der Deutschen ist jedoch immer noch geprägt von der völkisch-kulturellen Ideologie der deutschen Mittel- und Oberschichten des zweiten Kaiserreichs und Weimars. Ihr Fundament bildet die Vorstellung einer homogenen, für alle verbindlich definierbaren und vor Verunreinigung durch fremde Elemente zu bewahrenden »nationalen« Kultur. Solange sich dieses Staatsverständnis einer fiktiven kulturellen und für alle verbindlichen nationalen Homogenität in den Köpfen hält, bleiben Ausländer von der Nation ausgeschlossen.

So leben gerade im Gastarbeitermodell Traditionen des völkischen Staatsverständnisses weiter. Ausländer sollen die vermeintliche Homogenität der Kultur der Nation nicht gefährden und dürfen daher nicht bleiben. Das Gastarbeitermodell wurde, wie die Historiker Klaus Bade und Ulrich Herbert¹ zeigten, in großem Umfang schon in Bismarcks Reich für Zuwanderer aus russisch Po-

len praktiziert. Die fehlende Akzeptanz von Ausländern aus »fremden« Kulturen äußert sich heute wieder mit den typischen kulturalistischen Abwehrargumenten des völkischen Nationalismus in der pauschalen Diffamierung und Zurückweisung moslemischer Einwanderer. Auch dies hat eine Vorgeschichte im deutschen Antisemitismus. »Jüdische« und »deutsche« Kultur galten als unvereinbar. Obwohl jüdische Deutsche im Kaiserreich und in der Weimarer Republik formal als Staatsbürger gleichberechtigt waren, wurden sie dennoch von einflussreichen Akteuren und Segmenten der bürgerlichen Gesellschaft nicht als echte Deutsche anerkannt. Trotz des Patriotismus und der bedeutenden Leistungen der jüdischen Deutschen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur blieb ihre politische Integration in die deutsche Gesellschaft ein Einwegunternehmen. Sie wurde nicht von breiter gesellschaftlicher Akzeptanz getragen.

1 Vgl. hierzu Klaus Bade, Europa in Bewegung, Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

hemmen ihre Integration als gleichberechtigte Akteure der Nation.

Und welche Kriterien gibt es nach dem Grundgesetz für die Integration der Ausländer im Sinne ihrer Assimilation in die deutsche Gesellschaft? Was ist das spezifisch Deutsche? Was ist z.B. der Inhalt der von vielen geforderten deutschen »Leitkultur«, in die sich die Ausländer integrieren sollen, bevor sie deutsche Staatsbürger werden dürfen? Wer kann oder darf ihren Inhalt definieren? Wer definiert die Inhalte und Konsequenzen von Christentum und Huma-

nismus zutreffend und verbindlich für die Gemeinschaft? Wer bestimmt die für alle verbindlichen richtigen Inhalte der Leitkultur? Es gibt dafür im demokratischen Verfassungsstaat glücklicherweise keine staatliche Instanz. Wer die Integration der Ausländer in »die« deutsche Kultur fordert, müsste die Frage beantworten können: Was ist ein integrierter Deutscher? Die Frage nach dem gut integrierten Deutschen und nach den Kriterien für Integration ist im Hinblick auf unsere sich in ihren kulturellen Lebensformen und Stilen ständig weiter pluralisierende Gesellschaft nicht zu be-

antworten. Ihre verbindliche Beantwortung steht zudem in unübersehbarem Gegensatz zu der durch das Grundgesetz geschützten individuellen Freiheit des Kultus, der Freiheit der Weltanschauung und des religiösen Bekenntnisses, dem Fundament des modernen freiheitlichen Verfassungsstaates. Was die deutsche Kultur für die Bürger bedeutet und wie sie von ihnen definiert wird, dürfen sie individuell entscheiden. Auch Deutsche dürfen sich ursprünglich fremden Religionen zuwenden, und diese Freiheit liegt im wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der christ-

Manifest Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion

Am 1. Januar 2005 tritt in der Bundesrepublik Deutschland das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Damit wird nach jahrelanger Diskussion die reguläre Zuwanderung in unser Land neu geregelt. Die irreguläre Migration, von der Deutschland wie die ganze Europäische Union betroffen ist, bleibt hingegen ein offenes Problem.

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland wie Europa insgesamt auch in absehbarer Zeit ein Ziel irregulärer Zuwanderung sein wird, so dass eine Vielzahl »illegaler Aufenthaltsverhältnisse« auch in Zukunft ein Faktum ist, das differenzierte politische Antworten erfordert.

Gegenüber dem Phänomen »illegale Zuwanderung« besteht insofern politische Einigkeit, als man den Ursachen für Migration mit entwicklungspolitischen Instrumenten begegnen und die international organisierte Kriminalität im Bereich von Menschenhandel – insbesondere zu nennen ist hier der Frauenhandel – mit Nachdruck bekämpfen will. Diese Optionen richten sich aber nur auf bestimmte Ausschnitte des gesamten Phänomens »illegale Zuwanderung«, das in Deutschland nach Schätzungen eine halbe bis eine ganze Million Menschen betrifft.

Der irreguläre Aufenthalt einer so großen Anzahl von Menschen wirft gravierende Probleme auch für das Selbstverständnis unseres Staates auf, denn so werden rechtlich geordnete Verpflichtungen und Ansprüche zwischen den Bürgern unterlaufen und das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit des Staates, die rechtsstaatliche Ordnung zu garantieren, beschädigt. Dazu kommt die humanitäre Situation der Migranten und Migrantinnen selbst, die häufig ihre Rechte nicht wahrnehmen können und z.B. ohne elementare Gesundheitsversorgung leben.

Die bisherigen Erkenntnisse im Umgang mit irregulärer Zuwanderung zeigen, dass ausschließlich ordnungsrechtliche, insbesondere aufenthaltsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen in ihrer jetzt vorliegenden Form alleine nicht genügen, um die existierenden Probleme ausreichend zu regeln, zumal die inländischen Nutznießer irregulärer Aufenthaltsverhältnisse, beispielsweise im Bereich der Schattenwirtschaft sowie Schleuserorganisationen, davon nur in geringem Umfang getroffen werden.

Aus diesem Grund muss jeder Versuch, irreguläre Zuwanderung im Rahmen der rechtsstaatlich vertretbaren Möglichkeiten zu begrenzen, sich auch mit ergänzenden und alternativen Maßnahmen auseinandersetzen. Hierbei erscheint auch eine Aufnahme und kritische Würdigung der Erfahrungen anderer Länder wichtig. Dabei sind etwa zu berücksichtigen: praktische Fragen im Zusammenhang mit humanitären Anforderungen wie etwa der medizinischen Grundversorgung, dem Schutz vor Ausbeutung und Schuldnechtschaft oder der Berücksichtigung mitbetroffener Kinder ebenso wie grundsätzlichere Überlegungen zu den Wechselwirkungen zwischen regulärer und irregulärer Zuwanderung und den damit verbundenen asyl- und ausländerrechtlichen sowie zugewanderungspolitischen Gestaltungsoptionen.

Aus diesen Gründen wollen wir einen öffentlichen Diskurs in Deutschland anregen, der der Lage in Deutschland und den betroffenen Personen mit ihren unterschiedlichen Motiven, Zwängen und Lebenslagen gerecht wird und differenzierte Lösungen anstrebt. Die Unterzeichnenden erachten den Zeitpunkt als gekommen, sich auch in Deutschland öffentlich und gesamtgesellschaftlich vermehrt mit dem Thema der irregulären Zuwanderung und dem irregulären Aufenthalt zu beschäftigen, um angemessenere Umgangsformen mit den hier vorliegenden Problemen zu finden.

Das Manifest wurde inzwischen von 370 Persönlichkeiten aller kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Gruppen unterzeichnet, u.a. von:

- Prof. Dr. Klaus Bade, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien,
- Prof. Dr. Michael Bommes, Vorsitzender des Rats für Migration,
- Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen,
- Dr. h.c. Jürgen Gohde, Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.,
- Dr. Walter Klaißer, Bischof der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Deutschland, Vorsitzender der ACK,
- Msgr. Dr. Peter Neher, Präsident, Deutscher Caritasverband e. V.,
- Dr. h. c. Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland,
- Georg Kardinal Sterzinsky, Erzbischof, stellvertretender Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz,
- Dr. Josef Voß, Weihbischof, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz.

Das »Katholische Forum Illegalität« vernetzt folgende katholische Einrichtungen, die mit dem Thema »Illegalität« befasst sind:

Jesuitenflüchtlingsdienst, Caritasverband, Malteser, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro Berlin, Bereich Weltkirche und Migration des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge (muttersprachliche Gemeinden). Vorsitzender des Forums ist Weihbischof Dr. Josef Voß als Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, die Geschäftsführung hat P. Dr. Jörg Alt SJ.

■ Näheres finden Sie unter:
www.forum-illegalitaet.de

lich gebundenen Deutschen – des Schutzes der Freiheit ihres eigenen religiösen Bekenntnisses gegen Bevormundung durch den Staat oder gesellschaftliche Gruppen.

Die Polemik gegen den Multikulturalismus ist gewollt oder ungewollt geistige Brandstiftung mit gefährlichen Folgen und Bundesgenossen. Deutschland hat keine homogene, sondern eine vom Grundgesetz geschützte pluralistische Kultur. Deswegen ist seine Gesellschaft längst multikulturell. Durch die Einbürgerung von einer Million Ausländern, durch Millionen von »Mischehen« und die Präsenz von sieben Millionen Ausländern – von denen weit mehr als die Hälfte ein gesichertes Aufenthaltsrecht hat – ist Deutschland ebenfalls längst ein multiethnischer Staat geworden. Wer dies nicht sehen will und ethnisch-kulturelle Homogenität fordert oder gar Homogenität wieder herstellen möchte, schließt sich schlimmen Gegnern der Republik aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart an.

In der pluralistischen Kultur der Republik müssen kulturelle Werte und Überlieferungen sehr viel überzeugender und engagierter vertreten werden als in einer Gesellschaft, in der »die« Überlieferung ungefragt und unkritisch Gegenwart und Zukunft prägen soll. Dies begünstigt eine ungleich tiefergehende individuelle Aneignung kultureller Güter durch die Bürgerinnen und Bürger. Die Freiheit der Kultur in der Republik richtet sich also nicht gegen die Bewahrung kultureller Traditionen. Sie schafft indes den politischen Rahmen für eine ständig neue kritische Überprüfung ihrer Geltung und verbessert die Chancen für kulturelle Vielfalt und Innovation.

Die Kultur Deutschlands ist die Kultur seiner Bürger. Die Republik versteht sich als Staatsbürgernation. Die Kultur Deutschlands ist daher nichts statisches. Sie wandelt und pluralisiert sich. Einzelne, Minderheiten oder Mehrheiten, dürfen sich zu ihren kulturellen Werten bekennen und für sie werben. Die Verbindlichkeit ihrer Werte für die Gesamtheit aber darf im modernen Verfassungsstaat nicht vom Staat und seinen Organen eingefordert und erzwungen werden. Kulturelle Freiheit muss allen Bürgern – ohne Ansehung ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung – gewährt werden. Dies gilt auch für Zuwanderer fremder Herkunft. Dies ist die Voraussetzung ihrer Akzeptanz. Nur dann können sie sich in unseren Staat integrieren und gute Patrioten werden. Dabei gibt es natürlich Grenzen der kulturellen Freiheit. Diese müssen für Einwanderer die gleichen

sein wie für alle Bürger. Diese Grenzen werden durch die Verfassung, durch die Gesetze, Rechtsprechung und demokratischen Diskurs festgelegt.

Im Interesse des inneren Friedens müssen die Grenzen zwischen Staat und Religion mit zunehmendem religiösen und weltanschaulichen Pluralismus der deutschen Gesellschaft deutlicher als bisher bestimmt werden. Der Kopftuchstreit hat dies veranschaulicht. Es darf im Verhältnis zu den christlichen Kirchen und nichtchristlichen Religionen nicht mit unterschiedlichen Maßstäben gearbeitet werden.

Kulturelle Konflikte, die es in allen Gesellschaften und gerade auch in angeblich kulturell homogenen Gesellschaften immer wieder gegeben hat – so z.B. in den Konfessionskriegen des christlichen Europas oder im Kulturkampf über die Zivilehe in Bismarcks Reich –, müssen im Rahmen der rechtlichen und politischen Ordnung des republikanischen Verfassungsstaates aufgearbeitet werden. Dies kann mit schweren politisch-kulturellen Konflikten verbunden sein. Ihre friedliche konsensuelle Bewältigung innerhalb des durch Verfassung und Rechtsordnung vorgegebenen Rahmens wird nicht immer und oft nur partiell gelingen. Soziale und politische Integration sind in demokratischen Verfassungsstaaten eine ständige neue Aufgabe. Ihr Erfolg ist nicht zwangsläufig. Die Republik wächst oder verkümmert je nach den Erfolgen oder Misserfolgen bei ihrer eigenen Konkretisierung. Der republikanische Verfassungsstaat bleibt stets nur ein annäherungsweise erfüllbares Programm.

Die Integration von Migranten ohne Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit durch die Mehrheit ist nicht möglich. Wer von Einwanderern eine Anpassung an die Vorstellungen und Gewohnheiten von Provinzkulturen des Aufnahmelandes verlangt und dies als Eingliederung, als Integration, bezeichnet, verhindert Integration und weitere Zuwanderung. Migranten aus Indien oder China können gute gesetzestreue Bürger werden, aber niemals zu katholischen bayerischen Bauern oder schwäbischen Pietisten mutieren. Viele sind dann allein schon wegen ihrer »falschen Haut« oder anderen »falschen« physischen Äußerlichkeiten nicht integrierbar.

In Artikel drei des Grundgesetzes heißt es, dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Heimat und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Einige Protagonisten der Leitkultur und forciertes Integration im Sinne von Assimilation haben angeführt,

das Grundgesetz sei ihre Messlatte. Es wäre konsequent, wenn dieses Bekenntnis auch für Migranten Geltung hätte.

Die weit verbreitete Polemik gegen die Entstehung so genannter Parallelgesellschaften als Folge der Zuwanderung veranschaulicht beispielhaft die immer noch geringe Akzeptanz gesellschaftlichen Pluralismus in Deutschland. Eine bunte und zunehmende Vielfalt von oft wenig miteinander verbundenen Parallelgesellschaften oder Lebenswelten ist ja gerade für moderne Gesellschaften charakteristisch. Sie gab es im übrigen auch in den angeblich homogenen Gesellschaften Europas der Vergangenheit. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, Protestanten oder Katholiken, um nur einige ihrer Parallelgesellschaften zu nennen, hatten parallel zu den anderen Gruppen der Gesellschaft ihre jeweils eigenen Lebenswelten. Noch bis in die sechziger Jahre waren Ehen zwischen Protestanten und Katholiken eine seltene, von den Kirchen mit Sanktionen bekämpfte Ausnahme.

Die Bürger freier Gesellschaften haben das Recht, sich ihre eigene Lebenswelt zu suchen und sich dabei auch von anderen Lebenswelten zu disassoziiieren. Disassoziation – Trennung der Lebenswelten – kann für den Einzelnen wie für Kollektive eine legitime Technik der Konfliktprävention sein. Es müssen nicht alle Menschen unserer Gesellschaft einander lieben und miteinander Händchen halten.

Einwanderer haben, ebenso wie alle Bürger, das Recht auf freie Wahl des Wohnortes. Auch für sie gilt das Grundrecht auf Freiheit der Bewegung. Dies bedeutet, dass Einwanderer in bestimmten Regionen oder Stadtvierteln mit Einwanderern der gleichen Herkunft zusammenleben dürfen, aber auch frei sein sollten, solche Zentren zu verlassen und sich anderen Bevölkerungsgruppen anzuschließen. Städtische Agglomerationen eingewanderter Ethnien, wie z.B. der Türken, werden in Deutschland immer wieder als Beispiele für mangelnde oder gescheiterte Integration oder sogar als Gefährdung der nationalen Identität Deutschlands gesehen. In den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada oder Lateinamerika wird die Konzentration eingewanderter Ethnien in bestimmten Stadtvierteln oder ländlichen Siedlungen als normaler Aspekt von Einwanderung akzeptiert. Gemeinsames Wohnen bietet Zuwanderern der ersten Generation Möglichkeiten des Eingewöhnens, des Solidarschutzes und der Beratung durch Verwandte oder Bekannte. Es führt nicht zwangsläufig zur Gettobil-



Plakatentwurf von Julia Rädler,
Studentin an der Fachhochschule Aachen,
Fachbereich Design,
Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

derung, zum Zusammenleben in abgeschotteten Subkulturen mit zum Teil hoher Kriminalität.

Politische Kommunikation der Bürger, die Grundlage der politischen Willensbildung im demokratischen Verfassungsstaat, macht eine gemeinsame Verkehrs- und Verwaltungssprache notwendig. In Deutschland ist dies die Sprache der Mehrheit, die deutsche Sprache. Niemand darf aber gezwungen werden, Deutsch zu sprechen. Prominente Politiker haben sich darüber geärgert, dass in einigen Vierteln deutscher Städte ausländische Gruppen untereinander nicht Deutsch, sondern ihre Herkunftssprache sprechen. Hier ist daran zu erinnern, dass auch Deutsche, wenn sie so wollen, untereinander in fremden Sprachen kommunizieren dürfen. Die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus fehlenden oder mangelhaften Kenntnissen der Landessprache für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation ergeben, haben in allen Einwanderungsgesellschaften in der Generationenfolge ihre Übernahme gefördert. Dies allein genügt jedoch nicht. Wegen der negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen fehlender Deutschkenntnisse im Hier und Jetzt müssen Hilfen zu ihrer Verbesserung angeboten werden. Dies gilt vor allem für die Förderung der Sprachkenntnisse der Ausländerjugend und der ausländischen Frauen. In diesen Gruppen fallen langfristig die Entscheidungen über Integration auf allen Ebenen.

Dass gute Kenntnisse der deutschen Sprache per se aber keine besondere innere Bindung zu Staat und Gesellschaft

Deutschlands verbürgen, wie manchmal bei der Forderung nach Sprachprüfungen und guten Sprachkenntnissen bei Einbürgerungen suggeriert wird, dokumentieren andere deutschsprachige Staaten. Schweizer und Österreicher werden nicht zu deutschen Patrioten, weil sie deutsch sprechen. Dies gilt sicher auch für viele andere Ausländer und sogar für Inländer. Sprachkenntnisse von Zuwanderern durch Lernzwang, z.B. durch den Entzug sozialer Leistungen sind, rechtlich fragwürdig und wenig Erfolg versprechend.

Zur Entkrampfung des durch Xenophobie und Ablehnung gestörten Verhältnisses vieler Ausländer zu den Deutschen ist ein entschlossenes, von einem breiten politischen Konsens getragenes Bekenntnis zur Öffnung für Zuwanderung – dass die Bundesrepublik nicht nur de facto Einwanderungsland ist, sondern ein Interesse an Einwanderern hat und sie willkommen heißt – ist eine entscheidende Voraussetzung. Notwendig sind dabei vor allem auch positive Perspektiven: Geboten ist die längst fällig Wahrnehmung der großen Bereicherung, der Leistungen und Vitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands durch die nach Deutschland gekommenen Ausländer. Hierfür ist es sicherlich nicht förderlich, dass ein Altbundeskanzler die Anwerbung der Gastarbeiter als einen schlimmen Fehler des Bundeskanzlers Ludwig Erhard bezeichnet hat. Ohne die Beiträge von etwa 28 Millionen ausländischer Gastarbeiter wäre jedoch der Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen. Diese Leistung sollte gewürdigt und nicht mies gemacht werden. Mit ih-

rer leichtfertigen und unqualifizierten Abwertung wurde auch das Ansehen ihrer in Deutschland noch lebenden Vertreter und Nachkommen geschädigt. Hier sprach in authentischer Form schlimmer Geist von gestern: Bitte nur keine Ausländer! Die nötige heftige Zurechtweisung blieb aus.

Gefordert ist heute zuvorderst die längst fällige geistige und politische Aneignung der Werte des demokratischen Verfassungsstaates. Dieser schützt die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Weltanschauung – also kulturellen Pluralismus und kulturelle Toleranz. Im republikanischen Verfassungsstaat gilt die Achtung der Würde des Menschen für alle Menschen. Die Akzeptanz der Würde aller Menschen, die Absage an die immer nur fiktiv gewesene kulturelle Homogenität der völkisch definierten Nation und die Akzeptanz des kulturellen Pluralismus der Staatsbürgernation sind die eigentlichen geistigen Voraussetzungen für Aufnahme und Integration von Ausländern und auch für eine liberale Asylpolitik. Learning to live with diversity – das Erlernen des Lebens mit Vielfalt – dies ist unsere Aufgabe. Ohne sie bleiben ausländische Zuwanderer Fremde, kann ihre Integration nicht gelingen.

Die Besinnung auf die Grundwerte des republikanischen Verfassungsstaates auf sein normatives Fundament vermittelt die notwendige Orientierung für die politische Integration von Einwanderern. Die Verwirklichung dieser Integration ist aber wiederum auf die Leistungen und das Geschick der praktischen Politik und Gesetzgebung angewiesen. Über die Medien oder durch

politische Bildung muss für ihn Verständnis geschaffen und für den Verfassungsstaat ihn gewonnen werden. Er muss wehrhaft sein. Er darf intolerantem Fundamentalismus aller Varianten – sei es christlichem oder islamischem Fundamentalismus – keine Freiräume geben. Ferner muss die ökonomische und soziale Integration der Einwanderung ein selbstverständlicher Aspekt subsidiärer Sozialpolitik werden.

Die Aneignung der Staatsbürgernation und ihres kulturellen Pluralismus ist die große Herausforderung für die sich in Zukunft noch weiter pluralisierende deutsche Gesellschaft. Bei der Integration von Einwanderern geht es um die politische Legitimität unserer politischen Ordnung, ob wir bereit sind, ihre menschenrechtliche Grundlage ernst zu nehmen und ihr Gestalt zu geben.

Die deutsche Gesellschaft hat sich seit Ende des zweiten Weltkriegs revolutionär verändert. Mit der bisherigen und künftigen Zuwanderung sind tief greifende weitere Veränderungen ihrer Substanz vorprogrammiert. Mit der weiteren Pluralisierung der deutschen Gesellschaft durch die Integration vieler Menschen ursprünglich nichtdeutscher und auch außereuropäischer Herkunft ergeben sich zwingende Konsequenzen für die Identität der Nation. Als Folge der Einwanderung muss die Nation mehr als bisher republikanische Staatsbürgernation werden. Staatsbürgernationen sind Leistungsnationen. Sie müs-

sen sich wie seinerzeit die aus ihren eigenen politischen Werten und Leistungen legitimieren und gewinnen aus ihnen ihre Legitimität, Identität und Würde. So wurde die Bonner Republik bei ihrer Gründung wegen der Teilung Deutschlands von vielen nicht als Nation anerkannt. Ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leistungen haben jedoch ihre Akzeptanz begründet. Im Frühjahr 1989 wurde der Bonner Staat von allen politischen Gruppen als »postnationale Republik« gefeiert. Diese Entwicklung wurde durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten unterbrochen. Sie muss wieder fortgesetzt und gerade auch durch die politische und soziale Integration der Zuwanderung, durch ihre Akzeptanz vertieft werden.

In der Ausländerpolitik und vor allem bei der Aufnahme von Flüchtlingen muss mehr als bisher einfache Menschlichkeit praktiziert werden. Hierzu sollten gerade auch die Pflichten wahrgenommen werden, die sich aus unserer Geschichte ergeben. Viele Deutsche sind stolz darauf, dass die neuere Geschichte kritisch aufgearbeitet wurde und eindrucksvolle Mahnmale zum Holocaust errichtet wurden und werden. Reicht das aus? Gerade in diesen Tagen, da der sechzigste Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee an die Gräueltaten des Holocaust erinnert, müssen Konsequenzen gezogen werden, die sich aus Auschwitz für uns und für andere Völker ergeben. Auschwitz verpflich-

tet zu mehr praktizierter Menschlichkeit. Ohne diese Konsequenz werden die Denkmale und feierlichen Gedächtnisveranstaltungen zum Alibi, zum bloßen Ritual ohne tiefere Bedeutung. Mancher Streit in Deutschland um die Aufnahme von Flüchtlingen, um Flüchtlingschutz und die vielen unmenschlichen Praktiken der Abschiebung wirken im Gedächtnisjahr von Auschwitz gespenstisch und deprimierend. Auch die Inhumanität anderer Staaten bei der Aufnahme von Zuwanderern und in ihrer Flüchtlingspolitik darf nach Auschwitz nicht das Alibi für praktizierte Unmenschlichkeit liefern.

Zuwanderung, Integration und Flüchtlingschutz müssen zum Ausgangspunkt für eine große nationale Debatte über das Selbstverständnis unserer Republik und die Geltung ihrer Grundwerte werden. Diese Debatte muss geführt werden, dafür, dass dies geschieht, sind die politischen Führer und die Bürger gleichermaßen verantwortlich.

Vortrag, gehalten am 2. Februar 2005 in Kiel.

■ Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer ist 2. Vorsitzender des Rats für Migration e.V. Freiburg

■ Kontakt: Arnold Bergsträßer Institut e.V., Windaustraße 16, 79110 Freiburg

Migration im Kontext globaler, ethnischer und kultureller Konflikte

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun

Zwei Punkte möchte ich hervorheben:

1. Die Integration ist viel besser gelungen als sie zurzeit gleichsam »totgeredet« wird.
2. Die globalen Herausforderungen der Migration relativieren die aktuelle Debatte nicht nur in Deutschland.

Wer geglaubt hatte, nach dem All-Parteien-Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz könnte jetzt endlich Ruhe einkehren in ein Politikfeld, das wie kein anderes von emotional geführten Auseinandersetzungen gekennzeichnet war, der sieht sich enttäuscht. Die Integration wird plötzlich für gescheitert erklärt. Dabei kann sich Deutschland im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen, was die Eingliederung der ausländischen Wohnbevölkerung angeht. So stellt der 6. Familienbericht der Bundesregierung zur Situation ausländischer Familien in Deutschland eine erfolgreiche Integration für die große Mehr-

zahl der Migranten fest. Zuwanderung führten – so der 2000 veröffentlichte Bericht – zu Unterschichtungsprozessen, »die für die einheimische Bevölkerung neue Aufstiegschancen eröffnen«. Der öffentliche Diskurs über Ausländer in Deutschland sei von extremer Vereinfachung geprägt. Dabei ist nach dem Bericht – wie auch die »Süssmuth-Kommission« feststellte – sogar die Reichweite statistischer Kenntnisse begrenzter als erwartet. Die Autoren schreiben wörtlich: »Wie viele Familien ausländischer Herkunft in Deutschland leben, wissen wir nicht.« Der Familienbericht unterstreicht die Integrationsleistungen, die die Migrantenfamilien selbst er-

bracht haben und die die Aufnahmege-
sellschaft entlasten. Nach dem Bericht
ist religiöser Fundamentalismus nicht
weit verbreitet. Auf deutscher Seite be-
stehen erheblich größere Vorbehalte ge-
genüber deutsch-türkischen Ehen als auf
türkischer Seite.

Auch wenn die Integrationsprobleme
keineswegs gelöst sind, so verzeichnet
der Familienbericht auf der einen Seite
eine zunehmende Bereitschaft der deut-
schen Bevölkerung, die Integration der
ausländischen Familien zu unterstützen.
Auf der anderen Seite macht sich bei
den ausländischen Familien immer mehr
die Sorge um die zunehmende Aus-
länderfeindlichkeit breit. Bei einzelnen
Nationalitäten hat sich der Anteil derje-
nigen verdoppelt, die angeben, von Aus-
länderfeindlichkeit betroffen zu sein.
Vorurteile bestehen allem Anschein nach
auf beiden Seiten. So hegen und pflegen
deutsche und türkische Frauen gegen-
seitig ihre Klischeevorstellungen. Deut-
sche glauben, dass Türkinnen viele Kin-
der haben, nicht körperlich freizügig,
religiös und wenig gleichberechtigt sind.
Auch das Bild der Türkinnen über die
deutschen Frauen ist falsch. Dabei sind
die Unterschiede in der häuslichen Auf-

gabenverteilung bei Deutschen und Aus-
ländern sehr gering. Geputzt wird in
der Mehrzahl der Familien, unabhän-
gig von der Nationalität, meist von den
Frauen.

Eine Untersuchung der CDU-nahen
Konrad-Adenauer-Stiftung belegt noch-
mals, dass die Türken in Deutschland
viel besser integriert sind als gemeinhin
angenommen. Ein überraschend hoher
Anteil – nämlich fast die Hälfte – fühlt
sich mit Deutschland ziemlich stark
oder stark verbunden. Etwa die Hälfte
der hier lebenden Türken wäre sogar
bereit, Deutschland bei einem militäri-
schen Angriff durch ein islamistisches
Land zu verteidigen. Dieser Wert liegt
über dem in den neuen Bundesländern
unter Deutschen ermittelten Wert (42
Prozent).

Erstaunlich ist auch, dass die Gesell-
schaftsordnung in Deutschland bei den
hier lebenden Türken eine deutlich
höhere Akzeptanz als bei der deutschen
Bevölkerung hat. Nur acht Prozent hal-
ten sie für ungerecht. Bei der deutschen
Bevölkerung sind es fast die Hälfte.
Auch mit der Demokratie in Deutsch-
land sind die hier lebenden Türken zu-

friedener als die Deutschen. Zwar hat
schon über die Hälfte der Türken in
Deutschland mehr oder weniger Gefüh-
le von Diskriminierung gehabt. Aber
solche Erfahrungen werden nicht auf
das Gesellschaftssystem in Deutschland
übertragen. Zu staatlichen und gesell-
schaftlichen Institutionen haben die
Türken in Deutschland ein relativ ho-
hes Vertrauen. Der Säkularisierungs-
grad unter den Türken in Deutschland
ist erstaunlich hoch. Nur für etwa die
Hälfte spielt Religion eine wichtige Rol-
le. Der weitaus größte Teil der Türken
in Deutschland (77 Prozent) bekennt
sich zu einem toleranten Islam und er-
kennt das Christentum als eine gleich-
wertige Religion an.

Auffällig ist, dass bei den Türken in
Deutschland deutsche Medien mehr
Vertrauen genießen als türkische. Längst
werden deutsche Medien etwa genauso
viel genutzt wie türkische, was wieder-
um dem Bild des Mediengettos wieder-
spricht. Fazit der Konrad-Adenauer-
Stiftung: »Gerade angesichts der aktuel-
len Debatte um extremistische und
fundamentalistische türkische Organi-
sationen in Deutschland ist mit Nach-
druck darauf hinzuweisen, dass sich die

Motiv von Jan Lengwenat,
Student an der Fachhochschule Aachen,
Fachbereich Design,
Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Hände« ist als Postkarte
(vierfarbig) erhältlich (1-49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069-23 06 05, Fax: 069-23 06 50
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
info@woche-der-auslaendischen-Mitbuenger.de
Internet: www.interkulturellewoche.de
www.woche-der-auslaendischen-Mitbuenger.de



allermeisten Türken in Deutschland mit großer Loyalität zu unserem demokratischen Staat bekennen.« Im Hinblick auf die »Nationalstolz-Debatte« könnte man ironisch hinzufügen: Die Türken sind schon zu den »besseren Deutschen« geworden. Sie lieben Deutschland mehr als die »Eingeborenen« und würden ihr »Vaterland« noch mehr verteidigen als die Ostdeutschen.

Nach der Untersuchung der Adenauer-Stiftung beurteilen die Türken in Deutschland ihre persönliche Lebenssituation erstaunlich positiv und optimistisch. Das gelte ganz besonders für die türkisch-stämmigen Bürger mit deutschem Pass. Auch die Zukunftserwartungen der Türken in Deutschland seien überraschend positiv. So erwarteten fast 80 Prozent, dass ihre Kinder es einmal weiter bringen als sie selbst. Für sich selbst sehen nach dieser Untersuchung 43 Prozent der Zukunft zuversichtlich entgegen, 32 Prozent mit Befürchtungen. Im Widerspruch zu dieser positiven Einschätzung fühlen sich aber fast 70 Prozent der Türken in Deutschland als Bürger zweiter Klasse behandelt. Deshalb stehen für sie die Bekämpfung des Rechtsradikalismus und die Gleichstellung von Ausländern weit oben auf der Liste wichtiger politischer Aufgaben, sogar noch vor der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Beim Thema Migration und Integration wird kaum über den Tellerrand hinaus geschaut. Eine solche globale Sicht des Themas relativiert aber geradezu den oftmals hektischen, ausländerpolitischen Streit der Parteien. Ohne Einwanderung wird nämlich die Bevölkerung der Europäischen Union nach der Erweiterung von 454 Millionen auf unter 400 Millionen bis zur Mitte des Jahrhunderts zurückgehen. Auf diese Gefahr hat UN-Generalsekretär Kofi Annan im Januar 2004 hingewiesen. Ein Europa, das sich abschließe, wäre ärmer, schwächer und älter, sagte Annan vor dem Europaparlament in Brüssel. Wenn es jedoch gelinge, die Einwanderung gut zu lenken, werde Europa fairer, reicher, stärker und jünger sein. »Einwanderer sind ein Teil der Lösung, nicht Teil des Problems«, sagte Annan unter dem Beifall der Europa-Abgeordneten. Seiner Meinung nach sollten Einwanderer deshalb nicht zu Sündenböcken für soziale Probleme gemacht werden. »Einwanderer brauchen Europa, aber Europa braucht auch Einwanderer«, fuhr der UN-Generalsekretär fort.



Plakatentwurf von Melanie Neumann, Studentin an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design, Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

Nach einer Untersuchung der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, der UN Population Division, zur »Bestandserhaltungsmigration« werden zwischen 1995 und 2050 die Bevölkerung Japans sowie die nahezu aller Länder Europas schrumpfen, einige Länder, darunter Italien, könnten zwischen einem Viertel und einem Drittel ihrer Bevölkerung verlieren. Die Bevölkerung wird so stark altern, dass das durchschnittliche Alter eine noch nie da gewesene Höhe erreicht. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, die auf je eine Person im Rentenalter entfällt, wird sich in vielen Fällen von etwa vier auf zwei halbieren. Das heißt: künftig müssten nicht mehr vier, sondern zwei Beschäftigte einen Rentner versorgen. Nach anderen Studien kommt in Deutschland bei gleichbleibender Geburtenrate in 40 Jahren auf einen Rentner sogar nur noch ein aktiver Beitragszahler. Dann müssten die Rentenbeiträge auf mindestens 40 Prozent des Arbeitseinkommens steigen.

Mit den neuen Mitgliedsstaaten im Rahmen der Osterweiterung sind Länder in die EU gekommen, die den Bevölkerungsrückgang in Europa eher

noch verstärken werden. Nirgendwo auf der Welt sind die Geburtenraten so niedrig wie in Mittel- und Osteuropa. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln werden beispielsweise in Estland im Jahr 2050 voraussichtlich 57 Prozent weniger Menschen leben als zur Jahrtausendwende. Lettland verliert fast 50 Prozent seiner Bevölkerung, Ungarn und die Tschechische Republik jeweils über 26 Prozent, Litauen etwa 31 Prozent und Slowenien fast 26 Prozent. Selbst Polen, das größte Beitrittsland, dürfte dann 15 Prozent weniger Einwohner haben als jetzt. Aus Osteuropa werden wir also mittelfristig kaum Migranten holen können, zumal manche dieser Länder selbst bereits zu Einwanderungsländern geworden sind. Nicht nur das »alte«, sogar das »neue« Europa braucht in naher Zukunft Einwanderer, um nicht noch tiefer in die demographische Katastrophe zu stürzen. Trotz einer gegenwärtig hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfen diese Perspektiven nicht aus den Augen verloren werden, wobei Zuwanderung allerdings keine »Rettung« für eine immer älter werdende und schrumpfende Bevölkerung sein kann.

Nicht nur in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Kranken- und Altenpflege werden Mitarbeiter gesucht. Ein wachsender Bedarf besteht auch an Hochschulabsolventen. Trotz vier Millionen Arbeitsloser konnten beispielsweise im Herbst 2004 in der Metall- und Elektroindustrie viele Stellen nicht besetzt werden. Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser sagte, dass dieser Branche rund 150.000 Mitarbeiter fehlten. Seit Beginn des Jahres sei die Zahl der nicht besetzten Arbeitsplätze um 40.000 oder 35 Prozent gestiegen. Gesucht werden unter anderem Installateure, Schlosser, Maler, Maurer, Mechaniker, Elektriker und Bürokaufleute. Wegen der sinkenden Geburtenrate droht Deutschland Fachkräftemangel und der Rückgang seiner Bevölkerung von 82,5 Millionen auf rund 75 Millionen bis zum Jahr 2050, also auf das Niveau von 1963! Experten sagen einen Einbruch bei den Wohnimmobilien und auf dem Kapitalmarkt voraus, denn die Bevölkerung schrumpft und altert zugleich. Jüngere sparen mehr. Gibt es weniger Jüngere, geht die Sparquote insgesamt zurück. Die Rendite sinkt. Die Zahl der Selbständigen, einschließlich der Freiberufler, wird aus demographischen Gründen in den kommenden Jahrzehnten um deutlich mehr als eine halbe Million zurückgehen. Gefordert wird deshalb unter anderem: Förderung von Ausländern!

Deutschland hat sich der Herausforderung durch die internationale Migration gestellt und nach langem Ringen ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Damit bekennt sich die Bundesrepublik offiziell zu ihrer Rolle als Einwanderungsland. Das besorgniserregende demographische Problem, vor dem nicht nur Deutschland steht, spielt im Gesetz praktisch keine Rolle mehr. Auch hier hat sich offensichtlich die Opposition mit der Ansicht durchgesetzt, dass sich demographische Probleme nicht durch Zuwanderung lösen ließen. Die Vereinten Nationen oder auch die Süßmuth-Kommission dagegen hatten in ihren Berichten immer wieder ausführlich auf das demographische Defizit hingewiesen und den Zusammenhang zur Einwanderungspolitik hergestellt.

Ein Umdenken im Sinne der Vereinten Nationen, verbunden mit einer aktiven Einwanderungs- und Integrationspolitik nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer, wird in Europa offensichtlich erst dann einsetzen, wenn das demographische Probleme sozusagen im alltäglichen Leben sichtbar wird. Ein

immer älter werdendes und schrumpfendes Europa sollte aber schon heute eine vorausschauende Politik in Angriff nehmen und dabei die Vorschläge der »UN-Weltkommission für internationale Migration« berücksichtigen, die noch im Laufe des Jahres 2005 vorgelegt werden sollen. 2006 wird dann auf der 61. Ordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung ein »Dialog auf hoher Ebene« über internationale Migration und Entwicklung stattfinden, von dem sicher wieder wichtige Impulse für einen sachlicheren Umgang mit dem »Migrationsproblem« ausgehen werden.

In den letzten Jahren hatte sich ein gewisser Wandel in Politik und Medien hin zu einem positiveren »Ausländerbild« vollzogen: weg vom »Gastarbeiter bei der Müllabfuhr« hin zum »gesuchten Computerspezialisten«. Die Erkenntnis, dass wir aufgrund des Bevölkerungsrückgangs verstärkt auf Einwanderung angewiesen sind, hatte sich in Politik und Medien niedergeschlagen. Das Bild »Das Boot ist voll« entwickelte sich zum »Das Boot wird immer leerer«. Das Eis, auf dem diese zukunftsorientierte, neue Sicht von Migration aufbaut, ist allerdings noch sehr dünn und teilweise schon wieder zerbrochen.

Die Frage bleibt, warum der Diskurs – selbst in Wahlkämpfen – nicht auch von positiven Bildern bestimmt werden kann, ohne dass die Probleme und Schwierigkeiten ausgeklammert werden. Warum kann nicht zum Beispiel auf die Bedeutung und Leistungen der ausländischen Wohnbevölkerung für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen werden, wie im Abschlussbericht der Kommission »Zuwanderung und Integration der CDU Deutschlands« (»Müller-Bericht«)? Dort kann man lesen: »Der Beitrag der Ausländer im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik Deutschland ist unverzichtbar. Ohne ausländische Beschäftigte wären ganze Wirtschaftsbereiche nicht mehr funktionsfähig.« Warum werden nicht beispielsweise weitere Daten und Fakten aus zahlreichen Kommissionsberichten zur Zuwanderung verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht, wie die Tatsache, dass fast 45 Prozent aller in Krankenhäusern Beschäftigten, also Ärzte, Pflegekräfte und Hilfspersonal, Ausländer sind?

Um Vorurteile abzubauen, sollten Bund und Länder ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Ein »Medienverbund«, bei dem Presse, Funk und Fernsehen, Printmedien, Erwachsenenbildung und Schulen gezielt gegen Fremdenfeindlichkeit

und Rechtsradikalismus auftreten und sich um ein besseres Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern bemühen, sollte ins Leben gerufen werden. Was jetzt not tut, ist vor allem auch ein offener Dialog mit den Bürgern, auch mit dem Islam in Deutschland. Beides hat bisher praktisch nicht stattgefunden, obwohl das Thema den Bürgern auf den Nägeln brennt und über drei Millionen Muslime in Deutschland leben. Nicht alle Befürchtungen und Ängste lassen sich als »Sozialneid« abtun. In der Berichterstattung sollte deshalb deutlich gemacht werden, dass Einwanderungsprozesse immer auch Konflikte und Spannungen mit sich bringen. Nur durch einen solchen Dialog, der auch die Sorgen und Befürchtungen der deutschen Bevölkerung ernst nimmt und bei dem die Medien eine wichtige Rolle spielen, ließe sich langfristig ein besseres Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern erreichen. Erst ein solches Klima, in dem Ausländer nicht mehr länger zu »Sündenböcken« abgestempelt werden und aus den ausländerpolitischen Fehlern der Vergangenheit gelernt wird, isoliert Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

■ *Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ist Leiter der Fachredaktion SWR International des Südwestrundfunks in Stuttgart, Ausländerbeauftragter des SWR, Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) e.V. sowie Mitglied im Rat für Migration.*

■ Aktualisierter Auszug aus dem Werkstattgespräch »Ein halbes Jahr danach...«, das auf Einladung des Integrationsbeauftragten des Landes NRW, Dr. Klaus Lefringhausen, am 16. Dezember 2004 stattfand. Der vollständige Text ist abrufbar unter www.integrationsbeauftragter.nrw.de/projekte/material/integratb-werkstattgespraech.pdf

■ Kontakt:
E-Mail: karl-heinz.meier-braun@swr.de
www.swr.de/international

■ Literatur:
Karl-Heinz Meier-Braun: Einwanderungsland Deutschland, Edition Suhrkamp, 2. Auflage, Frankfurt 2003.

Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.): Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 32, Stuttgart 2005. Der Band kann gegen eine Gebühr von 5,00 Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden unter: marketing@lpb.bwl.de

50 Jahre Anwerbung – 30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger/ Interkulturelle Woche

»...und es kommen Menschen« 50 Jahre Migrationsgeschichte

Michaela Dälken

Ein- und Auswanderungen sind nicht nur ein Phänomen der heutigen Zeit. Ob nun »Ruhrpolen« oder »Hollandgänger« – Ein- und Auswanderungen prägen die Geschichte Deutschlands seit Jahrhunderten.

2005 jährt sich nun ein wichtiges Datum der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik: Vor 50 Jahren wurde der erste Anwerbevertrag unterzeichnet. Damit wurde die gezielte Anwerbung von Menschen vereinbart. Hintergrund war ein Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen Deutschlands.

Zwar waren in der Nachkriegszeit viele Menschen als Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler gekommen, um eine neue Heimat zu finden. Doch die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg beständig an. Dabei wurden in der ersten Zeit vor allem Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gesucht. Nach und nach wurden vermehrt Arbeitnehmende in der Industrie und im Baugewerbe eingesetzt.

Seit Mitte der 1970er Jahre schloss auch die ehemalige DDR Abkommen, um Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die Erfahrungen der DDR-Ge-

sellschaft mit Arbeitsmigration waren allerdings begrenzt. Das lag nicht nur an der vergleichsweise geringen Zahl. Vertragsarbeiter lebten isoliert in meist werkseigenen, nach Geschlechtern getrennten Unterkünften, hatten zeitlich begrenzte Arbeitsverträge von vier bis fünf Jahren und damit einen begrenzten Aufenthalt, Familiennachzug war nicht gestattet. Nach der Wende verloren viele Vertragsarbeiter ihren Arbeitsplatz, ein großer Teil kehrte mit finanzieller Unterstützung vorzeitig in die Heimat zurück. Auch die Bundesregierung setzte nach der Wiedervereinigung die Rückführungspolitik fort. Erst im Mai 1993 wurde durch die Innenministerkonferenz eine Bleiberechtsregelung – unter bestimmten Bedingungen – geschaffen. Die ganz große Mehrheit der ehemaligen Vertragsarbeiter war aber längst ausgereist.

In der Bundesrepublik wurden in der Zeit der Anwerbung (1955–1973) Arbeitskräfte gebraucht, die flexibel einsetzbar waren. Die Arbeitnehmenden sollten für eine bestimmte Zeit bleiben, um dann in ihre Länder zurück zu kehren (»Rotationsprinzip«). Doch nicht zuletzt die Arbeitgeber wandten sich schnell gegen dieses Prinzip: Wer einmal angelernt war, sollte auch bleiben. Für sie war der Aufwand, immer wieder neue Leute anzulernen, zu groß. In der Folge blieben immer mehr Arbeitnehmende für längere Zeit in Deutschland. Zwar planten auch sie zunächst immer fest die Rückkehr mit ein. Doch wie Max Frisch feststellte: »Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen.«

Die ausländischen Arbeitnehmenden gründeten Familien in Deutschland, Rückkehrabsichten wurden mit Blick

30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche

In jedem Jahr findet die »Woche« unter einem bestimmten Motto statt. Diese lauteten in den zurückliegenden Jahren:

- 1975: »Miteinander für Gerechtigkeit«
- 1978: »Für eine gemeinsame Zukunft«
- 1980: »Verschiedene Kulturen – Gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft«
- 1982/1983: »Ängste überwinden – zur Nachbarschaft finden«
- 1984/1985: »Nachbarschaft, die Frieden schafft«
- 1986/1987/1988: »Gemeinsam leben, gemeinsam entscheiden«
- 1989/1990: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«
- 1991/1992: »Viele Kulturen – eine Zukunft«
- 1993/1994: »Frieden gestalten – Gewalt überwinden«
- 1995/1996: »Miteinander für Gerechtigkeit«
- 1997/1998: »Offen für Europa – offen für andere«
- 1999: »Verschiedene Menschen – gleiche Würde«
- 2000: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«
- 2001/2002: »Rassismus erkennen – Farbe bekennen«
- 2003/2004: »Integrieren statt ignorieren«
- 2005: »Miteinander Zusammenleben gestalten«

auf die gerade eingeschulten Kinder weiter verschoben. Im September 1964 kam in Köln-Deutz der millionste ausländische Arbeitnehmende an. Knapp zehn Jahre später – im November 1973 – beschloss die Bundesregierung einen Anwerbestopp. Zu diesem Zeitpunkt lebten 4,1 Millionen Ausländer und Ausländerinnen in der Bundesrepublik: Heute sind es 7,3 Millionen Menschen.

Mit dem Anwerbestopp sollte die Zahl der ausländischen Arbeitnehmenden begrenzt werden. Ausnahmeregelungen des Anwerbestopps, Familiennachzug und die Gründung von Familien ließen jedoch die Zahl der Ausländer in Deutschland wachsen. 1979 forderte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, erstmals, was lange Jahre gerne übersehen worden war: Die Anerkennung der faktischen Einwanderung. Die Erwartung, dass die Mehrheit der Arbeitsmigranten und -migrantinnen zurückkehren werde, sah Kühn als Selbsttäuschung an. Er rief die Politik dazu auf, zu reagieren und forderte Integrationsprogramme. Diese sollten sicherstellen, dass die zweite Generation in Bezug auf schulische und berufliche Bildung, Arbeit und Wohnen den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nicht nur formal, sondern auch real gleichgestellt werde. Die Integration sollte durch politische Partizipation gefördert werden: durch die Schaffung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer. In der Arbeitswelt waren ausländische Arbeitnehmende zu diesem Zeitpunkt schon sehr viel stärker integriert. Bereits 1972 waren sie gleichgestellt worden. Damals sorgte eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes dafür, dass ausländische Arbeitnehmende



Nino Poli (rechts), Leiter der Zentralstelle für die Betreuung der italienischen Arbeitnehmer in Deutschland. Foto: DGB-Bildungswerk

de das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Schon vorher hatten sich viele ausländische Arbeitnehmende aktiv engagiert. Jetzt konnten sie sich noch stärker aktiv beteiligen.

Doch was in der Arbeitswelt schon lange gut funktionierte und Erfolge zeigte, entwickelte sich auf anderen Ebenen nur langsam. Statt Integration wurde zunächst noch immer auf Rückkehr gesetzt. So sollte 1983 das Rückkehrförderungsgesetz Ausländer bei der Rückkehr unterstützen. Doch schon zehn Jahre vorher hatte eine Umfrage der Bundesanstalt für Arbeit unter ausländischen Arbeitnehmenden gezeigt, dass fast die Hälfte der Befragten in Deutschland bleiben wollte.

Mit den politischen Veränderungen der 1990er Jahre änderte sich die Zuwanderung nach Deutschland. Im Mittelpunkt standen nun neben Aussiedlern Asylbewerber und Flüchtlinge. Die Diskussion um die Einwanderung von Asylbewerbern unter dem Kredo »Das Boot ist voll« gipfelte in fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffen wie in Rostock und Mölln.

In den letzten Jahren wurde zaghaft begonnen, einige Forderungen des Kühn-Memorandums umzusetzen. Im Mittelpunkt stand dabei das Staatsangehörigkeitsrecht. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1990 die Einführung des kommunalen Wahlrechts für so genannte Drittstaatler untersagt. Angeregt wurde eine Änderung des Grundgesetzes oder des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Mit dem Maastrichter Vertrag konnte 1992 dies zumindest für EU-Bürger und EU-Bürgerinnen erreicht werden. In Deutschland lebende EU-Bürger und EU-Bürgerinnen erhielten neben dem Recht an Wahlen zum Europaparlament teilzunehmen auch das kommunale Wahlrecht. Die Reform

des Staatsbürgerschaftsrechtes brachte 2000 erleichterte Einbürgerungsbedingungen und unter bestimmten Voraussetzungen die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft bis zur Volljährigkeit.

Mit der Green-Card-Debatte wurde die Abwehrhaltung in Deutschland abgelöst und Grundlagen für eine gestaltende Migrationspolitik gelegt. Vorläufiger Endpunkt der Debatte ist das Zuwanderungsgesetz, das 2005 nach einer langen Debatte in Kraft trat. Darin bleibt zwar der 1973 beschlossene Anwerbestopp erhalten, zahlreiche Ausnahmeregelungen führen aber dazu, dass jährlich rund 300.000 Arbeitserlaubnisse – so Schätzungen des DGB – erteilt werden. Das Zuwanderungsgesetz gibt eine Grundlage zu Gestaltung der Migrationspolitik.

■ *Michaela Dälken ist Öffentlichkeitsarbeitsreferentin im Kompetenzzentrum Migration und Qualifizierung des DGB Bildungswerkes.*

■ Kontakt:
DGB Bildungswerk
Migration & Qualifizierung
Michaela Dälken
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
www.dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Anwerbeabkommen BRD

Italien	1955
Griechenland	1960
Spanien	1960
Türkei	1961
Marokko	1963
Portugal	1964
Tunesien	1965
Jugoslawien	1968

Anwerbeabkommen DDR

Polen	1965/66
Ungarn	1967
Algerien	1974
Kuba	1978
Mosambik	1980
Angola	1984
China	1986

Die Mission war unsere Familie

Mauro Montanari

Im Dezember 1955 unterzeichneten die deutsche und die italienische Regierung das Anwerbeabkommen, mit dem italienische Arbeitskräfte nach Deutschland geholt wurden. Dieser Vertrag gilt bis heute als der offizielle Beginn der italienischen Migration nach Deutschland, wo heute etwa 700.000 Italiener leben. Er stellte für ähnliche Abkommen, wie sie Deutschland später z. B. mit der Türkei abschloss, ein Modell dar.

Die in Deutschland lebenden Italiener und generell Ausländer finden Arbeit, treffen dabei jedoch gleichzeitig auf schwierige Lebenssituationen. Als Arbeitskräfte waren sie erwünscht, da motiviert, jung, doch ihr Status war der eines Gastes, der nach dem erfolgten Nachkriegswiederaufbau in seine Heimat zurückkehren sollte. Die Bezeichnung »Gastarbeiter« bringt diese Vor-

stellung deutlich zum Ausdruck.

Aus der Rückschau wird deutlich, wie unrealistisch diese Erwartung war und welch hoher Preis an fehlenden Strukturen, menschlichem Leid und Unverständnis zwischen Kulturen gezahlt wurde.

Wie andere Gruppen auch blieben die Italiener, ließen ihre Ehefrauen nachkommen oder heirateten hier. Mittlerweile lebt hier eine vierte Einwanderergeneration, zu der sich kontinuierlich frisch zugewanderte Italiener hinzufügen. Nicht wenige pendeln zwischen beiden Ländern.

Als die ersten Italiener kamen, war Deutschland von dem, was sie kannten, total verschieden. Die erste Hürde betraf die Sprache, die kaum jemand beherrschte. Das unterschiedliche Klima, Gewohnheiten und Nahrung waren weitere bedeutende Unterschiede zum

Gewohnten. Doch am schwersten wog die Empfindung vieler Eingewanderter, zwar als Arbeitskraft, jedoch nicht als Mensch angenommen zu sein.

Als eine der wenigen Institutionen nahm sich der Caritasverband der Neuankömmlinge an und richtete sich mit seinen Strukturen auf den neuen Bedarf ein: Personal aus den Herkunftsländern wurde eingestellt, das mit den Eingewanderten in ihren Sprachen sprechen und Probleme lösen konnte.

Parallel dazu begann die katholische Kirche ein globales pastorales Projekt, das die italienischen Missionare betraf, die die Migranten begleiteten und darüber hinaus Ansprechpartner in den deutschen Diözesen hatten. In der Briefsammlung »Als ich nach Deutschland kam«, herausgegeben von der Delegation der Italienischen Missionen, erinnern sich Italiener an die positiven Momente mit Missionaren, den ersten heißen Kaffee bei der Ankunft in München als Geste, die jahrzehntelang im Gedächtnis bleibt. In Gebieten mit vielen Italienern begannen die Missionare, regelmäßig die Messe zu lesen und die pastorale Arbeit in den Sprachen der Eingewanderten zu geben. So wurden die Missionen zu einem Ort der Begegnung, aus dem heraus viele Verbände und Vereine entstanden, die zur Lösung vieler sozialer Probleme beitrugen.

»In allen Missionen«, schreibt Sonia Cussigh aus der Mission Stuttgart, »trafen sich vor allem Männer und Frauen, die allein in Wohnheimen lebten. Die Mission war eine Stätte der Geborgenheit, wie eine Familie. Man sah zusammen einen Film an oder hörte die Messe. Don Battista Mutti, der erste Missionar in Stuttgart, wurde inzwischen Prälat und erhielt mit der Unterstützung von Hr. Klothidis und vielen anderen einen Sitz in der Werastraße und eine Begegnungsstätte in Stuttgart bei der Caritas, die alle »Das Italienische Zentrum« nannten. Das waren dann die Jahre der Familienzusammenführungen und der Ankunft vieler Familien.«¹

Mittlerweile dehnten die Missionare ihre Arbeit auf das gesamte alte Bundesgebiet aus und pflegten die Nähe zum Leben der Eingewanderten. Mit Beginn der sechziger Jahre berichteten die Missionare der Nationaldelegation

Geschichte sichtbar machen!

Arbeitsmigration gehört im Einwanderungsland Deutschland zur gesellschaftlichen Realität. Heute arbeiten Menschen – mit zum Teil sehr unterschiedlichem Status – aus den verschiedensten Ländern in Deutschland. Zahlreiche praktische Erfahrungen im Zusammenleben wurden in der Arbeitswelt gesammelt. Die Gewerkschaften können dabei auf fast 50 Jahre Einsatz für die Integration der in Deutschland lebenden Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten zurückblicken. Diese Erfahrungen aus der Arbeitswelt können heute für die gesellschaftliche Integration genutzt werden.

Anlässlich des 50-jährigen Jahrestages des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens im Dezember 2005 hat das DGB Bildungswerk unter der Leitung von Leo Monz und Mitarbeit von Michaela Dälken das Projekt »50 Jahre Einwanderung« initiiert. Auf der Grundlage einer historisch angelegten Recherche wird eine Dokumentation über die Integration von ausländischen Arbeitnehmenden in die Arbeitswelt erstellt. Das Projekt nimmt dabei die Rolle der beteiligten Gruppierungen – Bundesregierung, Arbeitgeber, Arbeitnehmenden und ihrer Gewerkschaften – in den Blick, wobei die Rolle der ausländischen Arbeitnehmenden und ihrer Gewerkschaften im Mittelpunkt steht. Die Dokumentation umfasst eine Tagung, eine Wanderausstellung, einen Katalog sowie Unterrichtseinheiten.



Foto: DGB Bildungswerk

■ Kontakt
DGB Bildungswerk
Migration & Qualifizierung
Michaela Dälken
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
michaela.daelken@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

von ihrer enormen pastoralen Arbeit. »Selbst Kardinal Frings war davon beeindruckt. Er schrieb zu Weihnachten 1963 einen kurzen, interessanten Glückwunschbrief an die Italiener seiner Erzdiözese mit der Bitte, sie sollen in Deutschland dieses Fest der Liebe feiern, obwohl sie fern von der Heimat, von den Verwandten und Traditionen leben. Diese können ihnen die deutschen Mitchristen nicht ersetzen. Die erste figurative Darstellung der Krippe, schrieb der Kardinal weiter, geht auf den hl. Franz von Assisi zurück. Jeder soll zu Hause, auch wenn nur im Kleinen, eine Krippe bauen oder ein Bild des Christkinds aufstellen, um an die Güte Gottes zu erinnern, der die wahre Liebe ist.«²

Mit den Jahren, den nachgezogenen Familien und als eine Frucht vieler binationaler Ehen stellte sich die Frage nach der Bildung der Kinder und Jugendlichen. Oft aus bildungsfernen Familien stammend, trafen sie besondere Schwierigkeiten im deutschen Bildungssystem an. Es waren die Missionen, die das Problem am besten erkannten und von denen die grundlegenden Impulse zur Schaffung von Bildungseinrichtungen für junge Italiener ausgingen, die sich zuerst zwischen Köln und Saarbrücken realisieren ließen:

»Das Defizit der Schulischen Ausbildung der nach Deutschland zugewanderten Italiener stellte sich, gerade für die Betroffenen, tragisch und als unüberwindbare Hürde in dem Gastland für einen möglichen beruflichen und sozialen Aufstieg dar. Die Italiener, ohne Schulabschluss oder mittlere Reife (...) hatten in Deutschland keine Möglichkeit, sie nachzuholen, da die entsprechenden Strukturen fehlten. (...) Die italienischen Missionare stießen in ihrer alltäglichen Pastoralarbeit immer wieder auf die Barriere dieses tiefen schulischen Mangels an Ausbildung und auf die Ohnmacht, die Situation ändern zu können. Auf die Nachfrage vieler junger Italienerarbeiter, welche die mittlere Reife und verschiedene Lehrämter erlangen wollten, reagierten die Patres mit Abendkursen zur Vorbereitung auf die Staatlichen Prüfung in der Heimat. So gründeten sie im März 1970 das Institut ISIS, das dreißig Jahre lang vielen italienischen Einwandererkindern der ersten und zweiten Generation die reelle Chance für eine gehobene Ausbildung gab.«³

Gleichzeitig zum ISIS entstand bei Köln das Kolleg Papst Johannes XXIII. in Stommeln-Pulheim: »Mitte der sechziger Jahre stellte sich im Rahmen der Fa-

milienzusammenführung bei den Italienern eine Kette von neuen Problemen, besonders im Bereich der Beschulung von Kindern, welche die Schule in der Heimat unterbrechen mussten, um mit den Eltern nach Deutschland auszuwandern. Das Erzbistum Köln, in welchem mehr als 80.000 Italiener lebten, davon fast ein Viertel unter 16 Jahren, erkannte sofort das Problem und reagierte entsprechend. Es ließ in Stommeln, 20 km nördlich von Köln, das alte Krankenhaus in ein Internat mit einer Schule umbauen, betraute 1968 die Kongregation der Pavoniani mit der Leitung des Internats sowie mit der Übernahme der Erziehung und stellte die nötigen Hilfsmittel zur Verfügung. Internat und Schule wurden Papst Johannes XXIII. gewidmet.«⁴

In Saarbrücken entsteht im Sitz der Mission das Italienische Zentrum als Begegnungsstätte für alle und als Verdienst des Missionars Edon Ascanio Micheloni. Dort gibt es seit 1969 ein Hort für italienische Kinder und andere. »Das Italienische Zentrum«, erklärt der derzeitige Nationaldelegat der Italienischen Missionen, Pater Gabriele Paolin, »ist Sitz der Mission und ein Treffpunkt für alle, ein Ort, wo man Rat und Hilfe findet, wo man sich trifft, und ein Platz für Kinder.«

Im November 1970 verlässt Don Micheloni stolz auf seine Gemeindemitglieder die Mission und überlässt seinen Platz Don Luigi Petris. Die italienische Gemeinschaft ist stabiler geworden, die Familienzusammenführungen wachsen weiter, es beginnt die Gründung diverser Vereine. Als neue Herausforderungen stehen die Fragen der Familie an, der Umgang mit den Vereinen und der christlichen Gemeinschaft. Vom Italienischen Zentrum geht eine Reihe von Initiativen aus, bei denen Anstrengungen für eine Integration italienischer Kinder in das deutsche Bildungssystem und Angebote des Zusammentreffens und der Weiterbildung für Erwachsene stehen. Vielfältige Kurse in den Bereichen Sprache, Schulabschlüsse, Integration zeugen von dem großen Engagement von Don Luigi und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um das Zentrum, eine echte Schule der Bildung und Reife, drehen sich zahlreiche Vereine in der Stadt.⁵

Bildungsangebote für Kinder und Erwachsene wurden von Anfang auch von christlichen Laienorganisationen organisiert wie zum Beispiel den ACLI (Associazioni Cristiane Lavoratori Italiane), deren Bildungsträger ENAIP vielen Italienern als Möglichkeit der Weiter-

bildung und des sozialen Aufstiegs gewürdigt wird. Wieder in »Als ich nach Deutschland kam« berichtet Carlo Renzi: »Ich kam nach Deutschland am frühen 12. März 1959 mit noch nicht einmal 21 Jahren und vielen Zukunftsträumen. Ich stellte mich bei dem Arbeitsamt meiner Stadt vor, wo sie mich zum Versammlungs- und Untersuchungsort in Verona schickten. Dahin kamen die Arbeitgeber, die vor allem Arbeitskräfte für das Baugewerbe im Bereich Straßen, Deicharbeiten, Eisenbahn und verschiedene Fabrikarbeiten suchten.

Ich hatte das Pech, auf einer Baustelle ›Hoch- und Tiefbau‹ zu enden. Daher haben sie in meinen Pass als Beruf ›Steinbrecher‹ eingetragen, ein wahres Abenteuer, weil ich in meiner Stadt in einer Möbelfabrik an einer eigenen Werkbank mit Feinwerkzeugen gearbeitet hatte und gleichzeitig die ENAIP besuchte.

Jedenfalls kamen wir als Gruppe von etwa 15 Personen am Bahnhof in Stuttgart an, Schwester Clothildis und Pater Don Mutti von der Katholischen Mission empfingen uns mit Reiseproviand. Sie warteten mit uns, bis ein kleiner VW-Lastwagen mit Plane ankam.«

Auch die wertvolle Arbeit der Bewegung Movimento Cristiano Lavoratori (MCL) soll hier gewürdigt werden.

Die Arbeit der Italienischen Missionen, des Caritasverbandes und der christlichen Bildungseinrichtungen übersteigt bei weitem alles, was wir in diesen wenigen Zeilen beschreiben können. Damit entschuldigen wir uns ausdrücklich bei den vielen, die hier nicht namentlich erwähnt werden konnten.

- 1 Contatti, Pastoralblatt der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Oktober 2003
- 2 Don Vito Lupo, Die Italienischen Katholischen Gemeinden in Deutschland. Ein Beispiel für die Auswanderungspastorale der letzten 50 Jahre, S. 202
- 3 Don Vito Lupo, S. 207
- 4 Don Vito Lupo, S. 227
- 5 Corriere d'Italia, Italienische Monatszeitung, herausgegeben von der Nationaldelegation der Italienischen Katholischen Missionen, September 2002

■ **Mauro Montanari ist Chefredakteur des Corriere d'Italia**

■ Kontakt:
Corriere d'Italia
Speyerer Str. 2
60327 Frankfurt am Main
www.corritalia.de

30 Jahre »Woche der ausländischen Mitbürger/ Interkulturelle Woche«

Gabriele Erpenbeck

Sperrig ist die Bezeichnung der inzwischen zur Institution gewordenen Tage, die für Ende September/Anfang Oktober eines jeden Jahres von den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften und anderen Organisationen ausgerufen werden. Vielerorts ist schon lange vergessen, dass die evangelische und die katholische Kirche sowie die griechisch-orthodoxe Metropole die »Erfinderinnen« sind, die jedes Jahr aufs Neue dazu aufrufen. Mit zentralen und dezentralen Veranstaltungen weisen sie immer wieder darauf hin, dass jeder Einzelne wie alle gesellschaftlichen Gruppen daran arbeiten müssen, dass das Zusammenleben und -arbeiten von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion gelingt und im alltäglichen Leben tatsächlich zur Bereicherung wird.

Von Anfang an lag den Kirchen daran, die gesellschaftlichen Gruppen wie die Gewerkschaften und Arbeitgeber, die Länder und Kommunen sowie die Wohlfahrtsverbände als auch den Sport mit ins Boot zu holen. Die Fragen der Förderung des friedlichen Zusammenle-

bens und der Integration wurde von vornherein als eine Frage an die Kirchen und die Gesellschaft begriffen. Nicht umsonst lautete 1973 die programmatische Überschrift eines Beschlusses der Synode der katholischen Bistümer »Die ausländischen Arbeitnehmer – eine Frage an die Kirche und die Gesellschaft«.

Anfang der 1970er Jahre war die Politik weit entfernt davon, sich über die Integration der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer Gedanken zu machen. Im allgemeinen Bewusstsein waren sie Arbeitnehmer auf Zeit, die nach zwei, spätestens drei Jahren zurückkehren würden. Das so genannte Rotationsprinzip war das landläufig akzeptierte Modell. Arbeitnehmer aus dem Ausland waren eine willkommene Notlösung für die Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt der 1960er und 1970er Jahre, ähnlich wie in den Nachbarländern Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

Die Caritas und bald auch die katholische Kirche knüpften Ende der 1950er Jahre an Erfahrungen und Traditionen an, die sie während der Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts gemacht hatten: Sie kümmerten sich pastoral und sozial um die Ausländer der »katholischen« Nationen. Priester aus den Heimatländern bauten die so genannten ausländischen Missionen auf – heute »Gemeinden anderer Muttersprache«. Die Caritas stellte Sozialfürsorge- und -fürsorger ein, damit die ersten ausländischen Arbeitnehmer Ansprechpartner in ihrer Muttersprache hatten.

Die griechisch-orthodoxe Metropole entsandte ebenfalls recht bald nach dem Anwerbevertrag mit Griechenland Geistliche, die sich pastoral und diakonisch um die griechischen Arbeitnehmer kümmerten. Die wachsende Zahl der Griechen in der Bundesrepublik und in Westeuropa führte 1963 zur Gründung der griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland – Exarchat von Zentraleuropa durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel.

30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche

1975 Miteinander für Gerechtigkeit

»1. Alle christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin haben dazu aufgerufen, am 12. Oktober 1975 zum ersten Mal gemeinsam den Tag des ausländischen Mitbürgers zu veranstalten.

2. Die angestrebte Partnerschaft zwischen Ausländern und Deutschen stellt an alle Beteiligten hohe Anforderungen. Soll die Gefahr eines Gegeninanders vermieden werden, dann sind Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die es den Ausländern ermöglichen, auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ihr Schicksal mitzubestimmen. Nur dann kann auch bei ihnen ein Interesse an politischer Mitverantwortung entstehen.«

Aus: Wort des Rates der EKD zur Vorbereitung zum »Tag des ausländischen Mitbürgers«

1978 Für eine gemeinsame Zukunft

Rund vier Millionen Ausländer leben in Deutschland. Fast eine Million dieser Ausländer sind mehr als zehn Jahre hier. Für viele unter ihnen ist die Bundesrepublik zum Einwanderungsland geworden.

Aus: Gemeinsames Wort der Kirchen zum »Tag des ausländischen Mitbürgers«

Sie ist heute die drittgrößte christliche Kirche Deutschlands mit über 70 Kirchengemeinden und über 150 Gottesdienststätten. Eine halbe Million orthodoxer Christen, insbesondere griechischer und rumänischer Herkunft, gehören ihr an.

Ähnliches – jedoch in einer anderen, historisch/politisch bedingten Organisationsform – gilt für die serbisch-orthodoxen Christen. Die ersten serbisch-orthodoxen Geistlichen kümmerten sich schon vor Gründung der Bundesrepublik um ihre Gläubigen, die damals überwiegend zu der Gruppe der ehemaligen jugoslawischen Kriegsgefangenen gehörten, die nach Deutschland verschleppt worden waren und nicht nach Jugoslawien zurückkehren wollten oder konnten. Die heute ca. 150.000 serbisch-orthodoxen Gläubigen in Deutschland gehören der Mitteleuropäischen Diözese an. Rund 150.000 Gläubige leben in Deutschland und verteilen sich auf 37 Gemeinden.

Obwohl damals unter den angeworbenen ausländische Arbeitnehmern nur wenige Protestanten waren, stellten evangelische Kirchengemeinden schon früh Kirchen für die Gottesdienste – vor allem der orthodoxen Christen – und Gemeinderäume für soziale und kulturelle Angebote zur Verfügung.

Die Gewerkschaften waren für viele ausländischen Arbeitnehmer in den ersten Jahren in den Betrieben der natürliche Ansprechpartner, wenn es um Probleme am Arbeitsplatz oder um die Verlängerung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen ging. Gleichzeitig hatten die Gewerkschaften Kontakte zur gewerkschaftlichen Opposition, in den Ländern, die man zum Teil bis Ende der 1980er Jahre nicht zu den demokratischen Ländern zählen konnte, ganz besonders ausgeprägt zum Beispiel die IG-Metall zu den Gewerkschaften in Spanien und Portugal.

Die persönliche und direkte Konfrontation mit den Bedürfnissen und Problemen der Arbeitnehmer führte die Kirchen und die kirchlichen Wohlfahrtsverbände schon bald in diesen Fragen zusammen. Öffentlich wurde dies besonders deutlich bei der Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe des Augsburger Pfingsttreffens 1971.

Denn die heutige »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche« hatte Vorläufer. 1971 fand in Augsburg, der Stadt der Confessio Augustana und des Religionsfriedens, das Ökumenische Pfingsttreffen statt.

Richard von Weizsäcker stellte an-



Plakatentwurf von Jan Lengwenat, Student an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design, Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

schließend fest: »Vor allem gingen von Augsburg die wichtigsten Bemühungen auf deutschem Boden aus, um die Menschen dort miteinander zu verbinden, wo es ihnen oft am Schwersten gefallen ist, im friedlichen Umgang mit den Konflikten von Glaube und Wahrheit.« Angestoßen von den Erneuerungsimpulsen des II. Vatikanischen Konzils feierten und beteten 20.000 Teilnehmer gemeinsam für das Zusammenwachsen der Christen unterschiedlichen Konfessionen. Eingeladen hatten die Präsidien des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT) und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK).

Eine von sechs Arbeitsgruppen des Ökumenischen Pfingsttreffens befasste sich mit den Fragen, die sich durch die damalige Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer und den Nachzug ihrer Familien für Kirchen und Gesellschaft stellten. Die Beschlüsse der Arbeitsgruppe sind weiterhin aktuell. Kirche und gesellschaftliche Gruppen heute sehen sich noch immer genötigt, viele der damaligen Forderungen – wenn auch aktuell formuliert – vor allem gegenüber der Politik von Bund und Ländern zu stellen.

Ein Ergebnis des Ökumenischen Pfingsttreffens ist der »Tag des ausländischen Mitbürgers«, der fast überall am 11. Juni 1972 begangen wird. Getragen wurde diese Initiative von den katholischen Bistümern, den evangelischen Landeskirchen, der griechisch-

orthodoxen Metropole, dem Deutschen Caritasverband und dem Diakonischen Werk. Hieraus entwickelte sich in Zusammenarbeit mit dem DGB und der IG-Metall der »Tag des ausländischen Mitbürgers«.

1973 und 1974 haben regional die Kirchen den »Ausländersonntag« unterschiedlich und wenig koordiniert begangen. 1975 war es dann soweit: Zum 12. Oktober wurde bundesweit von der deutschen Bischofskonferenz, der griechisch-orthodoxen Metropole und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zum »Tag des ausländischen Mitbürgers« eingeladen und zur Beteiligung aufgerufen. Sie stellten diesen Tag unter das Motto »Miteinander für Gerechtigkeit«.

In Bayern hatte sich ein breites Bündnis in der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländische Arbeitnehmer in Bayern zusammengefunden, um dem Tag die notwendige Öffentlichkeit und Unterstützung zu geben. Die Landesarbeitsgemeinschaft schreibt in ihrem Aufruf: »Es muss bewusst werden: Das unausweichliche Beieinander darf nicht zu einem unverbindlichen Nebeneinander oder gar zu einem zerstörenden Gegeneinander werden, sondern muss zu einem alle verbindenden Miteinander führen. Dieses Bewusstsein ist gerade jetzt, vor dem Hintergrund schwieriger Beschäftigungslage mit einer großen

Anzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern notwendig. Der Tag gewinnt in dieser Situation besondere Bedeutung: Das »Miteinander für Gerechtigkeit« sollte zu einem möglichst positiven Testfall für die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern werden. « Rechts-sicherheit und Verfestigung des Aufenthaltsrechts für Ausländer zu fordern, war der harte Kern des Mottos. Aktueller könnte ein Aufruf heute kaum sein.

Allerdings hat sich in den 30 Jahren nicht nur die Diktion ein wenig geändert, sondern auch die Art der Zuwanderung. Den ausländischen Arbeitnehmern sind deren Frauen und Kinder gefolgt. Die politische Situation in vielen Ländern hat dazu geführt, dass weltweit die Flüchtlingsströme gewachsen sind und Flüchtlinge – sei es aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg, wegen politi-

scher Verfolgung Andersdenkender sowie ethnischer oder religiöser Minderheiten, oder auch aus wirtschaftlichen Gründen – seit Ende der 1970er Jahre auch nach Deutschland in steigendem Maße kamen. 1986 wurde daher der Tag des Flüchtlings in die Woche aufgenommen.

Die »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche«, die aus dem Tag des ausländischen Mitbürgers inzwischen geworden ist, ist so aktuell und notwendig wie vor 30 Jahren. Vieles an Integration ist erreicht, wenn auch allzu oft gegen alle politischen und gesellschaftlichen Widerstände und rechtlichen Rahmenbedingungen, aber vieles ist noch zu tun. Die Interkulturelle Woche ist heute wie damals ein Punkt im Jahr, um innezuhalten und gemeinsam über das Mit-, Neben- und Gegeneinan-

der nachzudenken und vor allem offen zu reden, es ist ein Punkt im Jahr, an dem es gut tut, auch einmal miteinander zu feiern. Die Interkulturelle Woche vermittelt jährlich immer wieder neu Motivation ein Jahr lang im Alltag, in Nachbarschaft, Schule und Beruf das Zusammenleben, das Miteinander zu praktizieren und mit dafür zu sorgen, dass politische, gesellschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die oft zu viel zitierte »gegenseitige Bereicherung« möglich wird und wir »miteinander das Zusammenleben gestalten« können.

■ *Gabriele Erpenbeck ist Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen*

■ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Ausländerbeauftragte
Gabriele Erpenbeck
Postfach 221, 30002 Hannover
E-Mail:
Gabriele.Erpenbeck@mi.niedersachsen.de

30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche

1980 »Verschiedene Kulturen – Gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft«

Thesen zum Gespräch:

1. *Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft.*
2. *Für das künftige Zusammenleben ist eine gegenseitige Integration erforderlich.*
3. *Im Miteinander der Kulturen sollte die Mehrheit die Ansprüche der Minderheiten respektieren.*
4. *Gegenseitige Isolierung und Gettos fördern nicht die gemeinsame Zukunft.*
5. *Bevorzugte Orte, interkulturelles Leben und dabei vor allem Toleranz zu lernen, sind Kindergarten und Schule.*
6. *Kulturelle Angebote sollten die Verschiedenheiten, aber auch die Gemeinsamkeiten des jeweiligen kulturellen Erbes vermitteln.*
7. *Den Kirchengemeinden fällt aufgrund des nationalitätenübergreifenden Glaubens eine besondere Aufgabe für die Förderung einer multikulturellen Gesellschaft zu.*
8. *Erforderlich für eine multikulturelle Gesellschaft sind neue Programm- und Vermittlungsstrukturen der Medien.*
9. *Das Zusammenleben verschiedener Kulturen in einer multikulturellen Gesellschaft ist eine neue Chance für die Zukunft der Bundesrepublik.*

Aus: »Thesen zum Gespräch« des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses

1986 Einführung »Tag des Flüchtlings« in die »Woche«

»Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger und der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes setzen sich gemeinsam dafür ein:

- *Die Grenzen Europas nicht abzuschotten, sondern Flüchtlingen den Zugang in die Bundesrepublik weiterhin zu ermöglichen.*

Greifen Sie zum Tag des Flüchtlings (Freitag, den 3. Oktober 1986) in der Woche der ausländischen Mitbürger (28. September – 5. Oktober 1986) die Asylthematik auf.«

Aus: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger und Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Faltblatt aus dem Jahr 1986

Zum Namen der »Woche«

Viele fühlen sich von dem Namen »Woche der ausländischen Mitbürger« nicht angesprochen. Sie sehen sich als Inländer, auch wenn sie vielfach noch einen ausländischen Pass haben. Der Begriff »Mitbürger« war in den achtziger Jahren ein Markenzeichen, der das Ziel einer möglichst weiten Gleichberechtigung der Eingewanderten mit den hier Lebenden zutreffend bezeichnete. Mittlerweile betrachten viele Eingewanderte diesen Begriff als nicht mehr zutreffend. Sie sehen sich als gleichwertige Bürger dieses Landes. Auch Frauen fühlen sich durch den Namen »Woche der ausländischen Mitbürger« nicht mehr angesprochen. All dies waren Gründe für den Ökumenischen Vorbereitungsausschuss nach einer intensiven Diskussion ergänzend zu dem Namen »Woche der ausländischen Mitbürger« den Namen »Interkulturelle Woche« 1991 einzuführen. Mittlerweile hat sich dieser Name in der Öffentlichkeit durchgesetzt.

Aus: Materialheft des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses aus dem Jahr 2000

Der Kampf um die Köpfe

Neuere Entwicklungen und Strategievarianten
bei der extremen Rechten in Deutschland

Prof. Dr. Benno Hafeneeger

Seit den unsäglichen Auftritten der NPD im sächsischen Landtag ist die extreme Rechte hier zu Lande wieder ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt. Der Autor beschreibt, wie sich Ziele, innere Struktur und Äußerungen der Rechten auf ihrem geplanten Weg in die Mitte der Gesellschaft verändert haben.

Die extreme Rechte hat in der Geschichte der Bundesrepublik im jeweiligen Zeitbezug unterschiedliche politische Entwicklungsdimensionen und für sie typische parlamentarische und außerparlamentarische Strategievarianten und Verhaltensweisen (Formen des Auftretens) entwickelt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts und mit den Wahlerfolgen in Sachsen, Brandenburg und auch im Saarland sowie punktuell bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 haben sich vor allem fünf Entwicklungen und Varianten herausgebildet, mit denen sich die demokratischen Parteien und Parlamente, die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft sowie der Rechtsstaat der-

zeit und wohl auch zukünftig – bei weiter zu erwartenden Wahl-(Achtungs-)erfolgen, öffentlicher Präsenz und Bedeutungszuwachs der extremen Rechten – auseinander setzen müssen. Der Suchprozess für angemessene politische und argumentative – parlamentarische und außerparlamentarische – Auseinandersetzungen ist vor allem seit dem gescheiterten Verbotverfahren und der erneuten Diskussion um einen Verbot Antrag, dem Wahlerfolg der NPD sowie dem Verhalten der Fraktion im sächsischen Landtag in der öffentlichen Diskussion.

1. Rückenwind

Die extreme Rechte und federführend die NPD sieht sich im Aufwind und in ihrer Selbstwahrnehmung/-einschätzung – weg vom Verlierer-/Outlawimage und Nischendasein – in einer »nationalen Aufbruchstimmung«; die Wahlerfolge von NPD und DVU, die öffentlichen Debatten über ihr parlamentarisches Verhalten,

das gescheiterte Parteiverbot machen sie zum Thema und zur Dauerpräsenz in den Medien. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Problem- und Themenhaushaltes, von Krisen- und Umbruchprozessen – verbunden mit Desintegration, Arbeitslosigkeit und Abstiegsängsten – sieht sie Mobilisierungschancen für ihre simplen und komplexitätsreduzierenden, nationalisierenden und ethnischierenden Interpretations- und Lösungsangebote, für ihre Bilder und Deutungen.

Sie sieht sich mit ihren Themen und Antworten im bundesdeutschen Alltag in der Mitte der Gesellschaft (in der »Zone der Entkopplung« und der »Prekarität« wie auch in der »Zone der Integration«) angekommen, von einer größeren Gruppe in der Bevölkerung als potentielle Wahlalternative positiv wahrgenommen und akzeptiert; hier zeigen neuere wissenschaftliche Studien in der Tat eine breite Resonanz und Akzeptanz rechtspopulistischer und -extremer Einstellungen und Mentalitäten im Sinne eines menschenfeindlichen Syn-

30 Jahre Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche

1994 Frieden gestalten – Ja zum Miteinander ohne Gewalt

Mit großer Sorge sehen wir, dass rechtsextreme Kräfte die Probleme des Zusammenlebens mit Ausländern und der Aufnahme von Flüchtlingen politisch missbrauchen. Sie schüren und nutzen eine Angst, die in Feindlichkeit und Gewalt nicht nur gegen Ausländer und Flüchtlinge, sondern auch gegen Behinderte, Obdachlose oder einfach Schwächere zum Ausdruck kommt. In einem Jahr vieler Wahlen und damit verbundener harter politischer Auseinandersetzungen bitten wir alle, Wählerinnen, Wähler und die zur Wahl Stehenden, eindringlich darum, die Fragen des Zusammenlebens mit Menschen aus anderen Ländern und die Probleme der Aufnahme von Flüchtlingen sorgfältig und differenziert zu bedenken. Propagandistischen Verkürzungen, mit denen auf dem Rücken von Ausländern, Aussiedlern und Asylsuchenden mit fremdenfeindlichen Einstellungen Stimmen gewonnen werden sollen, muss entschieden entgegengetreten werden. Jeder Mensch ist Gottes Ebenbild.

Aus: Gemeinsames Wort der Kirchen zur »Woche«



Foto: DGB Sachsen

droms. Die extreme Rechte sieht für sich eine günstige Zeit; der Problemhaushalt in der Gesellschaft und die Stimmungen, die Unzufriedenheiten und Unsicherheiten, die Zukunftsängste und Mentalitätsbestände in größeren Teilen der Bevölkerung lassen sie selbstbewusst(er) auftreten. Sie versuchen – bisher durchaus erfolgreich – mit ihren rhetorischen Figuren, ihren propagandistischen Parolen und populistischen Metaphern dieses Potenzial mobilisierend und wahlpolitisch auf »ihre Mühlen« und Stimmzettel zu lenken.

2. Vereinheitlichung

Wieder mal gibt es den Versuch, die extreme Rechte zu vereinheitlichen und sich als »nationale Rechte« und »Partei- und Systemalternative« anzubieten. Bisher war sie zersplittert, konkurrenz und in Lager gespalten; alle Versuche der Vereinheitlichung waren aufgrund ideologischer Differenzen, von Konkurrenzen über die führende Rolle im Lager und auch personeller Animositäten zum Scheitern verurteilt. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Absprachen zwischen NPD und DVU und darüber hinaus mit der weiteren rechtsextremen Szene als »bündeln der Kräfte« tragfähig sind. Aber es scheint, dass derzeit der Vereinheitlichungsprozess – auf der Ebene von Absprachen, Kooperation und Arbeitsteilung – zwischen den beiden Parteien, verbunden mit Auflösungs- (und Übertritts-)tendenzen der Republikaner und der Bindung des Umfeldes (Kameradschaften, neonazistischen Kleingruppen), erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik von den führenden Akteuren des Lagers vorangetrieben wird und gelingen könnte. Die NPD hat in diesem Prozess – verbunden mit einem

Mitgliederzuwachs – die führende Rolle und zielt auf eine vereinheitlichte Rechte bei der Bundestagswahl im Jahr 2006. Ob ihr der Spagat zwischen aggressiv-neonazistischer und deutsch-nationaler Partei (die in ein weiteres Wählerspektrum hineinreichen würde) gelingt, bleibt offen und abzuwarten. Derzeit ist eine vergleichbare Entwicklung hin zu einer parteipolitisch gebundenen rechtspopulistischen/-extremen Sammlungsbewegung, wie z.B. in Österreich (»Modell Haider«) und in Italien (der Wandlungsprozess des MSI mit dem »Modell Fini«), jedenfalls nicht in Sicht.

3. Erneuerung

Es gibt unverrückbare ideologische Bestandteile und weltanschauliche Kerne der extremen Rechten, gleichzeitig gab es in der Geschichte der Bundesrepublik innerhalb des Lagers wiederholt ideologisch-thematische, organisatorische, infrastrukturelle und personelle Veränderungen und Erneuerungen. Erinnert sei z.B. an die Gründung der Republikaner mit ihren Wahlerfolgen und neuen Akteuren auf lokaler und Länderebene in den neunziger Jahren; an die breite und differenzierte männliche Kameradschaftsszene seit Ende der neunziger Jahre vor allem in den östlichen Bundesländern; an die ideologische Akzentsetzung eines Ethnopluralismus bzw. kulturellen Rassismus und eines »weißen Europa der Vaterländer«. Die derzeitigen ideologischen Angebote und die zugehörige Rhetorik zentrieren sich vor allem um vier Kerne:

- Ethnisierung der sozialen Frage, d.h.: Selbststilisierung als »national und sozial«, als Organisator von Sozial-

protest und »Vertreter der deutschen Interessen« sowie autoritärer Fürsorglichkeit;

- Demokratie- und Systemkritik, d. h.: Aufnahme von Politik-, Parteien- und Demokratieverdrossenheit (Entfremdung) in großen Teilen der Bevölkerung;
- Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, d. h.: Mobilisierung von Vorurteilen, Mentalitäten und Schuldzuweisungen in Teilen der Bevölkerung;
- völkisches Denken, Nationalismus, offener Rassismus und Antisemitismus sowie Antiamerikanismus, d. h.: Metaphern »Deutsche zuerst«, »stolz Deutscher zu sein« sowie nationale Tabubrüche (Täter und Opfer werden neu konstelligiert und instrumentalisiert), verbunden mit der Verharmlosung und Relativierung der NS-Zeit und Kriegsschuld.

Die Erneuerung hat in den letzten Jahren sowohl auf der ideologischen Ebene (mit den propagandistischen Kernen »Sozial-, Geschichts- und Integrationslüge«), vor allem aber auf der infrastrukturellen, organisatorischen und personellen Ebene stattgefunden; weil hier eine junge Generation nachgewachsen ist, die Merkmale mitbringt, die es so bisher bei den Akteuren im rechtsextremen Lager nicht gab. Neben ihrer »intellektuellen« politischen Kadersozialisation kommen viele jüngere Funktionäre und Akteure sozial und beruflich – derzeit noch vereinzelt – aus der »Mitte der Gesellschaft«; sie sind zugleich gesellschaftlich etabliert, bürgerlich angepasst und äußerlich adrett wie auch aggressiv-kämpferisch und militant-provokativ.

Als neuer, selbstbewusster und geschult-professionalisierter Funktionärstypus beherrschen sie neben dem »stillen«,

»inkompetenten« und »faulen« Funktionärstyp (den es nach wie vor gibt) die innerparteiliche Bühne der NPD. Sie treten geschlossen und diszipliniert auf, sind in Parlamenten (und in Sachsen mit einem zuarbeitenden Netzwerk) vertreten und beherrschen formal korrekt, fleißig und rhetorisch geschickt bzw. instrumentalisierend den parlamentarischen Betrieb. Sie besetzen lokale und landespolitische Themen, stellen Fragen und Anträge und debattieren mit; so hat die NPD im sächsischen Landtag (als »Heimatschutzpartei«) den Vorsitz des Umweltausschusses übernommen. Weiter treiben sie die Netzwerkentwicklung, die Kontakte zu Szenen und Kulturen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso wie die Unterstützung lokaler Strukturen und Aktivitäten voran.

Bisher sind die rechtsextremen Parteien und Fraktionen in den Parlamenten – u. a. aufgrund von Inkompetenz und Auflösungsprozessen – wiederholt gescheitert und »herausgewählt« worden; ob sich hier eine Veränderung abzeichnet bleibt abzuwarten.

4. Präsenz

Durch die Entwicklung von Infrastrukturen und Vernetzung, die öffentliche Präsenz in Parlamenten und im Alltag, von Treffpunkten und Schulungszentren ist es der extremen Rechten gelungen, nicht mehr (nur) anonym und privat (in ihren Räumen) zu bleiben, sondern lokal und regional (vor allem in den östlichen Bundesländern) als konkrete Akteure aufzutreten. Sie sind öffentlich wahrnehmbar, besetzen Themen, bringen ihre Agitation »an den Mann« und binden ein sympathisierendes Umfeld. Dies reicht von der Nutzung der Medien bzw. medialen Vernetzung (Homepages, Kommunikationsforen, als Organisationsmedium und Bestellkatalog), Sze- neblätter, Treffpunkte wie Jugendtreffs und Kneipen, über »nationale Jugend- und Sozialarbeit«, Musikkonzerte, Fußballturniere bis hin zu Bürgersprechstunden und -initiativen sowie CD- Werbeaktionen auf Schulhöfen. Diese neue Nähe und Alltagspräsenz sowie die lebensweltliche (mit Versuchen der flächendeckenden) Verankerung – verbunden mit der Inszenierung von »inneren Welten« durch Musik, kulturellen Arrangements und affektiv getönten Sprachbildern – trägt zur Normalisierung und Normalität rechtsextremer Politik und Kultur, von Denkmustern und Ideologemen bei. Mit Präsenz, The-

men und Begriffen wird öffentliche Meinung beeinflusst – und der Einzug rechtspopulistischer und -extremer Rhetorik in die politische Alltagskultur macht sie im anfälligen Wählerpotenzial schließlich als »alternative« Partei(en) auch mehrfach und dauerhaft wählbar.

5. Öffentlichkeit

Das Bemühen um öffentliche Präsenz und Wahrnehmung gehört neben dem »Kampf« um bzw. in den Parlamenten, den konventionellen Parteiaktivitäten und (unorganisierter, spontaner) Gewalt schon immer zum Selbstverständnis einer bewegungs- und protestorientierten extremen Rechten. Es ist dem Motto bzw. so genannten Drei-Säulen-Konzept »Schlacht um die Köpfe, um die Straße und die Wähler« verpflichtet. Zum politischen Kampf- und Aktionsrepertoire gehören – neben der Nutzung der parlamentarischen Bühne – seit je her die klassischen Mittel der mehr oder weniger martialischen Auf- und Gedenkmärsche, Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblattaktionen und (gewaltförmigen) Proteste mit der zugehörigen Kleidung, demonstrativen (soldatischen) Männlichkeit und »Aura« der Gewalt und Stärke; verbunden mit den zugehörigen Ritualen, Emblemen, Symbolen und (teilweise beliebigen) Themen (Motto). Sie haben für die rechtsextreme Szene und ihre Anhänger eine hohe mobilisierende und symbolische Bedeutung, und sie sind nicht zuletzt ihrem Verständnis bzw. ihrer Selbstwahrnehmung als »Bewegung« und »soldatischer Männlichkeit« geschuldet.

In den letzten Jahren hat die gezielte und quantitativ zugenommene Demonstrationspolitik einen besonderen identitätsstiftenden und erlebnishaft-emotional bindenden Stellenwert nach innen (politische Gesinnungsgemeinschaft) und demonstrativen Stellenwert für die Durchsetzung konkreter politischer Zielsetzungen nach außen (Propaganda, politische Kraft und Machtfaktor) erhalten. Die Demonstrationspolitik und Herstellung von Öffentlichkeit dient der Stabilisierung, Mobilisierung und Ausweitung des eigenen Lagers, der Besetzung von historisch-symbolischen Orten, Räumen und Daten, aber auch dem strategischen Nutzen, Öffentlichkeit über Themen und Ziele herzustellen. Die Vielzahl der öffentlichen Aktivitäten und vielfältige (lokale, regionale und bundesweite, auch internationale) Demonstrationspolitik, die Auseinandersetzungen mit den Gegnern und Feinden sowie mit der Polizei und

Justiz hat innerhalb der extremen Rechten zu einem neuen Selbstbewusstsein beigetragen, das sich als avantgardistischer und rebellischer »nationaler Widerstand« für ein »neues Deutschland« versteht. Demonstrationspolitik ist für die extreme Rechte vor allem Machtpolitik.

Die fünf skizzierten Entwicklungen zeigen – als Momentaufnahme – Normalisierungseffekte in die Gesellschaft hinein und haben (wahl-)politische Wirkungen. Sie markieren die Weiterentwicklung des rechtsextremen Lagers, sind politische Sozialisationsangebote, und sie binden und verfestigen eine neue politische Kultur. Politik und Gesellschaft werden sich mit den skizzierten Dimensionen und Strategievarianten auseinander setzen müssen, wenn sie angemessene, offensive und wirkungsvolle parlamentarische und außerparlamentarische Antworten auf diese qualitativ und quantitativ neuen Herausforderungen finden wollen und müssen.

■ *Prof. Dr. Benno Hafener ist Professor für außerschulische Jugendbildung an der Philipps-Universität Marburg*

■ Kontakt:
Philipps-Universität Marburg
Institut für Erziehungswissenschaft
Prof. Dr. Benno Hafener
Wilhelm-Röpke-Straße 6B
35032 Marburg

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt – Standortnachteil für die ostdeutsche Wirtschaft

Ingrid Godenrath

Unternehmen benötigen ein innovationsfreundliches, zukunftsorientiertes und tolerantes gesellschaftliches Klima, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Deshalb wird in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums und steigender Konkurrenz zwischen attraktiven Standorten das Image einer Region durch »weiche« Standortfaktoren wie Lebensqualität, aber auch die regionale Kriminalitätsbelastung und Fremdenfeindlichkeit besonders geprägt, wie eine Umfrage unter 600 Unternehmen aufzeigt, die von Prof. Kai-D. Bussmann und Dipl.-Soz. Markus M. Werle von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vorgenommen wurde.

Zwar steht an erster Stelle in der Gunst der Unternehmen erwartungsgemäß die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Diesen Faktor bewerteten 96 Prozent der Unternehmen als sehr wichtig oder zumindest wichtig, aber 65 Prozent halten Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und rechte Ge-

walt für ebenso bedeutsam. Dabei scheuen insbesondere Großunternehmen Fremdenfeindlichkeit am stärksten; sie sind aufgrund ihrer höheren multikulturellen und multinationalen Personalzusammensetzung offenkundig für derartige Probleme am Standort besonders empfindlich.

Handicap für ostdeutsche Wirtschaft

Gerade für Ostdeutschland, aber nicht nur dort, werden Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt mit einzelnen Regionen assoziiert. Negative Erfahrungen der Unternehmen vor Ort decken sich mit dem geschädigten Image einer Region, welches auch auswärtige Unternehmen wahrnehmen.

Die Frage: »Trifft es zu, dass das Auftreten von Fremdenfeindlichkeit oder rechter Gewalt in der Region eine Bedeutung für Standortfragen hat?« bejahten 18 Prozent der Unternehmen aus den neuen gegenüber nur 9 Prozent in den alten Bundesländern. Ferner gaben 11 Prozent der ostdeutschen Unternehmen an (West 5 Prozent), dass Fremdenfeindlichkeit oder rechte Gewalt ihre Unternehmensentscheidungen beeinflusst hat, 28 Prozent befürchten dies auch für die Zukunft (West 17 Prozent). Zwar fühlen sich Unternehmen im Osten auch generell stärker von Kriminalität betroffen als im Westen, aber die größten Ost-West-Unterschiede bestehen bei der Unzufriedenheit gegenüber Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt.

Sechsmal mehr Bewerberabsagen im Osten wegen Fremdenfeindlichkeit

Mit Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt können leicht Intoleranz und Innovationsfeindlichkeit assoziiert werden. Gerade internationale Großunternehmen und Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sind hier besonders empfindlich, denn sie beschäftigen mehr als andere Unternehmen hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland. Und nicht zuletzt wird auch die Lebensqualität fremdländisch aus-

sehender Familienangehörige von der Problematik tangiert.

In Bewerbungsgesprächen wurde von Bewerbern bei Unternehmen in den neuen Bundesländern fast doppelt so häufig die regionale Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt thematisiert als in den alten Ländern. In Ostdeutschland sind Absagen von Bewerbern wegen Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt mit 11 Prozent sogar mehr als doppelt so hoch wie im Westen (4 Prozent). Unternehmen in den neuen Bundesländern vermuten sogar sechsmal häufiger (19 Prozent) als in den alten (3 Prozent), dass eine ausgeschriebene Position vom Bewerber aus diesen Gründen nicht angenommen wird.

Standortnachteil Fremdenfeindlichkeit – rechte Gewalt wichtigster Indikator

Die Erfahrungen der Betriebe zeigen außerdem, dass Stellenbewerber kaum zwischen Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt unterscheiden. Fremdenfeindlichkeit und erst recht rechtsradikale Gewalt sind somit eindeutig negative Standortfaktoren im Wettbewerb der Regionen um Wirtschafts- und Industrieansiedlung.

Hat das Image einer Region in der subjektiven Wahrnehmung sowohl von Unternehmen als auch Stellenbewerbern erst einmal Schaden genommen, kann daraus sogar ein zirkuläres Handicap für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung erwachsen. Denn die Reaktion auf eine regional schlechtere wirtschaftliche Lage mit Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt verschafft Wettbewerbsnachteile, die dieser politischen Orientierung den Nährboden bereitet.

■ *Ingrid Godenrath ist Mitarbeiterin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.*

■ Kontakt:
Prof. Dr. Kai-D. Bussmann
Dipl.-Soz. Markus M. Werle
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Juristische Fakultät
06099 Halle (Saale)

Netzwerk Demokratie und Courage



Im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) haben sich unterschiedliche Initiativen und Organisationen aus verschiedenen Bundesländern zusammengeschlossen, um mit ihrer Arbeit junge Menschen zum Nach-, Um- und Mitdenken anzuregen.

Das Netzwerk will mit seinen Projekten eine demokratische Kultur schaffen und unterstützen, an der sich die Menschen aktiv beteiligen. Dazu gehört als Voraussetzung die Achtung und Wahrung jedes einzelnen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft, Sprache und Religion.

■ Netzwerk für Demokratie und Courage
Schweriner Straße 50, 01069 Dresden
Tel.: 03 51 / 48 100 60
Fax: 03 51 / 48 100 61
E-Mail: ndc@web.de
www.netzwerk-courage.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« wurde am 23. Mai 2000, dem Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, von der Bundesregierung ins Leben gerufen. Seine Aufgabe ist, das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland zu fördern. Insbesondere unterstützt das Bündnis alle zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen stark machen.

Über 1.000 Gruppen haben sich inzwischen dem Bündnis angeschlossen.

Die Arbeit des Bündnisses wird von einem Beirat gestaltet, dem Vertreter aus der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie aus allen Bundestagsfraktionen angehören. Aus den Kirchen arbeiten Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Prof. Dr. Dr. Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, mit.

Die Berliner Geschäftsstelle setzt die hier erarbeiteten Vorschläge praktisch um. Das Bündnis:

- dokumentiert vorbildliche Beispiele zivilen Engagements,
- vernetzt und berät zivilgesellschaftliche Gruppen,
- initiiert selbst Modell-Projekte und
- informiert die Öffentlichkeit zum Thema.

Dabei arbeitet das Bündnis mit kleinen Initiativen und etablierten Partnern aus Wirtschaft, Verbänden, Medien und dem Bildungsbereich zusammen. Gemeinsam fördern wir Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement – für ein tolerantes und respektvolles Miteinander.

■ Weitere Informationen über das Bündnis sowie die ihm angeschlossenen Initiativen finden Sie auf der Internetseite: www.buendnis-toleranz.de

Bürgerbündnis Gladenbach »Gladenbach ist bunt – nicht braun« (Hessen)

In Gladenbach führte das rechtsextreme »Aktionsbündnis Mittelhessen« (ABM) 2004 mehrere Aufmärsche und Kundgebungen durch, die mit Auflagen bewilligt wurden. Es begann im Januar mit einem Marsch von ca. 100 Rechtsextremen, der auch durch die ehemalige Judengasse gehen sollte. Dies wurde jedoch von Gegendemonstranten verhindert. Als das ABM daraufhin für Februar einen erneuten Aufmarsch ankündigte, gründete sich auf Initiative des Schulleiters der Europa-schule mit Unterstützung des Bürgermeisters und anderer Personen des öffentlichen Lebens das »Bürgerbündnis Gladenbach«, das schnell weitere Unterstützung fand. Das Bürgerbündnis veranstaltete beim zweiten Aufmarsch

eine Gegenkundgebung auf dem Marktplatz. Weitere Aktionen folgten: Aufklärungsarbeit in Form von Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Plakativänden und mit Hilfe der Medien; grün-gelbe Bänder wurden in der Stadt aufgehängt sowie der Slogan »Gladenbach ist bunt – nicht braun« entworfen, der unter anderem in der Stadt und am Ortseingang plakatiert wurde.

Beim dritten Aufmarsch des ABM lud das Bürgerbündnis zu einem »bunten, kreativen Fest« auf dem Marktplatz und verhinderte so dessen Nutzung durch das ABM. Auch bei der vierten Demonstration der Braunen im Juli war der Protest der Bürger erfolgreich: das Bündnis hatte zusammen mit viel Aufklärungsarbeit dazu aufgerufen, die Türen und Fenster entlang der Marschroute geschlossen zu halten und sich statt dessen auf den Marktplatz zur Gegendemonstration zu versammeln.

Was tun gegen Rechtsextremismus?

Jedem von uns kann es passieren, dass er (oder sie) mit rechtsextremen Handlungen konfrontiert wird. Ausländerfeindliche und antisemitische Vorkommnisse erscheinen im Einzelfall vielleicht belanglos. Aber je mehr Menschen mit einem Schulterzucken reagieren, desto ungehinderter kann sich Rechtsextremismus ausbreiten.

Trotzdem erwartet niemand von dir, im Ernstfall den Helden zu spielen und deine eigene Gesundheit zu gefährden. In brenzligen Situationen ist man auch oft viel zu aufgeregt, um überlegt zu handeln. Deswegen ist es sehr schwierig, die richtige Entscheidung zu treffen. Die Qual der Wahl kannst du dir aber erleichtern, indem du dir schon vorher überlegst, wie du in einer solchen Situation reagieren würdest. Dazu sollen dir die folgenden drei Beispiele helfen.

Stell dir vor, dass du zusammen mit einem guten Freund in einer gemütlichen Runde mit Bekannten sitzt. Im Laufe des Gesprächs kommt ihr auf das Thema »Ausländer«. Dein Freund spricht dabei von »Kanaken«, die schnellstens dahin zurückgehen sollten, wo sie herkämen. Einige Leute in der Runde pflichten ihm bei, andere schweigen. Du hast deinen Freund vorher noch nie so etwas sagen hören, bist verwundert und geschockt. Nun hast du verschiedene Möglichkeiten, um zu reagieren:

1. Entweder du widersprichst ihm vor versammelter Mannschaft und machst ihm klar, dass er Unsinn erzählt. Unter Umständen fühlt er sich dann aber vor den anderen bloß gestellt. Außerdem weißt du ja nicht, ob er wirklich so denkt.
2. Du kannst das Ganze auch stillschweigend übergehen, um die Freundschaft nicht aufs Spiel zu setzen. Wenn du ihm aber nicht widersprichst, wird er irgendwann glauben, was er erzählt. Und andere werden ihm zustimmen. So kann es passieren, dass du auf einmal von Leuten umgeben bist, die von dir erwarten, dass du dich ihrer absurden Meinung anschließt.
3. Besser als Schweigen ist, mit deinem Freund unter vier Augen zu reden. Dann kannst du ihm ehrlich sagen, was du von seinen Äußerungen hältst. Das muss eine gute Freundschaft verkraften können! Nach diesem Gespräch kannst du auch in der versammelten Runde deine Meinung kundtun. Dein Freund weiß nun, dass du ihn nicht persönlich angreifen willst. Mit großer Sicherheit werden sich dir auch einige von denen anschließen, die zuvor geschwiegen haben.

Aus: Broschüre Courage vom Netzwerk Demokratie und Courage

Das Konzept ging auf: Die Rechten liefen durch eine »Geisterstadt« und wurden von niemandem beachtet, während am Marktplatz multikulturell gefeiert wurde. Zusätzlich spielte auch das Wetter mit: Der Regen prasselte auf die Braunen herab. Nach dieser Aktion kündigte das ABM keinen weiteren Aufmarsch an.

Gladenbach und die Aktivitäten seines Bürgerbündnisses stehen für den Zusammenhalt einer ganzen Stadt gegen Rechtsextremismus – trotz massiver Bedrohung – und sind dadurch als Vorbild für andere Gemeinden im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Preis ausgezeichnet worden.

Internationales Jugendcamp Frankenberg (Sachsen)

Für Jugendliche insbesondere in den ostdeutschen Ländern gibt es viele attraktive Angebote von stark rechts orientierten Gemeinschaften. Ein Gegengewicht – neben der alltäglichen demokratischen Jugendarbeit in den Gemeinden – können Camps sein, die »action« mit inhaltlichen Elementen verbinden. Beispielhaft veranstaltete deshalb das Bündnis für Demokratie und Toleranz gemeinsam mit der Stadt Frankenberg, unterstützt vom Bundeswehr-Verband, ein internationales Jugendcamp. Unter dem Motto »Es beginnt mit einem Lächeln – Der Fremde neben mir« hatten rund 100 Jugendliche vom 30. Juni bis 04. Juli 2004 Gelegenheit, sich kennenzulernen und auszutauschen, beispielsweise bei sportlichen Aktivitäten wie Fußballturnier oder Bootstour. Darüber hinaus wurden Themen wie Zivilcourage, Toleranz oder Partizipation angesprochen. Zu diesem Zweck stand auch eine Fahrt nach Dresden auf dem Programm, mit Besichtigung des Landtags und anschließender Diskussion mit Landtagsabgeordneten. Insgesamt konnte den Jugendlichen die positive Erfahrung vermittelt werden, wie bereichernd es sein kann, offen aufeinander zuzugehen und so Mitmenschen unterschiedlichster sozialer oder kultureller Herkunft kennenzulernen.

Wunsiedel ist bunt – nicht braun Kleinstadt mit Zivilcourage (Bayern)

Wir werden es den Neonazis so unbequem wie möglich machen!«, bekräftigte Matthias Popp, stellvertretender Bürgermeister von Wunsiedel, am 21. August 2004 den Protest der Einwohner gegen das europaweit größte Neonazi-Schaulaufen in Wunsiedel. Mit einer Vielzahl von kreativen und farbenfrohen Aktivitäten präsentierte sich Wunsiedel an diesem Tag der Öffentlichkeit. Möglich wurde der wirksame Protest durch das Zusammenspiel aller Kreise der Bevölkerung, von den Bauern über Geschäftsleute bis zur kirchlichen »Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus« und der Erwachseneninitiative »Wunsiedel ist bunt«. Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« hat hierzu durch Rat und Tat sowie durch finanzielle Unterstützung für die Jugendinitiative einen wichtigen Beitrag geleistet. Die dem Beirat des Bündnisses angehörende bayerische MdB Gabriele Fograscher (SPD) erklärte, dass Wunsiedel ein richtiges Zeichen setze, indem die Stadt sich gegen den Aufmarsch wehre.

Vereint unter dem Motto »Wunsiedel ist bunt – nicht braun« wurden unter anderem folgende Aktivitäten durchgeführt: Die Bilderausstellung »Hess – wir klagen an«, erstellt von der Jugendinitiative, dokumentiert die Greueltaten des NS-Regimes. Einem ökumenischem Freiluft-Gottesdienst folgte die Luftballon-Aktion, bei der 3.000 bunte Ballons als sichtbares Zeichen des Protests aufstiegen. Erstmals wurde die aus anderen Orten bekannte »Kehraus«-Aktion realisiert: In Straßenarbeiter- oder Müllmännerbekleidung folgten Einwohner Wunsiedels einem Teil des Aufmarsches der Braunen und symbolisierten mit Besen in der Hand, dass sie das neonazistische Gedankengut wieder aus der Stadt kehren. Ein bunter Konfetti-Regen mit Schnipseln »Nazis raus« rieselte auf die Glatzen der Hess-Anhänger herab. Und als Höhepunkt stellten sich weit über 100 Wunsiedler Bürgerinnen und Bürger unter Führung des Ersten und Zweiten Bürgermeisters dem rechtsextremen Marsch aus ca. 4.000 Teilnehmern in einer Straßenblockade entgegen und konnten diesen über eine halbe Stunde lang aufhalten.

Die Aktionen haben gezeigt, dass viele Bürger es nicht mehr hinnehmen wollen, dass das Bild Wunsiedels in der Öffentlichkeit durch den rechtsextremen Aufmarsch bestimmt wird. Dazu Bürgermeister Beck: »Wir sind der Über-

zeugung, wir alle müssen hinschauen. Wegschauen ist der Nährboden des Nationalsozialismus.« Wunsiedel ist ein nachahmenswertes Beispiel, wie Städte sich gegen ungewollte rechtsextreme Demonstrationen zur Wehr setzen können. Auch 2005 will die Stadt der braunen Szene die »Schau stehlen«.

Selbstverpflichtungsinitiative »Mittelstand aktiv gegen Diskriminierung«

Mit dem optimalen Einsatz aller betrieblichen Ressourcen lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens langfristig steigern. Die Suche nach Effizienzgewinnen, gerade auch im Personalbereich, liegt daher im ureigensten Interesse einer weitsichtigen Unternehmensführung.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz und der Bundesverband mittelständische Wirtschaft bieten dem deutschen Mittelstand mit einer Selbstverpflichtungsinitiative die Möglichkeit, ihre erfolgreichen Bemühungen in der Vergangenheit, aber auch ihre zukünftigen Absichten einer breiten Öffentlichkeit darzustellen. Im Zentrum steht dabei die Einsicht, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz für alle einen Verlust bedeutet: für das Unternehmen, für die Mitarbeiter und für die Kunden. Die Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung bzw. zum Abbau von bestehenden Benachteiligungen geht deshalb alle an.

»Mittelstand aktiv gegen Diskriminierung« wurde durch eine Pressekonferenz am 8. Dezember 2004 offiziell gestartet.

Integration und Dialog Stiefkinder unserer Generation

Dr. Nadeem Elyas

Lassen sich Muslime in eine nicht islamische Gesellschaft integrieren?

Aus den Kindern der ersten Arbeitergeneration sind auch Unternehmer, Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Hochschullehrer geworden, und zwar beider Geschlechter. Sie alle stehen mitten im öffentlichen Leben und sind voll integriert, dank der Erziehung der ersten Arbeitergeneration.

Zugegeben, darin erschöpft sich die Integration nicht. Nicht alle Migranten, insbesondere nicht alle muslimischen Migranten, sind voll integriert und stehen dieser Gesellschaft offen gegenüber. Nur, das andere Extrem, das uns immer wieder eingehämmert wird, stimmt auch nicht. Es ist nicht die Norm, dass

die Muslime in einer Parallelgesellschaft und in selbstgewollten Gettos leben. Mangelhafte Sprachkenntnisse und fehlende Anpassung treffen bei den meisten von ihnen nicht zu. Ablehnung des freiheitlich-demokratischen Systems, innere Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft, feindseliges Verhältnis zu Nichtmuslimen findet man bei Gott nicht bei der Mehrheit der hier lebenden Muslime. Ausnahmen von alledem betreffen eine verschwindend kleine Minderheit, die auch innerhalb der islamischen Gemeinschaft keinen Rückhalt findet.

Jahrzehnte lange Integration

Sprechen wir von der Mehrheit der hier lebenden Muslime, praktizierende und nicht praktizierende, organisierte und nicht organisierte, so können wir mit aller Entschiedenheit sagen, dass sie seit Jahrzehnten trotz der Mängel auf beiden Seiten in Harmonie mit der Mehrheitsgesellschaft lebt.

Während dieser Jahrzehnte gab es keine Verstöße seitens der Muslime gegen das Grundgesetz oder gruppenspezifische Konflikte mit den Gesetzen. Auch bei ihren rechtlichen Auseinandersetzungen mit einigen Behörden strebten sie nach der Entscheidung der höchsten deutschen Instanz und fügten sich deren Rechtssprüchen. Das verdient Respekt und Anerkennung, beinhaltet es doch den Respekt der Muslime für das Grundgesetz und ihr Vertrauen in die Justiz als dritte Gewalt in unserem Staat. Dass es zu solchen Auseinandersetzungen überhaupt gekommen ist, liegt nicht daran, dass die Muslime nicht anpassungsfähig sind, sondern dass Konflikte ungelöst geblieben sind, deren Lösungen nicht darin bestehen, dass die Muslime auf fest geglaubte Grundrechte verzichten, sondern dass beide Seiten nach verfassungskonformer Regelung suchen.

Interkultureller Dialog

Am 23. September 2004 veröffentlichten die deutschen Bischöfe das Hirten Schreiben »Allen Völkern Sein Heil – Die Mission der Weltkirche«. Darin wird auch Grundsätzliches über den interreligiösen und interkulturellen Dialog ausgesagt.

Nach heutigem Verständnis geht es um einen vierfachen Dialog, bei dem sich die Parität auf die Dialogpartner, nicht aber auf die Inhalte bezieht:

- den »Dialog des Lebens«, in dem Menschen im nachbarschaftlichen Zusammenleben (Konvivenz) ihre Probleme, aber auch Freud und Leid teilen;
- den »Dialog des Handelns«, in dem Christen und Nichtchristen im Einsatz für andere Menschen und für eine umfassende Entwicklung zusammenarbeiten (Kooperation);
- den »Dialog der religiösen Erfahrung«, in dem man den spirituellen Reichtum in Respekt vor den Frömmigkeitsformen der Anderen miteinander teilt;

- den »Dialog des theologischen Austausches« zwischen den Fachleuten mit dem Ziel, die Traditionen und Werte der jeweils anderen tiefer kennen und einschätzen zu lernen.

Der interreligiöse Dialog ist unabdingbar für ein friedliches und versöhntes Miteinander der Religionen. Er gehört als integraler Bestandteil zum Evangelisierungsauftrag der Kirche, ersetzt jedoch nicht die Verkündigung der Botschaft von der universalen Heilsbedeutung Christi. Schon das Konzil mahnte die Mitglieder der Kirche, »dass sie mit Klugheit und Liebe, durch Gespräch und Zusammenarbeit mit den Bekennern anderer Religionen sowie durch ihr Zeugnis des christlichen Glaubens und Lebens jene geistlichen und sittlichen Güter und auch die sozial-kulturellen Werte, die sich bei ihnen finden, anerkennen, wahren und fördern« (S. 51f).

- Der Gesamttext kann bezogen werden bei: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz Kaiserstraße 161, 53113 Bonn

Während dieser Jahrzehnte wuchsen die zweite und die dritte Generation der Muslime in der deutschen Sprache und in der deutschen Kultur heran. Manche Jugendliche beherrschen die deutsche Sprache besser als die eigene Muttersprache. Sie alle wissen über die deutsche Geschichte, Literatur und Kunst mehr als über die ihrer Ursprungsländer.

Während dieser Jahrzehnte trugen die muslimischen Migranten entscheidend zum Wiederaufbau Deutschlands und zur Festigung seiner Wirtschaft bei. Nichts anderes wäre zu erwarten von Mitgliedern einer gemeinsamen Gesellschaft, wie die Muslime sich auch verstanden haben. Ihr Leistungsanteil am Bruttosozialprodukt, ihre Sozialabgaben und Steuern gehen jährlich in die Milliarden. Ausdruck ihrer Integration und Verbundenheit mit diesem Land wird deutlicher durch ihre Investitionen hier zu Lande. 60.000 selbstständige Betriebe sind von türkischstämmigen Unternehmern gegründet worden. Diese beschäftigen 260.000 Mitarbeiter, von denen mehr als ein Drittel Deutsche sind.

Während dieser Jahrzehnte fanden sich die muslimischen Migranten in der gesellschaftlichen Struktur zurecht und organisierten sich in eigenen und gemeinsamen Vereinen. Sie fehlen in keinem Ausländerbeirat bundesweit. Tausende von ihnen sind Mitglieder in den etablierten demokratischen Parteien. Mehrere von ihnen tragen politische Verantwortung in den Gremien dieser Parteien und sind Ratsmitglieder bzw. Abgeordnete auf Landes- und Bundesebene.

Auch die islamische Infrastruktur ist ein Ausdruck der Anpassung und der gewollten Integration. Ohne dass die Gemeindemitgliedschaft eine Pflicht im Islam ist, beträgt der Organisationsgrad der Muslime nach Erhebung des Zentrums für Türkeistudien 36 Prozent. Der Zusammenschluss der Moscheevereine zu Verbänden und der Verbände zu Spitzenorganisationen ist der Versuch, den Vorstellungen der Gesellschaft entgegenzukommen und gemeinsame Interessen nach Vorbild anderer Interessenvertretungen zu artikulieren.

Ist die Integration gescheitert?

Davon kann aus verschiedenen Gründen nicht die Rede sein.

1. Auch wenn die oben erwähnten Zeichen einer mehr oder minder gelungenen Integration nicht allumfassend sind und in vielen Bereichen noch Mängel zu beheben sind, zeigen diese deutlich, dass wir bei unseren Bemühungen um die Integration nicht bei Null anfangen müssen. Die Behauptung eines völligen Fehlens ist genauso unrealistisch wie die eines perfekten Vorhandenseins. Durch die genannten Zeichen steht für mich jedoch fest, dass die grundsätzliche Bereitschaft dafür weitgehend vorhanden ist.

2. Auf der anderen Seite kann man von einem Scheitern erst sprechen, wenn man ein festgelegtes Programm gezielt durchzusetzen versucht. Dies war bei dem Thema Integration nicht der Fall. Bis heute sogar vermissen wir bei allen Politikern und Parteien auf Landes- und Bundesebene ein Gesamtkonzept für die Integration. Was von manchen Stellen als solches präsentiert wird, verdient nicht die Bezeichnung Konzept, denn es erschöpft sich in der Sprachförderung und in der Beschreibung vorhandener Kontakte und Dienstleistungen.

3. Damit man über die Integration urteilt, muss man sich auf eine Begriffsdefinition einigen. Manche sprechen von Integration und meinen Assimilation. Diese werden ewig die misslungene Integration beklagen, bis aus der Vielfalt der Menschen, Kulturen und Weltanschauungen ein Einheitsbrei geworden ist. Sind manche Muslime nicht integriert, nur weil sie für sich das gleiche Recht wie die Juden beanspruchen, geschächtetes Fleisch zu verzehren oder weil muslimische Frauen ihr Haupt bedecken? So gesehen sind dann auch deutschstämmige Muslime integrationsbedürftig.

4. Sicherheitsgefährdende Verbrechen einzelner Muslime und ihre verfassungsfeindliche Gesinnung kann nicht als Beweis für das allgemeine Scheitern der Integration der Muslime gelten. Verfassungsfeindliches Verhalten findet man bei Einzelpersonen in jeder Gesellschaftsschicht, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit. Allein, dass diese Muslime sich auf den Islam berufen, darf nicht zu einem Pauschalurteil gegen den Islam oder die Muslime führen, zumal diese sich eindeutig vom terroristischen Verhalten dieser Einzelpersonen distanzieren.

Der Islam fördert die Integration, er verhindert sie nicht

Die Befolgung der Lehre des Islam stellt kein Hindernis zur Integration dar. Im Gegenteil, wir können in der islamischen Lehre und Geschichte ermutigende, ja verpflichtende Belege finden für Anpassung und Integration unter Beibehaltung der eigenen Identität und Einhaltung der Prinzipien der Lehre und Grundpfeiler des Glaubens.

Die letzten Krisen, in die unsere Gesellschaft und die gesamte Welt gestürzt wurden, zeigten uns, wie wichtig der Zusammenhalt jeder Gesellschaft und der gesamten Welt ist. Die Probleme der Sicherheit, Zuwanderung und Integration verdeutlichten uns unsere großen Versäumnisse. Die bitter nötige Lösung dieser Probleme führt unweigerlich über den Weg des Dialogs und des zivilisierten Umgangs mit der eigenen muslimischen Bevölkerung. Wir hoffen, dass die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten besteht und rechnen mit der Hilfe Gottes.

Vortrag, gehalten in der Evangelischen Akademie Tutzing, gekürzte Fassung.

■ *Dr. Nadeem Elyas ist Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD)*

■ Kontakt:
Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)
Postfach 12 24
52232 Eschweiler
E-Mail: sekretariat@zentralrat.de
www.islam.de

Gesichter des Islam in der Nachbarschaft

Dr. Christoph Dahling-Sander

Christentum und Islam – das sind zwei verschiedene Wege. Aber Christen können von Muslimen lernen und Muslime von Christen.« Dies ist nur ein Zitat aus den verschiedenen Interviews, in denen muslimische Frauen porträtiert werden. Die Porträts sind der Kernbestand des Projekts »Gesichter des Islam. Begegnung mit muslimischen Frauen und Männern«. Das Projekt unter der Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth wurde im August 2004 eröffnet und läuft bis Sommer 2007 innerhalb der hannoverschen Landeskirche. An dreißig Orten wird die Wanderausstellung von den Veranstaltern durch neue Porträts muslimischer Frauen aus ihrer jeweiligen Nachbarschaft ergänzt. So wächst die Ausstellung und wird von Ort zu Ort bereichert. Die Leitfragen für die Porträts lauten: »Wie sieht dein Alltag aus? Welche Bedeutung hat dein Glaube für deinen Alltag? Wie erlebst du Christinnen und Christen, was ist von einander zu lernen?« Eine Tafel zum Islam und christlich-islamischen Verhältnis im jeweiligen Ort kommt dazu. Gerahmt wird die Ausstellung jeweils durch ein Begleitprogramm, das die örtlichen Belange und Interessen aufnimmt. Das Projekt ist somit von Anfang an darauf angelegt, dass Christen und Muslime vor Ort miteinander kooperieren. Als Kooperationspartner wirken jeweils verschiedene islamische Gemeinden mit. Dabei ist es hilfreich, dass das Projekt auch von den islamischen Verbänden in Niedersachsen mitgetragen wird.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Der Prozess der Begegnung von Christen und Muslimen in der Nachbarschaft erweist sich als das Entscheidende, die Ausstellung selbst ist die Spitze dieses Prozesses. Menschen haben Interesse am Menschen, besonders an ihren Nachbarinnen und Nachbarn! Christen und Muslime reden wirk-



Foto: Heike Scheiwe

lich miteinander – und nicht nur übereinander.

Die gelebte Religion tritt in den Vordergrund. Christen erfahren, wie verschieden Muslime ihren Glauben leben. Zugleich werden Christen angeregt, über ihren Glauben Auskunft zu geben. Das Kennenlernen des anderen Glaubens und das Vertiefen des eigenen Glaubens geht miteinander einher. Für Muslime ist dies vielfach ungewohnt, weil sie meinen, für Glaubensfragen sei allein ihr Imam oder ihr Hodscha zuständig. Sie haben Sorge, etwas Falsches zu sagen. Doch auch für Christen ist es eine Herausforderung, mit ihrem »Konfirmationswissen« Rede und Antwort zu stehen. Daher erweist es sich als sehr konstruktiv, über die biographischen Zugänge die eigenen Erfahrungen zur Sprache zu bringen, also den gelebten Glauben.

Muslimischen Frauen fällt es nicht leicht, in der Öffentlichkeit zu stehen. In muslimischen Zusammenhängen treten Männer öffentlich viel stärker in den Vordergrund. Da nun besonders muslimische Frauen porträtiert werden, ist das für sie vielfach eine echte Herausforderung. Allerdings kommt es auch vor, dass muslimische Frauen sich porträtieren lassen und etwas später ihre Bereitschaft zurückziehen, öffentlich mitzuwirken. In diesem Fall werden ihre Beiträge nach Absprache ohne Namen vorgestellt. Dies ist bedauerlich. Doch es zeigt auch die Realität, in der die Familien Einfluss auf die Position der Einzelnen nehmen.

In einem anderen Fall zog eine muslimische Frau ihren Beitrag zurück. Dies geschah unmittelbar nach den Unruhen zwischen Muslimen und Christen in den Niederlanden im November

2004. Sie hatte Angst vor Übergriffen aus der deutschen, nichtmuslimischen Nachbarschaft auf ihre Familie. Auch dies ist unsere Wirklichkeit.

Gerade angesichts der gesellschaftspolitischen Situation, der starken Vorbehalte gegenüber Muslimen und der verbreiteten Angst vor Terror und Gewalt erweist sich das Projekt »Gesichter des Islam. Begegnung mit muslimischen Frauen und Männern« als sehr anregend. Die Veranstalter sind dankbar, ihren Beitrag für ein Miteinander leisten zu können. Mit dem Projekt konnten an verschiedenen Orten neue Initiativen gestartet werden, die über das Projekt hinausgehen, zum Beispiel ein weiterer Austausch zwischen christlichen und muslimischen Frauengruppen, regelmäßige Treffen der Verantwortlichen in den Gemeinden, Einladungen zum Fastenbrechen und zum Advent.

Insbesondere Vertreter der Kommunen heben im Rahmen des Projekts hervor, wie wichtig es ist, die Probleme im Zusammenleben zu benennen, aber auch die gelungenen Beispiele zu verdeutlichen. Beide Seiten kommen in dem Projekt zur Sprache. Dies ist wohl auch ein Grund, weshalb die Schulen an den verschiedenen Orten großes Interesse an dem Projekt haben, es zum Teil in ihre Unterrichtseinheiten integrieren und eigene Beiträge beisteuern, besonders zur Überwindung von Vorurteilen und Gewalt unter Jugendlichen.

Die Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat das Projekt initiiert und begleitet die Veranstalter vor Ort. Das Buch zur Ausstellung ist dort erhältlich (Tel. 05 11-124 14 52). Ab Sommer 2006 sind in Niedersachsen noch Termine frei, ab Sommer 2007 sind Termine bundesweit frei.

■ Dr. Christoph Dahling-Sander ist Leiter der Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der ev.-luth. Landeskirche Hannovers Archivstr. 3, 30169 Hannover

■ Aus: C. Dahling-Sander, B. Husmann, H. Scheiwe (Hrsg.), So fremd – so nah, Hannover/Loccum 2005

Weitere Informationen zum Thema sowie die aktuellen Beiträge der bisherigen Orte sind abzurufen unter www.kirchliche-dienste.de/gesichter-des-islam und www.kirchliche-dienste.de/islam.migration

Moschee-Pädagogik

Was dürfen Schülerinnen und Schüler bei einem Besuch in der Moschee erwarten?

Bekir Alboga

Für eine gelungene Moscheebesichtigung ist es sehr fruchtbar, das Ziel des Besuches, wenn möglich vor Ort, im Vorfeld festzulegen. Die Schulklasse sollte darauf hingewiesen werden, dass es das Ziel einer Moscheeführung ist, Interessierte miteinander ins Gespräch zu bringen und ein partnerschaftliches Miteinander zu fördern. Die Besichtigung bietet auch die Möglichkeit, Ursachen der Ängste und Desinformation bezüglich des Islam und der Muslime in der Welt und speziell in der Bundesrepublik Deutschland zu analysieren und die Bedingungen für deren Überwindung aufzuzeigen. Dabei bietet sie dem interreligiösen und interkulturellen Austausch Raum.

Erster Standort: Empfang, Begrüßung und Einführung in die Besichtigung

Die Moschee ist das Gotteshaus der Muslime, ein Ort des Gebetes, der Andacht, des Segens, des Lernens, der Spiritualität und des Friedens, doch auch der religiösen und sozialen Begegnung. Vor allem ältere Muslime, die die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen, trinken gemeinsam Tee, unterhalten sich über Gott und die Welt in ihrer Muttersprache und rehabilitieren bzw. trösten sich gegenseitig. Gleichzeitig erzählen sie den Nachkommen der zweiten und dritten Generation die Geschichte der alten und neuen Heimat und vermitteln ihnen ihre religiöse und kulturelle Tradition. Im Gebetsaal versammeln sie sich zur Verrichtung des Gottesdienstes und erfahren dort wiederum spirituelle Revitalisierung.

Zu Beginn einer Moscheeführung wird auf diese Funktionen, je nach Alter und Interesse der jeweiligen Besuchergruppe, hingewiesen. Denn eine repräsentative Moschee in Deutschland verkörpert auch Migrationsgeschichte. Sie steht als ein Symbol dafür, dass die Menschen in Deutschland bleiben und leben werden.

An dieser Stelle darf die Besuchergruppe darauf aufmerksam gemacht werden, auch in dem muslimischen Gottes- und Bethaus eine Hausordnung einzuhalten. Es wird darum gebeten, der Ehre und Würde des Gotteshauses würdig zu sein. Dazu gehört, Teppich-

boden, Matten und Läufer nicht mit Schuhen zu betreten. Frauen tragen während der Gebetszeit im Gebetsaal ein Kopftuch. Die Moschee ist in angemessener Kleidung zu betreten (Schultern und nackte Beine bedecken). Film- und Fotoaufnahmen bitte nur mit Genehmigung der Moscheeleitung durchführen. Den Gottesdienst bitte nicht durch laute Gespräche stören.

Zweiter Standort: Am Waschbrunnen, die Erläuterung der Waschung

In der Religionsausübung der Muslime nimmt das Gebet nach dem Glaubensbekenntnis (Ich bezeuge, dass es keine Gottheit gibt außer dem Einen Gott, und ich bezeuge, dass Muhammad Gottes Gesandter und Gottes Diener ist.) die zweite Stelle unter den fünf Säulen der islamischen Religion und Frömmigkeit ein. Es wird durch den Propheten als die »spirituelle Himmelfahrt des Gläubigen zur Gegenwart Gottes« definiert. Die Reise geht in Richtung des Herzens, indem man im Endstadium seiner Himmelfahrt die Anwesenheit Gottes in seinem Wesen und Herzen spüren möchte. Zur Vorbereitung auf diese Begegnung gehört eine rituelle Waschung, die Sorge für die Sauberkeit des Körpers, der Kleider und des Gebetsplatzes. Laut Prophet Muhammad, Friede sei mit ihm, macht die Reinheit die Hälfte der Religion aus. Die religiösen, spirituellen und hygienischen Aspekte der rituellen Vorwaschung sollten den Besuchern dargelegt und möglichst demonstriert werden.

Je nach Zeitbudget wird darauf hingewiesen, dass man Wasser und andere Umweltressourcen nicht verschwendet, da Gott Verschwendung und Umweltfeindlichkeit nicht duldet, oder dass das intensive Zähneputzen vor der Verrichtung des Gebetes üblich ist, da der Prophet unter Verwendung eines Zahnputzstocks diese Tradition sehr sorgfältig pflegte und diese seiner Gemeinde ans Herz legte.

Dritter Standort: Im Gebetsaal des Gotteshauses

Im großen, mit Kalligraphien reich ausgeschmückten Gebetsraum werden grundlegende Informationen

über den Islam, seine historische Entwicklung, die Bedeutung der Gebetsnische, der Gebetsrichtung und der Pilgerfahrt nach Mekka erläutert. Es wird nicht nur der Ablauf eines islamischen Gottesdienstes bzw. Gebets, sondern anschließend der charakteristische Gebetsaufruf, Adhan, der üblicherweise von den Minaretten der Moschee zu hören ist, rezitiert und ins Deutsche übersetzt. Für Besucher besteht die Möglichkeit, an der Verrichtung des muslimischen Gottesdienstes teilzunehmen.

Nach einer rund einstündigen Führung bietet es sich an, in einem anschließenden Kurzseminar intensiver über das Thema Islam, Kultur und Lebensweise von Muslimen zu informieren. Auch Seminare zur Förderung der Interreligiosität können mit dem Imam der Gemeinde und dem Dialogbeauftragten des Vorstandes vereinbart werden.

Vierter Standort: In der Teestube bzw. Cafeteria des Gotteshauses

Die meisten Moscheen beherbergen eine Teestube, die als Mehrzweckraum fungiert. Zum einen ist dies der Raum, in dem vor und nach dem Gebet die Gläubigen sich treffen. Er dient aber beispielsweise auch zum mittlerweile in Deutschland zu einer netten Tradition gewordenen gemeinsamen Fastenbrechen im Monat Ramadan. Zum täglichen Fastenbrechen beim Sonnenuntergang werden nicht nur die muslimischen Gläubigen eingeladen, vielmehr werden in fast allen Moscheegemeinden wenigstens einmal Vertreter der Stadtverwaltung, der Kirchen und Synagoge, Vertreter der Öffentlichkeit und der kommunalen Ämter eingeladen.

Da die Finanzierung der Moscheen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen abhängt, sind Spenden der Besucher gerne gesehen. Dies sollte im Klassengespräch und Elternbrief geklärt werden. Sollten einzelne Schüler finanziell nicht in der Lage sein, einen Beitrag zu bezahlen, so sollte ihre Beteiligung selbstverständlich daran nicht scheitern.

Moscheeführungen ermöglichen eine einzigartige Gelegenheit, praxisbezogene Einblicke zu geben: in das Leben einer Moschee, in die vorhandenen Probleme türkischer und muslimischer Migranten sowie in die alltägliche Integrationsarbeit dieser Einrichtungen.

- Aus: C. Dahling-Sander, B. Husmann, H. Scheiwe (Hrsg.), *So fremd – so nah*, Hannover/Loccum 2005

Der Islam in Deutschland

Skizze seiner Organisation und Ansätze der Begegnung im Bistum Aachen

Dieter F. Griemens

Historische Entwicklung

Erste Spuren des Islam in Deutschland führen an das Ende des 17. Jahrhunderts zurück. Damals verfügte der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. in seiner Armee über 20 türkische Gardisten und verhalf der ersten Gemeinde von Muslimen mit einem Dekret zu einer Rechtsgrundlage.

Mit Blick auf das Deutsche Kaiserreich sei die enge Verbindung zum Osmanischen Reich erwähnt, die zu einem Beistandspakt im Ersten Weltkrieg führte. Dieses Bündnis brachte ein reges Leben der deutschen islamischen Gemeinden mit sich.

Erwähnt sei auch der Mord an dem Gründer der »Deutsch-Muslimischen Gesellschaft« im Jahr 1933, der nie aufgeklärt wurde. Die Gesellschaft blieb bis Kriegsende ein Zufluchtsort für etliche Verfolgte, so auch für manche reichere deutsche Juden.

In der ersten Phase der Nachkriegszeit stoßen wir 1955 auf die Gründung einer Niederlassung der »Ahmadiya-Bewegung« – eine Glaubensrichtung, die später noch kurz beschrieben wird.

Neue muslimische Gemeinden im Kontext der Arbeitsmigration

Das von iranischen Kaufleuten 1962 gegründete Islamische Zentrum Hamburg mit der Imam-Ali-Moschee ist seit langem im christlich-islamischen Dialog tätig. Das Zentrum gilt als ideologischer Stützpunkt der iranischen Regierung. In Aachen und München wurden etwa zur gleichen Zeit islamische Zentren gegründet, die ebenfalls am Dialog beteiligt sind. Hier finden Muslime des arabischen Kulturraumes geistliche Orientierung und soziale Betreuung. Beide Moscheen sind vom Verfassungsschutz beobachtet worden. (Verfassungsschutzbericht NRW 2004) Sie sollen Verbindungen zu den islamistischen Muslimbruderschaften in Syrien und Ägypten haben.

Mitte der sechziger Jahre kam es zur verstärkten Arbeitsmigration aus der Türkei und den Maghrebstaaten in die Bundesrepublik. Insbesondere in den Zentren der Schwerindustrie und längs der Rheinschiene gründeten sich Vereine und Gemeinden verschiedenster

politischer und spiritueller Ausrichtung. Diese boten die notwendige Infrastruktur zur gemeinsamen Verrichtung der rituellen Pflichten sowie für kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten. Mit dem späteren Nachzug der Familien seit 1973 begann in den Gemeinderäumen die religiöse Unterweisung der Kinder.

Verband der islamischen Kulturzentren e.V.

Im Jahr des Anwerbestopps 1973 wurde einer der drei großen Dachverbände des türkischen Islam gegründet, der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ). Seine Hauptaufgabe sieht der Verband darin, Kindern und Erwachsenen Korankurse anzubieten und sie bitten zu lehren. Dazu werden Imame ausgebildet. Durch seine straffe zentrale Gliederung vermittelt der Verband in der Öffentlichkeit ein eher einheitliches Bild.

Spirituell ist er in der türkischen »Süleymanci-Bewegung« verortet, die in der Tradition eines religiösen Ordens steht. Der Name geht auf den Gelehrten Süleyman Hilmi Tunahan (1888–1959)

Weißt Du, wer ich bin?

Das Projekt der drei großen Religionen für friedliches Zusammenleben in Deutschland

Verbindendes entdecken –
Unterschiede respektieren – Füreinander
einstehen – Gemeinsam handeln

Wer?

Lokale, multireligiös zusammengesetzte Gruppen, die bereit sind, in einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch und Prozess bis zu einem Jahr über ihre Glaubensstraditionen einzutreten.

Wie?

Im Rahmen des Projektes »Weißt Du, wer ich bin?« werden Gruppen mit Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Religionen und Konfessionen vor Ort gefördert. Je nach Situation und örtlicher Gegebenheit können auch nicht-religiöse Organisationen beteiligt sein. Die jeweilige Gruppe beschließt selbständig über den Projektverlauf. Die Trägerorganisationen unterstützen die lokalen und regionalen Gruppierungen durch Fachleute, Material und Fördermittel.

Warum?

Die Religionsgemeinschaften sind zu einem Frieden stiftenden Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft beauftragt und aufgrund ihrer religiösen Tradition im Besonderen dazu befähigt. Das gemeinsame Projekt »Weißt Du, wer ich bin?« ist Beispiel und Anregung, wie sich Menschen unterschiedlicher religiöser Traditionen in Deutschland und Europa dafür einsetzen und darin einüben, religiös und kulturell bedingte Vorbehalte zu überwinden und neue Gemeinschaft stiftende Erfahrungen zu sammeln. Die Terrorereignisse der letzten Jahre unterstreichen die Notwendigkeit, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher religiöser Prägung nicht nebeneinander her sondern miteinander leben und einander respektieren. Dazu will das Projekt beitragen.

Träger

- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)
- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
- Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD)
- Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

Kontakt

Katrin Kuhla, Projektbeauftragte
Ökumenische Centrale der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK)
Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt
Tel.: 069-24 70 27-17
Fax: 069-24 70 27-30
E-Mail: katrin.kuhla@ack-oec.de

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium des Inneren (BMI)

zurück. Dieser kämpfte gegen die Laizierung des türkischen Schulsystems, gründete eigene Korankurse und geriet mit der staatlichen türkischen Religionsbehörde in Konflikt. Unter der Regierung Turgut Özal (1983–1989) wurde die Bewegung weitgehend rehabilitiert.

Der Verband leitet seine 305 Zweigstellen zentral von Köln aus. Vor wenigen Jahren hat der VIKZ seine Mitarbeit im Zentralrat der Muslime (ZMD) eingestellt. In Deutschland zählt man 21.000 eingeschriebene Mitglieder und etwa 100.000 Gemeindeangehörige.

Zurzeit ist vor Ort ein ausgeprägtes Dialoginteresse festzustellen. So zeigte man sich vor kurzem z.B. hoch erfreut über einen Besuch des Bischofs von Aachen in der neuen Moschee der Zweigstelle Hückelhoven. Zum Fastenbrechen 2004 nahm der Verfasser mit einer Vielzahl von Besuchern in der gleichen Moschee am Iftar-Essen teil.

Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

1984 kam es mit Hilfe oder auf Wunsch des türkischen »Präsidium für religiöse Angelegenheiten« beim Amt des Ministerpräsidenten zur Gründung des Dachverbandes DITIB (übers.: Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion), ebenfalls in Köln. Nach eigenen Angaben sind derzeit 867 selbständige eingetragene Vereine dem Dachverband angeschlossen. Im Unterschied zu allen anderen türkischen religiösen Vereinigungen wird jedoch in die einzelnen Moscheegemeinden hinein der von der türkischen Regierung bezahlte Vorbeter (Imam) entsandt. Die Fortbildung der Imame wie auch die Beratung zu sozialen oder rechtlichen Anliegen der Vereine obliegt der DITIB-Zentrale in Köln. In einer Leitbild-Erklärung verpflichtet sich DITIB – wie alle großen islamischen Vereinigungen – ausdrücklich auf die Beachtung der Verfassung und der Gesetze der Bundesrepublik, wie gleichfalls dem Missbrauch des islamischen Glaubens eine Absage erteilt wird und Werte wie Toleranz, Nächstenliebe, Brüderlichkeit und Einigkeit hervorgehoben werden. Man definiert sich als ein Zusammenschluss türkischer Muslime und deren Interessenvertretung im Hinblick auf alle denkbaren sozialen, kulturellen und politischen Belange. Ein besonderes Kapitel ist dem interreligiösen Dialog gewidmet, der u. a. mit dem Toleranzgebot der Muslime begründet wird und dem Weg zum Frieden diene.

Im Kapitel Integration ist davon die Rede, dass in der Kinder- und Jugendarbeit die strenge Geschlechtertrennung

zum Teil mit dem Ziel aufzugeben sei, die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen zu fördern. Andererseits wirbt man hinsichtlich der tradierten Rollenmuster der Eltern um Verständnis.

Seitens der DITIB wird die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts angestrebt.

In einer politischen Bewertung ist davon auszugehen, dass der Einfluss der DITIB-Vereine weit über die Zahl der eingeschriebenen 150.000 Mitglieder hinaus geht. Allein die enge Bindung an das »Präsidium für religiöse Angelegenheiten« in Ankara und die Leitung der DITIB-Zentrale in Köln durch einen Botschaftsrat der türkischen Republik garantieren eine offizielle Befürwortung der laizistischen türkischen Staatsordnung.

Zur Yunus-Emre-Moschee in Aachen bestehen seitens der Diözese langjährige gute Kontakte. Der Diözesanbischof war bereits mehrmals dort zu Gast, wie auch bei etlichen anderen DITIB-Moschee-Vereinen im gesamten Bistum.

Aktuell steht die Aachener Moscheegemeinde in Verhandlungen mit der Stadt Aachen, um eine würdige und den Bedürfnissen entsprechende Gebetsstätte als Kultur- und Begegnungszentrum zu errichten. Im Gesprächsprozess der beteiligten Stellen ist dem Bistum Aachen die Moderation angetragen worden.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Öffentlich besonders umstritten ist der dritte große türkisch-islamische Dachverband, die 1976 in Köln gegründete »Türkische Union Europas«, die noch mehrfach ihren Namen änderte und heute als Milli Görüs geläufig ist. Die Vereinigung ist mit der Refah-Partei verbunden, die in der Türkei als islamistische Partei verboten wurde, aber Nachfolgeparteien gefunden hat. Refah trat deutlich für einen islamischen Staat auf der Grundlage der Scharia ein.

Auch Milli Görüs hat sich in den letzten Jahren verstärkt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekannt, wohl auch deshalb, um aus den Berichten des Verfassungsschutzes herauszukommen. Unbestreitbar ist in NRW ein Interesse an einer Mitgestaltung des Dialogs zwischen Christen und Muslimen gegeben. Allerdings hat die Zeitung »Milli Gazete«, Sprachrohr der weltweiten Milli-Görüs-Bewegung, mehrfach durch antisemitische und integrationsfeindliche Äußerungen von sich Reden gemacht. Zur IGMG zählen in Deutschland 514 Gemeinden mit etwa 26.500 Mitgliedern.

Aus eigenen Kontakten bleibt festzuhalten, dass man als Besucher einer Moschee-Gemeinde freundliche Aufnahme findet, jedoch die Verantwortlichen bisweilen eine klare Identifikation mit der IGMG nach außen zu vermeiden suchen.

In den achtziger Jahren kam es zu einer noch heute aktuellen Abspaltung radikaler Kräfte mit dem Ziel, einen Kalifatstaat zu errichten. Treibende Kraft war dabei Cemaludin Kaplan und nach seinem Tod dessen Sohn Metin, selbsternannter »Kalif von Köln«, der sich zurzeit in der Türkei vor Gericht verantworten muss. Der »Kalifatstaat« hatte bei seinem Verbot im Jahr 2001 nur noch etwa 1.100 Mitglieder.

Alevitische Gemeinde Deutschland

Erst 1990 gründete sich in Deutschland die »Föderation der Alevitischen Gemeinden«. Aleviten – abgeleitet von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammed – wurden bis dahin in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, obwohl davon auszugehen ist, dass sich in Deutschland 600.000 Personen zum Alevitentum bekennen. Derzeit bestehen 96 Vereine.

Der Gemeindeverband versteht sich selbst als Glaubensgemeinschaft, lehnt die Vermischung von Politik und Religion strikt ab und akzeptiert ohne Vorbehalt das laizistische System in der Türkei. In ihren gesamten kultischen Riten unterscheiden sich die Aleviten erheblich von Sunniten und Schiiten und werden von diesen nicht als Muslime anerkannt. Ihr Glaube ist mündlich tradiert. In dessen Überlieferung hat der »Dede«, eine Art Priester, eine hervorgehobene Stellung. Musik und Tanz spielen in den Riten eine wichtige Rolle.

Ahmadiya

Diese Glaubensgemeinschaft entstammt dem früher britisch beherrschten indischen Kulturraum, heute Pakistan. Ahmadiya-Glauben bedeutet verkürzt formuliert, dass mit ihrem Gründer Mirza Ghulan Ahmad die Offenbarung eines neuen Weltzeitalters ergangen ist. Die Bewegung ist in zwei Gruppen gespalten und wird von Sunniten wie Schiiten gleichermaßen nicht als islamisch anerkannt.

Die bis hierher beschriebenen Vereinigungen und Organisationen sind die von ihrer Mitgliederzahl her bedeutendsten in der islamischen Landschaft der Bundesrepublik. Sie decken jedoch keineswegs das gesamte Spektrum islamischer Organisationen ab.

Die Haupt-Dachverbände Islamrat und Zentralrat der Muslime in Deutschland

Um die Repräsentanz der Interessen aller Muslime in Deutschland konkurrieren drei Organisationen: Die bereits beschriebene DITIB sowie der Islamrat und der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD).

Dem Islamrat gehören derzeit 37 Verbände unterschiedlicher Größe an. Seine Strukturen und seine Politik werden im wesentlichen von Anhängern der IGMG dominiert. Hervorzuheben sind die in der Satzung festgelegten religionspolitischen Ziele, insbesondere die Forderung der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und der Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache. Vieles deutet darauf hin, dass man sich auch als eine Art Opposition zur säkularen Staatsordnung der Türkei versteht.

Der ZMD gründete sich 1994 aus dem »Islamischen Arbeitskreis Köln« heraus

und vertritt die Interessen von 19 Organisationen. Mit dem Austritt des VIKZ ist jedoch dem Zentralrat der größte Mitgliederverband verloren gegangen, so dass er heute nur noch etwa 15.000 bis 20.000 Muslime repräsentiert. Dazu gehören nicht nur eine große Zahl deutscher Muslime, sondern auch die wichtigste Institution des schiitischen Islam, das Islamische Zentrum Hamburg. Der Zentralrat genießt im politischen Raum eine ausgeprägte Anerkennung, was sich z. B. darin äußerte, dass sein Vorsitzender neben anderen Repräsentanten der großen Religionsgemeinschaften zu Spitzengesprächen mit Vertretern der Bundesregierung geladen wurde. Auch der ZMD bekennt sich zu den Gesetzen der Bundesrepublik und sah sich im Jahr 2002 zur Veröffentlichung einer »Islamischen Charta« veranlasst. Unverkennbar bleibt darin das dargelegte Bekenntnis zum Grundgesetz an das vorgeordnete islamische Recht gebunden.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass Islamrat und Zentralrat in einzelnen

Sachfragen, z. B. der Forderung nach islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen oder der Frage des Schächtens, zusammenarbeiten.

Dieser kurze Aufriss zu Entstehung, Größenordnung und Zielen islamischer Organisationen in Deutschland ist als Streiflicht gedacht. Daten und Fakten sind hauptsächlich der »Arbeitshilfe 172, Christen und Muslime in Deutschland, Bonn, 23. September 2003«, der Deutschen Bischofskonferenz entnommen. Zur Vertiefung einzelner Fragen sei auf die homepage www.cibedo.de der »Christlich-islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle« der Deutschen Bischofskonferenz verwiesen.

■ Vortrag auf der Jahrestagung der Ausländerseelsorge vom 17. bis 21. Januar 2005 in Grzybowo, Polen (gekürzt)

■ Kontakt:
Bischöfliches Generalvikariat Aachen
Abt.: Pastoral in Lebensräumen
Dieter Griemens
Klosterplatz 7, 52062 Aachen
www.bistum-aachen.de

»Zwischen Rap und Ramadan« – Junge Muslime zwischen den Welten im Film

Gerd Brinkmann

Oft in Deutschland geboren und aufgewachsen, aber dennoch erzogen nach Werten und Normen ihrer elterlichen Herkunftsländer: Das ist die Situation vieler junger Muslime in Deutschland. Hier wird die im thematischen Schwerpunkt für das Zentralabitur 2006 genannte »Kontinuität und Veränderung religiös begründeter Normen angesichts der Normenunsicherheit« zu einem ganz lebenspraktischen Problem. Um dieses Lebensgefühl junger Muslime und Migranten zu beschreiben, sind Gespräche und Begegnungen nötig. In unseren Schulen gibt es dazu genügend Anlässe und Möglichkeiten. Um diesen Prozess anzustoßen, gibt es gut geeignete Filme, die Einblicke in die Lebens- und Gedankenwelt junger Muslime gewähren.

»Zwischen Rap und Ramadan«

In diesem 30-minütigen Dokumentarfilm werden vier Porträts junger Muslime in Freiburg dargestellt. Die Jugendlichen werden sowohl in ihren Familien, ihrer islamischen Kultur sowie in ihrem deutschen Umfeld gezeigt. Die Protagonisten, zwei junge Frauen und zwei junge Männer, sind kaum älter als die jugendliche Zielgruppe. Sie drücken sich sehr klar aus und sprechen die Widersprüche in ihrem Leben ganz deutlich an.

Nach meiner Erfahrung löst der Film vielfältige Diskussionen unter den Schülerinnen und Schülern aus, weil er dem Lebensgefühl der Jugendlichen sehr nahe kommt. Muslimische Schülerinnen und Schüler können den Film als Basis benutzen, um in Abgrenzung oder Zustimmung zum Film ihre eigenen Erfahrungen zu benennen. Was den Film zusätzlich so lebendig macht, ist seine Musik. Einer der Hauptdarsteller, Ismael, ist Rapper. Unter seinem Künstlernamen Malik (deutsch: »König«) rappt er zu arabischen Melodien und Beats: »Es kommen bess're Zeiten, so Allah will. Die Welt dreht total durch – und ich chill. Vertraue meinem Innersten und meinen Skills ...«

Die Regisseure Margarethe Mehring-Fuchs und Stephan Laur porträtieren die Jugendlichen sehr einfühlsam in ihrem Alltag: Ismael alias Malik, der aufgrund einer Behinderung im Rollstuhl sitzt, inmitten seiner Freunde: Selma in der Disco, Hamze in der Schauspielschule, Meryem beim Studium an der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen. Es folgen Bilder vom Beten und vom Fastenbrechen während des Ramadan in Meryems Frauen-WG. Dann sitzt Selma in ihrem Zimmer, an der Wand ein Poster mit einem verliebt schmusendem Paar, auf dem Tisch das Bild eines geistlichen Führers mit traditioneller Kopfbedeckung. Danach versucht Hamze zu erklären, warum ihn seine Familie trotz einer Heirat mit einer Deutschen nicht verstoßen hat – Lebenswelten junger Muslime in Deutsch-

land, die zeigen, dass ihr Weg nicht nur »gegen die Wand« führt, sondern sich neue Perspektiven eröffnen im Spannungsfeld zwischen Kultur, Religion und Alltagserfahrung.

Impulse zur Bearbeitung

Es ist hilfreich, die Schülerinnen und Schüler vor dem ersten Anschauen des Films in vier Gruppen aufzuteilen, die sich jeweils mit einer dargestellten Person befassen. Folgende Fragestellungen sollten das Sehen begleiten:

- Welches Lebensgefühl vermittelt uns dieser Mensch?
- Was macht seine Identität aus?
- Wo fühlt er sich zu Hause?
- Welche Rolle spielt Religion dabei in seinem Leben?

Im weiteren Gespräch über den Film können dann die sich verändernden Normen und die sich daraus ergebenden Normenkonflikte (Liebe – Partnerschaft, Familie, Traditionsbewahrung usw.) thematisiert werden.

■ Aus: C. Dahling-Sander, B. Husmann, H. Scheiwe (Hrsg.), So fremd – so nah, Hannover/Loccum 2005

Der Papst und die Migranten

Migration ist in unserer Zeit zu einem globalen Phänomen geworden. Je nach Schätzung, zwischen 150 und 200 Millionen Menschen sind heute weltweit als Migranten und Flüchtlinge unterwegs. Sie suchen für sich und ihre Familien Schutz vor Lebensbedrohung, bessere Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten, Sicherheit und Geborgenheit. Darin offenbart sich nach Auffassung von Papst Johannes Paul II. *keimhaft auch die Sehnsucht nach einem transzendenten Horizont von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden – letztlich eine Unruhe, die indirekt auf Gott verweist, in dem allein der Mensch die Erfüllung aller seiner Erwartungen finden kann.*

Man kann der weltweiten Migration nicht dadurch begegnen wollen, dass einzelne Länder ihre Grenzen hermetisch abriegeln und damit die Lösung dieses Problems auf andere Länder abschieben. Es geht vielmehr um eine umfassende, gerechte und menschenwürdige Regelung, die zu einer dauerhaften Friedensordnung im Zusammenleben der Menschen und Völker beiträgt. Das wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Ländern, das in großem Maß zu den gewaltigen Migrationsströmen beiträgt, ist – so der Papst – *nicht als Fatalität anzusehen, sondern als eine Herausforderung für den Verantwortungssinn des Menschengeschlechtes.* Selbstverständlich ist es dabei Aufgabe der jeweiligen Regierungen, den Migrationsstrom in vollem Respekt vor der Würde der Personen und der Bedürfnisse ihrer Familien zu regulieren und die Modalitäten und Kapazitäten der Zuwanderung fest zu legen. Dennoch darf *das Kriterium für den Schwellenwert der Tragfähigkeit nicht schlichtweg sein, das eigene Wohlergehen unangetastet zu lassen, ohne sich von der Not derer Rechenschaft zu geben, die auf tragische Weise gezwungen sind, um Gastfreundschaft zu bitten.*

In seinen Botschaften und Ansprachen zum jährlichen Welttag der Migranten und Flüchtlinge wie auch in mehreren seiner Enzykliken hat Papst Johannes Paul II. immer wieder darauf hingewiesen, dass zuallererst die Ursachen dieser Massmigration aufzudecken und zu bekämpfen sind. Als wesentliche Faktoren werden vom Papst dabei Krieg, Terror, Hunger, Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und die Missachtung der Menschenrechte aufgeführt. Er nennt sie sogar *Strukturen der Sünde*, die abzubauen sind. Hinzu kommt, dass die *Globalisierung* von Forschung, Technologie und Wirtschaft *zu neuen Brüchen führt* und den Unterschied zwischen *aufsteigenden und zurückbleibenden* Ländern weiter vertieft. So sehr die Tendenz, die rechtliche und politische Einheit der Menschheit sowie die beachtliche Zunahme des kulturellen Austausches zu fördern, als positive Ergebnisse der Globalisierung zu begrüßen sind, so sehr muss der ständig wachsenden Ungleichheit zwischen den reichen und armen Ländern begegnet werden. Es geht darum, eine *Globalisierung in Solidarität* und *ohne Ausgrenzung* zu sichern und *gegen Rasse, Kultur oder Religion eines Menschen richtet, als dem Plan Gottes entgegenstehend* zurückzuweisen.

Hier treffen wir auf eines der Grundanliegen von Papst Johannes Paul II. überhaupt: die umfassende Achtung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen und die Anerkennung der daraus resultierenden Menschenrechte. Die theologische Begründung hierfür ist in der Gottebenbildlichkeit zu finden, die bereits auf der ersten Seite der Bibel (vgl. Gen 1,26 f) jedem Menschen – ohne Unterscheidung nach Geschlecht, Rasse, Sprache, Volkszugehörigkeit oder Lebensumständen – zugesprochen ist. Diese besondere Berufung des Menschen ist zugleich *eine Art Maßstab für eine menschlichere Entwicklung* in unserer Welt – *ein Maßstab, der dem Menschen selbst innewohnt.* Deshalb sieht der Papst durch die Existenz von Flüchtlingslagern, durch fremdenfeindliche Zwischenfälle gegenüber Immigranten und den Mangel an Solidarität für die »Menschen unterwegs« die menschliche Würde zutiefst gedemütigt. Und im Blick auf die Menschen, die sich als Illegale ohne gültige Papiere in einem fremden Land aufhalten, formuliert er: *Der Status der Ungesetzlichkeit rechtfertigt keine Abstriche bei der Würde des Migranten, der mit unveräußerlichen Rechten versehen ist, die weder verletzt noch unbeachtet gelassen werden dürfen.* Im Einzelnen benennt der Papst das *Recht auf ein Heimatland*, um in *Freiheit in ihm leben* und *mit der eigenen Familie zusammen sein* zu können; das *Recht, über die notwendigen Mittel zu verfügen*, um ein *würdevolles Leben* führen zu können; das *Recht, das ethnische, kulturelle,*

Am 02.04.2005 verstarb in Rom Papst Johannes Paul II. Er setzte sich stets für die Achtung der Würde der Migranten und die Anerkennung der ihnen zustehenden Menschenrechte sowie für den interkulturellen Dialog ein. In seinen jährlichen Botschaften zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge sowie in mehreren Enzykliken hat er dies immer wieder betont. Nachfolgend eine Würdigung seines Engagements (wörtliche Zitate in Kursivschrift):

sprachliche Erbe erhalten und weiter entwickeln zu können; das Recht, öffentlich seine Religion bekennen zu können und in jeder Situation anerkannt und behandelt zu werden, wie es der Würde eines menschlichen Wesens entspricht. Falls diese Rechte im eigenen Land nicht gewährleistet sind, befürwortet der Papst ausdrücklich auch ein *Recht auf Migration*.

Die ausnahmslose Respektierung der Menschenrechte mahnt der Papst nicht nur gegenüber den Regierungen der verschiedenen Länder und ihren Behörden an, es ist für ihn zugleich eine Grundforderung an die ganze Kirche. Immer wieder erinnert er daran, dass der konkrete Mensch in all seinen Ängsten und Bedrohungen *der erste und grundlegende Weg der Kirche* sein muss. Daraus ergibt sich die Pflicht zur *vorrangigen Liebe* zu den Armen, Verfolgten und Schwachen der ganzen Menschheitsfamilie, zu denen der Papst gerade auch die Millionen Migranten zählt. *An ihnen vorbeizusehen würde bedeuten, dass wir dem »reichen Prasser« gleichen, der so tat, als kenne er den Bettler Lazarus nicht, der »vor seiner Tür lag«.* Für die Kirche ist die Aufnahme von Fremden und die Solidarität mit ihnen nicht nur eine Sache der Gastfreundschaft, sondern eine klare Verpflichtung, die sich aus der Treue zur Lehre Jesu Christi ergibt. Denn für Jesus ist der Fremde einer seiner geringen Brüder (vgl. Mk 9,42): *ein Fremder für die anderen, aber nicht für ihn*. Der Unbekannte, der nach Gastfreundschaft verlangt, oder der Auswanderer, der um Aufnahme bittet, – sie sind *für Jesus Mitglieder seiner eigenen Familie*. Deshalb darf in der Kirche niemand fremd und umgekehrt auch die Kirche niemandem und nirgendwo fremd sein.

Innerhalb der Kirche hat der Migrant das Recht auf Achtung des eigenen kulturellen Erbes – auch in der Seelsorge; und zwar, solange ein reales Bedürfnis dazu besteht. *Dem Anrecht auf Evangelisation und ein geregeltes christliches Leben (soll) durch besondere kirchliche Initiativen und geeignete, den Personen und Umständen entsprechende Strukturen nach besten Kräften entsprochen werden*. Es darf auch nicht – so der Papst – die Tatsache in den Hintergrund geraten, dass sich nicht selten unter den *gesetzeswidrigen Migranten viele katholischen Christen befinden*, die oft im Namen desselben Glaubens Seelenhirten und Orte suchen, an denen sie beten, das Wort Gottes vernehmen und die Geheimnisse des Herrn feiern können. *Es ist Pflicht der Diözesen, diesen Erwartungen entgegen zu kommen*. Insgesamt muss deutlicher werden, dass die Einheit der Kirche nicht durch die gleiche ethnische Herkunft ihrer Mitglieder gegeben ist, sondern durch den Pfingstgeist, der aus allen Nationen ein neues Volk Gottes schafft – eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern. Das Eingrenzen der Mitglieder einer Ortsgemeinschaft aufgrund ethnischer oder anderer äußerer Eigenschaften würde eine Verarmung für alle Beteiligten bedeuten und dem fundamentalen Recht der Getauften widersprechen, Gott anzubeten und am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen. Deshalb fordert der Papst alle Katholiken auf, sich gegenüber den unter ihnen lebenden Fremden durch den Geist der Solidarität auszuzeichnen. Die Immigranten bestärkt er zugleich in der Pflicht, die sie aufnehmenden Länder wertzuschätzen und die Gesetze, Kulturen und Traditionen der Menschen, die sie freundlich empfangen haben, zu achten. Nur so wird sich soziale Harmonie durchsetzen können.

Immer wieder weist der Papst darauf hin, dass die Tatsache der Migration nicht einseitig als Bedrohung für die Aufnahmeländer verstanden werden darf, sondern auch eine Chance bedeutet. Die Migranten können auch einen wertvollen Beitrag zur Festigung des Friedens leisten. Durch die Begegnung und die Verständigung zwischen Kulturen, Personen und Gemeinschaften tragen sie wesentlich zu einem *bereichernden interkulturellen Dialog* bei, der ein *notwendiger Weg für den Aufbau einer versöhnten Welt* ist. Im Aufeinandertreffen und Sich-Ergänzen der verschiedenen Kulturen kann dann eine *Gemeinschaft der Verschiedenheit begründet* werden, in der die in jeder Kultur vorhandenen gemeinsamen Werte entdeckt werden, die vereinen und nicht trennen. So kann Migration den *»Traum« von einer Zukunft des Friedens für die ganze Menschheit fördern* und im Zusammenwirken vieler Menschen die Menschheit mehr und mehr *zur Familie aller* und unsere Welt zum *wahren »gemeinsamen Haus«* werden.

Es ist ein bleibendes Verdienst von Papst Johannes Paul II., dass er von diesem Traum nicht nur wie von einer fernen Utopie gesprochen, sondern ihn ein gutes Stück der Verwirklichung näher gebracht hat.

Pfarrer Wolfgang Miehle, Bonn,
Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge



Foto: KNA

Das »ewige Licht« leuchtet allen, die durch den Glauben schon am Ziel ihrer irdischen Pilgerschaft sind.

Auf dass sie in diesem Licht Gott sehen, »wie er ist«.

Auf dass ihnen das Antlitz dessen zugänglich werde, der »in unzugänglichem Licht wohnt« (1 Tim 6,16).

Auf dass sie das Licht der Herrlichkeit Gottes umfange und durchdringe. Amen.

Papst Johannes Paul II.

Gott, du gibst den Arbeitern in deinem Weinberg den verdienten Lohn. Erbarme dich deines Dieners, unseres verstorbenen Papstes, Johannes Paul II. Du hast ihn zum Nachfolger des Heiligen Petrus und zum Hirten deiner Kirche bestellt. Gib, dass die Geheimnisse der Gnade und des Erbarmens, die er auf Erden treu verwaltet hat, für ihn zur Quelle ewiger Freude werden. Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn. Amen.

Wegweiser von Mensch zu Mensch

Eine Meditation zum Plakat »Miteinander Zusammenleben gestalten«

Dr. Thomas Broch

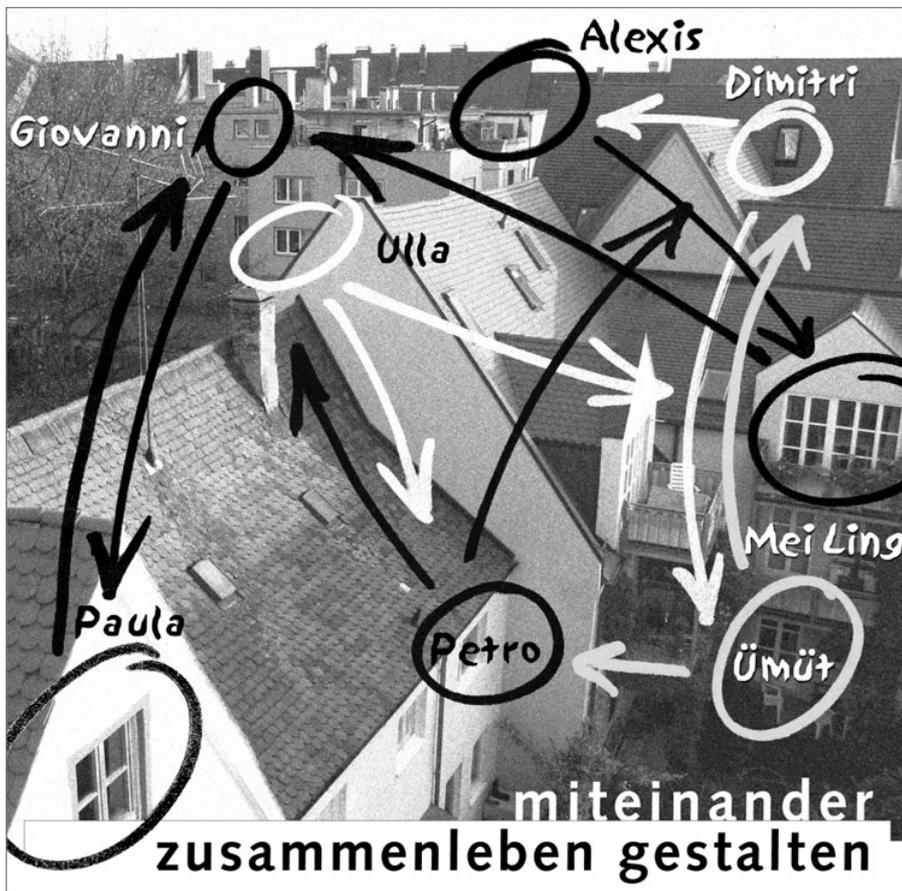
Das Motiv »Netzwerk und Dialog« wurde entworfen von der Augsburger Kreativ Agentur UV Werbung

Das Motiv ist als Postkarte (vierfarbig) erhältlich (1-49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. je 0,20 €)
Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax 069 / 23 06 50

Das Bild zur »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche« 2005 ist eine Art Suchbild – Suche nach Menschen hinter den Mauern und unter den Dächern. Oder anders: Eine Wegbeschreibung von Mensch zu Mensch – eine Art Begegnungs-Landkarte, die wie eine Folie über die anonyme Häuser- und Dachlandschaft eines beliebigen Stadtquartiers gelegt wird. Sie weist Wege zu den Menschen, die hinter den stummen Fenstern und Fassaden leben, Menschen mit Namen, die identifizierbar sind. Oder noch einmal anders: Es ist ein Beziehungsdiagramm zwischen Personen in verschiedenstem Alter, in unterschiedlichsten Lebensverhältnissen, mit vielfältiger Lebensgeschichte, nationaler Herkunft, mit je eigenen Interessen, Fähigkeiten, Hoffnungen, Enttäuschungen.

Diese Personen sind durch Pfeile miteinander verbunden. Das heißt: zwischen diesen Personen gibt es Bewegung, Dy-

namik. Sie sind auf einander bezogen und auf einander angewiesen. Und wenn man diesen Pfeilen nachgeht und der Phantasie ihren Lauf lässt, dann entstehen Geschichten. Giovanni, der Italiener, liebt die Russlanddeutsche Paula und sie ihn auch. Ümüt aus Dyabakir führt gemeinsam mit Dimitri aus Weißrussland eine Computerfirma. Ulla, die hier in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, lernt bei der Taiwanerin Mei Ling Gong. Dimitri kennt aber auch Peter aus dem TSV, wo sie gemeinsam Fußball spielen. Und Mei Ling kocht in der Pizzeria von Giovanni. Und Ümüt nimmt Sprachunterricht in der Klasse von Ulla, deren Tochter wiederum die Freundin von Peters Tochter ist. Alexis aus Skopje besitzt eine Autowerkstatt, in der Dimitri Gebrauchtwagen repariert. Und Giovanni schließlich ist Tainer der C-Jugend des TSV. Das alles ist in der Phantasie vorgestellt. Und doch sind es keine Phantasiegeschichten. Es sind Begegnungsgeschichten, wie sie das ganz normale



Augsburger Kreativ Agentur UV Werbung gewinnt bundesweiten Plakatwettbewerb

Die zum Sankt Ulrich Verlag gehörende Agentur UV Werbung hat den diesjährigen Plakatwettbewerb zur »Woche« gewonnen. Von über 100 Einsendungen hat der Ökumenische Vorbereitungsausschuss die Idee der Augsburger Agentur als Motiv für das Plakat ausgewählt, mit dem bundesweit für die »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche« geworben wird. Am Wettbewerb beteiligten sich renommierte Werbeagenturen und Fachhochschulen.

UV Werbung entwickelt und realisiert ganzheitliche projektbezogene Kommunikations- und PR-Ideen für kirchliche und öffentliche Institutionen sowie für mittelständische Unternehmen.

■ Kontakt:
UV Werbung
Hafnerberg 2, 86152 Augsburg
Tel.: 08 21 / 502 42 - 32
Fax: 08 21 / 502 42 - 82

Leben in einer ganz normalen Stadt schreibt – jeden Tag und seit Jahrzehnten. Auch wenn viele dies nicht wahr haben möchten. Multi-Kulti sei gescheitert, sagen sie. Aber Multi-Kulti – oder sagen wir besser: das Zusammenleben von Menschen vielfältiger nationaler, kultureller, religiöser Herkunft in Offenheit, Sympathie und gegenseitigem Respekt – ist im Gegenteil sehr lebendig. So lebendig wie die Menschen. Gott sei Dank! Natürlich gibt es auch Probleme, Missverständnisse, Konflikte. Aber wo gibt es die nicht?

Auch dies zeigt unser Bild: Die vielen Farben der Beziehungspfeile, die sich in den Buchstaben des Wortteils »zusammen« wiederfinden, bringen Leben in das graue, eintönig-triste Bild. Ohne diese bunte Vielfalt wäre die Stadt, die Polis, das demokratische Gemeinwesen, nichts weiter als eine Ansammlung toter Steine.

Keineswegs verbinden alle Pfeile jeden mit jedem. Ihre Richtung ist auch nicht immer wechselseitig. Begegnungen, Beziehungen sind immer individuell, ha-

ben ihre eigene Geschichte und Dynamik. Auch Einseitigkeit, Entfremdung und Distanz gehören dazu. Und doch bilden sie zusammen ein Ganzes, nicht völlig homogen, sondern differenziert, mit Schwerpunkten, mit besonderen Akzenten. Aber eben doch ein Ganzes in einem vitalen Zusammenspiel. Sie bilden ein Netz, in dem jeder seinen Platz hat. Jeder trägt auf seine Weise, mit seiner Person, mit seinen Fähigkeiten zu diesem Zusammenspiel bei. Jeder, der fehlte, hinterließe eine Lücke, die das Netz verletzlich machen würde. Etwas, jemand würde fehlen. Und jeder ist auch in diesem Netz gehalten. Würde die Verbindung abbrechen, würde das Netz reißen, fiel er heraus und bliebe hinter seinem toten Fenster, hinter seiner Fassade in der Einsamkeit zurück. Das Netz des Miteinanders hebt das Leben über das bloße Da- und Dort-Sein hinaus und macht es zum Jetzt und Hier, zur Präsenz.

»Miteinander Zusammenleben gestalten« lautet das Motto. Über das »Zusammen« wurde bereits gesprochen. Auch die anderen Worte stehen zu Ein-

ander in einem dynamischen Bedeutungsverhältnis. »Leben gestalten« ist ein Wortpaar. Menschsein ist nichts Starres, Fertiges. Es ist Leben, Prozess, der stets neu entworfen, gestaltet, erlungen werden muss – durch jeden Einzelnen, aber auch gemeinsam. »Miteinander leben« ist ein anderes Wortpaar. Jeder ist ein Individuum. Aber das Individuelle ist auch eine Abstraktion. Menschsein ist immer Mit-Sein, als Ich und Du, als Wir, als Gemeinschaft, als Gesellschaft. Auch als die Fremdheit des Anderen und des Man. Liebe, gegenseitige Achtung und Solidarität gehören dazu, aber auch Einsamkeit und Aggression. Zusammenleben ist nicht einfach eine Idylle, ob Multi-Kulti oder nicht. Aber dass unser Dasein nicht zum ohne Einander, zum Gegeneinander wird, sondern zum Leben miteinander, bedarf es stets unserer aktiven, bewussten und gewollten Gestaltung im bunten, spannenden, überraschenden »Zusammen«.

■ Dr. Thomas Broch ist Referatsleiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Caritasverbandes, Freiburg

Ich will Frieden schaffen

Andacht von Präses Alfred Buß



Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Vorsitzender der Kammer für Migration und Integration des Rates der EKD

Es ist biblische Vision, dass Menschen in Frieden schlafen können, ohne dass sie jemand aufschreckt. So z.B. 3. Mose 26,6: Ich will Frieden schaffen im Lande und ihr werdet ruhig schlafen, ohne dass euch jemand aufschreckt.

Ich will Frieden schaffen... ihr werdet ruhig schlafen – eine Vision im Indikativ ohne Wenn und Aber, scheinbar ohne Bedingungen. Der Kontext im 3. Mosebuch jedoch zeigt, dass dieser Friede fragil ist und sehr wohl durch menschliches Tun und Lassen gestört, ja zerstört werden kann...

Darum schärft die hebräische Bibel ein, dass Frieden und Gerechtigkeit ein untrennliches Paar bilden. In einem schönen erotischen Bild stellt Psalm 85 vor Augen, dass Friede und Gerechtigkeit sich küssen – sie können also nicht voneinander lassen. Ohne Gerechtigkeit werden Menschen untergebuttert und nur, wenn Friede herrscht, kann der Raum sich entfalten, in dem Leben gedeihen kann.

Wenn wir bei der Diskussion um Flucht und Asyl bei den Fluchtursachen ansetzen, dann tun wir das, weil uns diese biblische Einsicht so wichtig ist: es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit – es gibt keine Gerechtigkeit ohne Frieden; Frieden und Gerechtigkeit können ohne einander nicht sein und darum voneinander nicht lassen. Eine gerechtere Weltordnung würde auch die Fluchtursachen vermindern.

Der Vers aus dem 3. Mosebuch macht uns darüber hinaus auf den Zusammenhang von Frieden und Rechtssicherheit aufmerksam: ... ihr werdet ruhig schlafen, ohne dass euch jemand aufschreckt. Wie viele Menschen schrecken immer wieder aus dem Schlaf, weil sie nicht wissen, wo sie bleiben sollen? Wie viele werden aus dem Schlaf gerissen, um abgeschoben zu werden? Überall, auch im Wohlstandsgürtel des weltweiten Westens, wuchern rechtliche Dunkelzonen, in denen der Übergang von legal und illegal, von Rechtlosigkeit und Unrecht gleitend ist. In einigen Niemandsländern haben Menschen nicht einmal das Recht, Rechte zu haben. Rechtsfreie

Räume entstehen vor allem in Gebieten, wo der Terror des Krieges und der Horror des so genannten »Friedens« nicht mehr zu unterscheiden sind: im Irak, in den no go areas Afrikas, in all den innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Dauerkonflikten an den Rändern zerfallender Nationen.

Thomas Assheuer schreibt in der ZEIT (7/2002):

»Ob in den unklaren Zwischenzonen jemand als Mensch oder als überflüssiger Körper behandelt wird, hängt oft nur am seidenen Faden des Rechts und seiner Durchsetzung. Die Frage aber, welches Recht zur Anwendung kommt, unterliegt der Willkür des lokalen Souveräns. Im Zweifelsfall ist eine Kiste mit chinesischen Bohnen durch die ›Lex Mercatoria‹, das eng geknüpfte Netz internationaler Rechtsbeziehungen, besser geschützt als ein Schiff mit Flüchtlingen, das aus den schwarzen Löchern der Weltgesellschaft auftaucht und ›nach Fremdeinwirkung‹ auf hoher See für immer verschwindet. Während Warenströme weltweit von einem faszinierenden Regelwerk kanalisiert sind, bleibt Menschen in den Indifferenzonen des Rechts nur das ›nackte Leben‹. Streng genommen sind auch die ›Illegalen‹ Träger von Menschenrechtstiteln; faktisch besitzen sie nur ihre Rechtlosigkeit. Die Bemerkung des amerikanischen Justizministers Ashcroft, die Regierung ›diskutiere noch‹ darüber, welches Recht in Guantánamo zur Anwendung komme, ist eine präzise Definition für die neue Indifferenz des Rechts. Souverän verfügt die lokale, mit sich selbst ›diskutierende‹ Macht über Ausnahmezustand und Rechtszustand. Es gilt das Recht, das im Augenblick der Entscheidung gesetzt wird. Bis dahin haben die Gefangenen nur ihr Leben; sie werden das sein, was der jeweils gewählte Rechtsbegriff aus ihnen macht. In wessen Namen auch immer, auch im Namen der ›unendlichen Gerechtigkeit‹.

Warum die Rechtlosigkeit in die alten Räume des Rechts zurückkehrt, warum immer öfter das ›bloße Leben‹ der ›nackten Macht‹ gegenübersteht, dafür wird in diesen Tagen oft das Werk

des italienischen Philosophen Giorgio Agamben bemüht. Sein 1995 veröffentlichtes Werk Homo Sacer... ist in der Tat ein Schlüsselwerk für die Kritik an der Ambivalenz des Rechts. Agambens provozierende These lautet, dass die Rückkehr der Rechtlosen keine Erscheinung der Gegenwart ist. Schon in der Geburtsstunde des Rechts, in der Antike, sei eine Unterscheidung eingeführt worden, die noch heute ihre verhängnisvolle Wirkung entfalte: die Unterscheidung zwischen dem bloßen Dasein und der politischen Existenz, die Unterscheidung zwischen dem rechtlosen Kreatürlichen (zoe) und dem guten Leben (bios). Schon die Antike hat die Person in die Gemeinschaft eingeschlossen, indem sie, wiederum in einem politischen Setzungsakt, ihren Körper als ›bloßes Leben‹ exkommuniziert. Weil der politische Einschluss in die Gemeinschaft auf einem simultanen Ausschluss beruht, ist die Rechtlosigkeit in das Recht schon eingebaut.«

Ganz anders Israel. Israel hat aus der eigenen Geschichte erfahren, was es bedeutet, rechtlos zu sein; im Exodus aus der ägyptischen Sklaverei macht es eine Erfahrung mit Gott, die nicht mehr aus dem Gedächtnis zu löschen ist. Deshalb schärft die Bibel ein: Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen. (2. Mose 23,9)

Wer weiß, wie einem Fremden zumute ist, der darf ihm nicht Unzumutbares zumuten. »Eine legale Person weiß nicht, wie das ist ohne Ausweis«, sagt eine Bosnierin. Und bei Eli Wiesel ist zu lesen: »Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?«

Leben in Illegalität und ruhiger Schlaf können wohl kaum zusammen kommen; es ist ein Aufschrecken ohne Ende und das ist unzumutbares, friedloses Leben.

Noch einmal Thomas Assheuer: »Fast scheint es, als sei mit den neuen Formen entstaatlichter Kriege gleich beides, sowohl ein kosmopolitischer Rechtszustand wie auch eine gerechtere Ökonomie, wieder in weite Ferne gerückt. Dabei hätte eine Weltgesellschaft, die ihren Namen verdient, das zu leisten, was dem Nationalstaat erst nach jahrhundertlangen blutigen Kämpfen gelungen ist. Sie müsste in ihren rechtsfreien Räumen den ›Naturzustand‹ beenden und transnationale Institutionen schaffen, die nicht nur als Papiertiger ihr Dasein fristen und die einflussreich genug sind, um das unbeschreibliche Gerechtigkeitsgefälle der Weltwirtschaftsordnung zu mindern ...

Solange die Aussichten dafür trübe sind, solange Europa nicht über den eigenen Tellerrand schaut und ein politisches Gegengewicht bildet, bleibt nur der Gerichtshof der Weltöffentlichkeit: jener skandalisierende Appell an das Unrechtsgefühl der Völkergemeinschaft, der sich immer noch auf die berühmte Formel Immanuel Kants berufen kann, wonach eine ›Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird.«

Ich freue mich, dass solches Unrechtsgefühl der Völkergemeinschaft in dem Wort aus dem 3. Mosebuch seinen Grund und seinen Ausdruck finden kann. Gottes Ansage im Indikativ ist Basis und Ziel allen Nachdenkens über Migration und Integration: Ich will Frieden schaffen im Lande und ihr werdet ruhig schlafen, ohne dass euch jemand aufschreckt. Das ist Gottes Wille.

Die Umkehr beginnt in unserer Seele

Predigt von Dr. Georgios Basioudis beim Ökumenischen Gottesdienst
in Mannheim-Sandhofen aus Anlass der »Woche« im Jahr 2004

Der Mensch ist was er isst.« Mit diesem Satz hat der deutsche materialistische Philosoph Feuerbach gemeint, dass er mit allen idealistischen Theorien um die menschliche Natur Schluss gemacht hat. In Wirklichkeit aber ist seine These eine reine religiöse Anschauung über den Menschen. Denn die gleiche Anschauung über den Menschen hat schon die Bibel. In der biblischen Erzählung zur Erschaffung der Welt wird der Mensch als ein Wesen, der zuerst Hunger hat und die ganze Welt seine Nahrung ist, dargestellt. »Dann sprach Gott: Hiermit übergebe ich euch alle Pflanzen auf der ganzen Erde, die Samen tragen, und alle Bäume mit samenhaltigen Früchten. Euch sollen sie zur Nahrung dienen« (Gen. 1, 29). Der Mensch muss essen, um zu leben, er muss die Welt in seinem Körper aufnehmen und sie in Menschen, in Blut und Fleisch umwandeln. Tatsächlich, der Mensch ist was er isst und die ganze Welt ist der Tisch eines Gastmahls. Das Bild des Mahls bleibt in der ganzen Bibel das zentrale Bild des Lebens« (Auszug aus dem Buch von

Vater Alexander Schmemmann, Für das Leben der Welt).

Der Mensch, jeder Mensch auf der Erde, hat Hunger und Durst nach Leben, Liebe, Gesundheit, Heil, Fürsorge, Sicherheit. Es ist doch schön über die Mission in anderen Ländern, besonders in Afrika oder Lateinamerika, Berichte zu hören. Es ist schön, dass andere Völker sich zum Christentum kennen. Es ist aber gar nicht so schön, wenn mein Nachbar ein Ausländer ist. Ein schwarzer Afrikaner oder ein Südländer. Es ist überhaupt nicht romantisch. Es ist aber das wirkliche Leben. Es ist tatsächlich sehr oft schwer. Wir hätten als Griechen (oder haben wir inzwischen) die gleichen Probleme wie sie, liebe deutsche Mitbürger, wenn wir in unserer Heimat ähnliche Situationen erleben.

Das ist aber eine Herausforderung für unseren Glauben. Und Glauben bedeutet Vertrauen, Vertrauen zu Gott, dass nichts im Leben zufällig ist. Wenn also unser Land Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, kann es

nicht bloß das Ergebnis einer Politik oder einiger geschichtlichen Entwicklungen sein, sondern hat möglicherweise eine tiefere Bedeutung. Für die Christen ist die Geschichte nicht neutral, sondern ein Feld, durch das Gott zu uns Menschen spricht und seinen Willen äußert.

Nichts ist zufällig. Aber wie kann ich meinen türkischen Nachbarn tolerieren und sogar lieben, wenn er so laut ist, meine indische Nachbarin, wenn sie so komische und schlecht riechende Sachen kocht usw.?

Die Problematik der »unmöglichen Möglichkeit«, einen bestimmten Mensch zu lieben, erfasst sehr genau Vater Alexander Schmemmann, ein orthodoxer Pfarrer und Autor des zwanzigsten Jahrhunderts, in einer seiner Predigten. »Die christliche Liebe ist die »unmögliche Möglichkeit«, in einem Menschen, wer er auch sei, Christus zu sehen. Diesen Menschen, den Gott in Seinem unerforschlichen und ewigen Plan in mein Leben, und sei es auch nur für wenige Augenblicke, geführt hat, hat Er nicht zu mir geführt, um mir Gelegenheit zu einer »guten Tat« oder zu einem Akt der Menschenfreundlichkeit zu geben, sondern um in ihm selbst als Gott eine auf Ewigkeit angelegte Freundschaft zu begründen. Denn was ist die Liebe, wenn nicht jene geheimnisvolle, das Zufällige und Äußere des »Anderen« – sein persönliches Erscheinungsbild, seinen sozialen Rang, seinen ethnischen Ursprung, seine intellektuellen Fähigkeiten – übersteigende Kraft, um zu seiner Seele vorzustoßen, als seiner einzigartigen und einzig-personalen »Wurzel« seines menschlichen Seins, seiner wahrlich göttlichen Seite in ihm? Wenn Gott jeden Menschen liebt, so deshalb, weil Er allein diesen jeden Wert übersteigenden und absolut einzigartigen Schatz, »die Seele« oder »das Person-Sein«, das er jedem Menschen geschenkt hat, kennt. Die christliche Liebe ist somit die Teilhabe an dieser göttlichen Kenntnis und die Gabe jener göttlichen Liebe. Es gibt keine »unpersönliche« Liebe, weil die Liebe die wunderbare Entdeckung der »Person« im »Menschen« ist, des Personalen und Einzigartigen im Gemeinsamen und Allgemeinen. Es ist die Entdeckung dessen, was in jedem Menschen »liebenswert« ist, was in ihm aus

Miteinander Zusammenleben gestalten

Woche der ausländischen Mitbürger

25.09. - 01.10.2005



Motiv von Tanja Hippe,
Studentin an der Fachhochschule Aachen,
Fachbereich Design,
Kontakt:
casse-schlueter@fh-aachen.de

Gott kommt« (Auszug aus dem Buch von Vater Alexander Schmemmann, Die Große Fastenzeit).

Was uns fehlt, was unserer Gesellschaft fehlt ist genau diese »unmögliche Möglichkeit«, etwas zu tun, was nicht durchschnittlich ist; es ist die wahre christliche Liebe, die unserer Gesellschaft fehlt. Und das ist unsere Mission als Christen in dieser Gesellschaft. Wenn wir für die christliche Werte und Traditionen kämpfen wollen, dann sollen wir das richtig tun. Und dafür gibt es nur ein

Weg: dass wir sie in unserem Leben anwenden, egal, was es uns kosten wird!

Was wir als Christen zur Integration der ausländischen Bevölkerung in die deutsche Gesellschaft beitragen könnten, wäre genau diese wahre christliche Sichtweise des »Anderen«, des »Ausländers«, dass wir in ihm ein Ebenbild Gottes sehen könnten, dass wir seine einzigartige Person entdecken, die göttliche Seite seiner Person und dass wir an diese Seite glauben würden.

Die Umkehr, die Metanoia, beginnt in unserer Seele. Sie muss aber auch in Taten umgesetzt werden, damit sie eine wahre Umkehr ist. Die Gesellschaft braucht dringend mehr Menschlichkeit und mehr Zivilcourage. Bitte, INTEGRIEREN STATT IGNORIEREN!

Lazarus – auch heute noch vor unserer Tür

Predigt von P. Dr. Jörg Alt SJ zum Weltflüchtlingstag 2004

Lukas 16, 19-31

Das heutige Evangelium drängt sich für eine holzschnittartige Auslegung zum Tag des Flüchtlings geradezu auf: Armer Lazarus = armer Flüchtling. Reicher Mann = reicher Deutscher. Deutscher Mann ist hartherzig und geizig und kommt deshalb in die Hölle. Flüchtling stirbt zwar, kommt aber in den Himmel. Die Moral von der Geschichte: Lasst es nicht soweit kommen, seid gut zueinander und dann kommt ihr beide in den Himmel.

Aber so einfach ist es ja nicht – denn sonst wäre ja das Engagement von Christen für Flüchtlinge unumstritten. Und das ist es beileibe nicht. Nicht einmal innerhalb der Kirche. Sicherlich kennen Sie Einwände wie die:

Na ja, die Armen, DIE sind in Afrika. Um die muss man sich kümmern. Und dafür spenden wir ja auch an Misereor und Adveniat. Die, die hierher kommen, das sind doch nicht wirklich Arme. Die nehmen uns doch nur die Jobs weg oder kassieren Sozialhilfe, die unseren eigenen Familien und Senioren dann fehlen. Überhaupt sind das alles Schmarotzer und die sollen zurück, wo sie hergekommen sind. Die Kirche jedenfalls tut sich keinen Dienst, wenn sie sich um die da kümmert.

Und doch werden Papst und Bischöfe nicht müde, immer wieder zu betonen, dass auf dem Feld von Flucht und Migration große Herausforderungen liegen. Und viele Argumente von Papst und Bischöfen sind weder dumm noch naiv. Beispielsweise meint Papst Johannes Paul II. zum Tag des Migranten 2004, dass das grundlegendste Recht des Menschen eben nicht das der Auswanderung oder Aufnahme in fremden Ländern sei, sondern, Zitat: »Das primäre Recht ist das Recht des Menschen, NICHT auswandern zu müssen, sondern in Frieden und Würde in seinem Heimatland leben zu können.«¹ Sie merken: In dieser Sache ist der Papst einer Meinung mit den Stammtischen und Neonazis! Sie ahnen aber sicherlich auch: Papst und Neonazis sprechen diesen Satz auf völlig verschiedenen Hintergründen aus. Und da wir katholisch sind, halten wir uns lieber an den Papst.

Der Hintergrund der päpstlichen Aussage ist die Welt, wie sie nun mal ist: Krieg und Bürgerkrieg, zum Teil gesponsert und genährt mit Waffen, die wir produzieren und exportieren. Ar-

mut, die auch existiert, weil wir unsere Märkte abschotten und unsere Exporte derart subventionieren, dass einheimische Erzeugnisse vor Ort dagegen nicht ankommen. Klimaveränderung, zu der auch wir mit unserem Konsum- und Mobilitätsverhalten beitragen.

Leider ist genau dies nicht das, was in der Flüchtlingspolitik und der darauf bezogenen öffentlichen Debatte bei uns eine Rolle spielt, und jetzt muss ich doch eine Breitseite auf Politik und Gesellschaft ablassen.

Die Politik hört nicht auf, der Bevölkerung einzureden, dass die meisten der Menschen, die zu uns kommen, tatsächlich nur Missbrauchsflüchtlinge sind. Diese Menschen gelte es abzuschieben und abzuwehren. Der letzte Vorstoß in diese Richtung war im Sommer 2004 Minister Schilys Vorschlag, nordafrikanische Abfänglager zu errichten, um Flüchtlinge vor der Überquerung des Mittelmeers abzuhalten. Ich weiß ja nicht, ob Minister Schily ernsthaft an den »Erfolg« dieser Idee glaubt, denn: Jeder, der es sich leisten kann, wird einfach um diese Lager herumlaufen und trotzdem versuchen, direkt in die Europäische Union zu kommen. Die Einzigen, denen dieser Vorschlag nützt, sind die Schleuser, die diese Umwege organisieren und fett daran verdienen werden. Plumpe Vorschläge wie diese suggerieren aber, dass es in der globalen Welt tatsächlich so einfach möglich ist, die Guten von den Schlechten zu trennen. Und dass es dagegen einfache Handlungskonzepte gibt. Kein Wunder, dass es Gruppen gibt, die dies aufgreifen und nochmals radikalieren. Und dann fin-

de ich es unverschämt, wenn die Biedermänner »Huch« schreien und sich laut fragen, wie es dazu kommen konnte.

Es IST viel komplizierter, denn bekanntlich kennt Not kein Gebot. Die reichen Staaten mögen es für illegal erklären, wenn man ohne Erlaubnis in die Europäische Union einreist. Und doch kann genau dies legitim und gerechtfertigt sein: Denn was ist schlecht und verboten daran, ein Leben in Sicherheit zu suchen, einen Job, um seine Familie zu ernähren, zu arbeiten statt zu hungern oder zu warten, bis die Entwicklungshilfe kommt oder kriminell zu werden? Dieses Tun ist so legitim wie das »Fringsen« nach dem zweiten Weltkrieg: Sie erinnern sich: Damals haben frierende Menschen in Köln Kohlen von Eisenbahnwaggons gestohlen, was streng verboten war. Der Kölner Kardinal Frings aber meinte, dass alles erlaubt ist, was Menschen vor dem Hungern und Frieren rettet. Denn der Maßstab von jedem Recht, von jeder Moral ist der Mensch in seiner Würde.

Auf diesem Hintergrund sind Flüchtlinge keine Schmarotzer. Es sind Menschen, die vor Zuständen fliehen, die auch wir inakzeptabel finden würden. Wählen Sie sich willkürlich einen Flüchtling aus, und hören Sie sich seine Geschichte an. Dann entscheiden Sie, ob Sie unter dessen Umständen in dessen Heimatland leben wollten. Und wenn Sie dies nicht wollen, dann greift automatisch das Gebot Jesu: Was du willst, das dir die Menschen tun, das tue auch du ihnen (Mt. 7,12).

Flüchtlinge sind kein Problem. Flüchtlinge sind Symptome von Problemen. Die Auswirkungen weltweiter Ungerechtigkeiten und Katastrophen reichen inzwischen – und jetzt kommt's – bis zu unserer eigenen Haustür. So betrachtet ist der Flüchtling, der vor uns steht oder, falls er gerade mal wieder zusammengeschlagen wurde, vor uns liegt, tatsächlich Lazarus, um den wir uns kümmern sollten.

Eigentlich sollten wir dankbar sein für diese Symptome. Denn sie zeigen, wie dringend wir zum Handeln aufgefordert sind, damit die globalen Zustände sich nicht weiter verschlimmern. Dies wiederum bedeutet im Umkehrschluss: Wenn wir Lazarus helfen, erweisen wir auch uns selbst einen großen Dienst. Wir tragen dadurch bei zu einer gerechteren, friedlicheren und stabileren Welt, von der schließlich auch wir profitieren.

Auf diesem Hintergrund sind Christen, die mit Flüchtlingen arbeiten, keine Randexistenzen, die die Kirche von ihrer eigentlichen Verkündigungsaufgabe abhalten. Diese Christen sind vielmehr jene, die den Wesenskern der christlichen Botschaft leben, die dafür sorgen, dass unsere Glaubensverkündigung glaubwürdig ist. Denn jeder kann sagen: Ich liebe meinen Bruder in Afrika, der aber vor meiner Tür verdient meine Hilfe nicht. Das ist nicht im Sinne Jesu. Tue das eine, ohne das andere zu lassen.

Christen, die mit Flüchtlingen arbeiten, sind Realisten. Sie verstehen, was es heißt, in einer globalen Welt zu leben. Think globally, act locally ist eines der Schlagworte der Globalisierung. Das gilt eben nicht nur für die Finanzordnung, sondern auch für die Migrationspolitik in all ihren Facetten. Christen, die hier tätig sind, scheuen nicht die Auseinandersetzung mit komplexen Fragen unserer Weltordnung, sondern wehren sich gegen platte Vereinfachungen und dumpfe Demagogie, die gerade in den letzten Wochen und Monaten wieder Hochkonjunktur in diesem unserem Land hat.

Christen, die mit Flüchtlingen arbeiten, sind die letzten, die behaupten, dass NUR die Flüchtlinge hilfsbedürftig sind. Sie wissen, dass auch andere Menschengruppen in unserem Land reale Probleme haben. Etwa dort, wo 30 Prozent Arbeitslosigkeit herrscht, wo die Kaufkraft von Löhnen und Renten sinkt, wo Kinderreichtum ein Armutsrisiko ist oder wo Verunsicherung durch den Umbau unseres Sozialsystems besteht. Sie wehren sich aber, das Eine gegen das Andere auszuspielen und Flüchtlinge zu Sündenböcken für alle anderen Missstände zu machen. Denn: Wenn »alle Ausländer raus« wären, würde sich die Situation nicht bessern, sondern würden neue Sündenböcke gesucht, etwa »die Alten« oder »die Spasties« oder wer sich sonst anbieten würde.

Christen, die mit Flüchtlingen arbeiten, sind keine Gesetzesbrecher, sondern, im Gegensatz zu vielen anderen, besonders gesetzestreu, gar Verfassungspatrioten: Sie sorgen dafür, so die deutschen Bischöfe, dass der Rechtsstaat seinen Grundlagen treu bleibt.² So lange in Artikel 1 des Grundgesetzes steht: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, gilt dies eben nicht nur für den deutschen oder weißhäutigen Menschen, sondern für alle Menschen.

Christen, die mit Flüchtlingen arbeiten, haben kapiert, dass hier ein wichtiger

Testfall für die Gesellschaftsordnung der Zukunft liegt: Wollen wir eine Welt, in der die Menschenwürde Maßstab für den Umgang miteinander ist? Oder gehören wir zu denen, die bejahen oder auch nur zulassen, dass Ausgrenzung und Neid zunehmen? Und dass das Finanzkapital besser geschützt ist als die Würde des Menschen? Diese Fragen stellen sich jedem von uns. Denn wir sind nicht nur das Volk. Wir alle sind Menschen.

Das Klima wird rauer weltweit und in diesem Lande. Umso wichtiger, dass die immer weniger werdenden Vernünftigen zusammenhalten.

1 »As regards immigrants and refugees, building conditions of peace means in practice being seriously committed to safeguarding first of all the right not to emigrate, that is, the right to live in peace and dignity in one's own country.«

2 »Wenn die Kirche die grundlegenden Menschenrechte auch von Ausländern ... anmahnt, stellt sie deshalb nicht die Grundlagen des Gemeinwesens in Frage. Sie erinnert vielmehr an die Maßstäbe, die für seine Identität und seinen Zusammenhalt gültig sind und wirkt gerade durch ihre kritisch-konstruktiven Äußerungen staatstragend und loyal gegenüber dem Gemeinwesen Es geht hier nicht um eine Sondermeinung der Kirche. Das Menschenbild, das unserer Verfassung zugrunde liegt, gründet in der jüdisch-christlichen Glaubenstradition. Der Staat und die Gesellschaft brauchen das Fundament von Grundwerten, die dem staatlichen und gesellschaftlichen Handeln verpflichtende Vorgaben sind, und die der Staat nicht selber schafft. ... Die eben genannten Grundwerte haben die Würde des Menschen zum Mittelpunkt.« (Deutsche Bischofskonferenz: Leben in der Illegalität, 21.5. 2001, S. 39 und 35f.)

Gottes Haus der lebendigen Steine

Predigt zur Kreissynode 2004 von Martin Autschbach

Der Friede unseres Herrn Jesus Christus, die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen.

Liebe Schwestern und Brüder, ich lese den für morgen, den 2. Sonntag nach Trinitatis, vorgeschlagenen Predigttext aus dem Epheserbrief, Kapitel 2, die Verse 17-22:

Eph 2, 17-22

- 17 Und er kam und »verkündete Frieden« – »euch den Fernen und Frieden den Nahen«.
18 Denn durch ihn haben wir beide den Zugang zum Vater in einem Geiste.
19 So seid ihr also nicht mehr Fremde und Beisassen, sondern Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes,
20 Erbaut auf dem Fundament der Apostel und Propheten, wobei der Schlussstein Christus ist;
21 In ihm wächst der ganze Bau festgefügt zu einem heiligen Tempel im Herrn;
22 In ihm werdet auch ihr miterbaut zur Wohnung Gottes im Geist.

Unsere Gesellschaft hat sich längst aufgespalten in Krisengewinnler und Modernitätsverlierer. In einer solchen Zeit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Nahen und Fernen in unserer Kirche auf neue, höchst aktuelle Weise:

Orientiert sich die Kirche in dieser eskalierenden Krise – gemäß der Devise »das Hemd ist mir näher als die Hose« – an den Kreisen, von denen sie finanziell primär getragen wird? – Das sind im Blick auf die Kirchensteuer anteilmäßig klar die höheren Einkommensgruppen.

Wird die Kirche also Service- und Sinnvermittlungsagentur für diejenigen, die wirtschaftlich noch im Rennen sind oder immer besser ins Rennen kommen? (gemäß der Devise: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?!?).

Konzentrieren sich unsere Gemeinden auf das so genannte »Kerngeschäft«, auf statistisch noch vor kurzem positiv evaluierte Kernleistungen wie Gottesdienst, Abendmahl, Kasualien und vielleicht noch Seelsorge in Krisensituationen und ziehen wir uns Schritt für Schritt aus so genannten »erweiterten Angeboten« auf gemeindlicher, kreiskirchlicher oder sozial-diakonischer Ebene eher zurück?

Mit anderen Worten: Schrumpft sich die Kirche zu einem ökonomisch effektiven Unternehmen »gesund«, das mit wenigen professionellen Hauptamtlichen und möglichst vielen Ehrenamtlichen sowie »verschlinkter« Verwaltung eine geistliche Grundversorgung und Notfallseelsorge am besten vor Ort gewährleistet?

Natürlich würde dies auf eine »Kirche der Nahen« hinauslaufen, eine Kirche, die Gefahr läuft, zum Haus der sich selbst feiernden Kerngemeinde zu gerinnen: anspruchsvoll im Niveau, gediegen in der Außendarstellung, vielleicht etwas unzugänglich für nicht Eingeweihte, etwas fremdartig in ihren Ritualen für sporadische Zaungäste.

Eine Kirche, die mit sich in Frieden lebt und stromlinienförmig im Mainstream mitschwimmt, stets darauf bedacht, ihr Klientel sorgsam zu sichern.

Unmerklich könnte sich zwar ihr Schlussstein aus dem Deckengewölbe verabschieden, aber gespenstisch genug: Es fällt keinem der »Daringeblienen« die Decke auf den Kopf, denn der äußere Bau bleibt ja stehen und die, die übrig sind, »ruhen in Frieden« – niemand stört sie.

Miteinander Zusammenleben gestalten.
Zeichen senden.



Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche

Motiv von Stephanie Ahlers, Studentin an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design, Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Zeichen senden« ist als Postkarte (vierfarbig) erhältlich (1-49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax 069 / 23 06 50

Aber kehren wir aus diesem »virtuellen«, sicherlich überzeichneten Szenario einer geschlossenen Gesellschaft »Rest-Gemeinde« zum Modell des Epheserbriefes zurück, zum wachsenden Haus lebendiger Steine.

Entwerfen wir die Gegenvision:

Wenn es uns gelingt, gerade in Krisen vor Ort die Perspektive des Gekreuzigten durchzuhalten, was heißt: die Welt von unten zu sehen, mit dem Mut der Aufgerichteten, mit dem Optimismus der Ohnmächtigen – der aus freier Gnade in Gottes Nähe Gerufenen – dann ist nicht der Rückzug auf Kerngemeinde und Kerngeschäft, sondern ein geistlich-diakonisches Investitionsprogramm angesagt.

Langfristig sichern wir unsere Strukturen, wenn sich das Haus der lebendigen Steine nicht zur Fliehbürg verschanzt, sondern wenn sich Kirche gerade in der Krise öffnet, so dass der Herr dieser Kirche, der Menschensohn, einmal sagen wird:

- Ich war hungrig, ihr habt mir zu essen gegeben, ich war Flüchtling, ihr habt mich beraten und euch gegen meine Abschiebung eingesetzt.
- Ich war längst aus der Kirche ausgetreten und als ich schwerkrank wurde, habt ihr mich wie selbstverständlich besucht und angenommen.
- Ich war hochverschuldet und ihr habt meine chaotischen Verhältnisse geordnet.
- Ich war arbeitslos und ihr habt mich in Projekte eingebunden, die meinem Leben Sinn gaben.
- Ich war mir mit 17 sicher, diese Welt braucht mich nicht, und ihr habt eine Religionslehrerin an meine Schule geschickt, die das ganz anders sah und sich um mich gekümmert hat.
- Ich konnte das Vaterunser noch nicht einmal auf russisch, geschweige denn auf deutsch und ihr habt tatsächlich einen Pfarrer in eurer Gemeinde, der hat sich zum Taufgespräch unserer Tochter alle Zeit der Welt genommen.
- Ich war alleinerziehende Küsterin und als der Kirche das Geld ausging, habt ihr solidarisch einen Teil eures Gehalts abgezweigt und an mich gezahlt und ich habe meine Arbeit behalten.

Wir könnten dieses offene Haus der lebendigen Steine, die von Christus her und auf Christus zu wachsen, mühelos weiterzeichnen.

Wahrscheinlich verlangt diese innere Strukturreform der Kirche – nicht zu ei-

nem florierenden Unternehmen, sondern zu einer gerechten Solidargemeinschaft, vielleicht verlangt eine Kirche für die ganz Anderen mehr Phantasie von unten als finanzielle Einschnitte von oben.

Wenn wir uns – wie die ersten Zuhörer des Predigttextes – als Gemeinschaft der Nahen und der ganz Fernen angesprochen fühlen, dann müssen wir sorgfältig wahrnehmen und genau hinhören – und in allen anstehenden Entscheidungen die in den Blick nehmen, die von der Kirche wenig erwarten, die am wenigsten laut auf sich aufmerksam machen, die die schlechteste Lobbyarbeit leisten und deshalb zuerst außen vor sind.

Uns allen – Nahen und Fernen – ist der Frieden Christi angesagt:

- quer durch unsere Frömmigkeitsstile und religiösen Prägungen,
- quer auch durch unsere Funktionen und Aufgabengebiete,
- der Friede Christi als Geschwistergeist,
- als Familiensinn der Menschen, die schon im Haus der Zukunft wohnen,
- die Schwache in die Mitte nehmen und Lasten auf den Schultern der Starken verteilen,

Bausteine für die Liturgie

Eingangspsaln: Psalm 68

Singet Gott,
lobsinget seinem Namen!
Macht Bahn dem, der durch die Wüste einherfährt;
er heißt HERR. Freut euch vor ihm!
Ein Vater der Waisen und ein Helfer der Witwen
ist Gott in seiner heiligen Wohnung,
ein Gott, der die Einsamen nach Hause bringt,
der die Gefangenen herausführt, dass es ihnen wohlgehe;
aber die Abtrünnigen lässt er bleiben in dürrer Lande.
Gelobt sei der Herr täglich.
Gott legt uns eine Last auf,
aber er hilft uns auch.
(V 5-7, 20f)

Klage

Gott, tausendfach suchen wir Wege dorthin, wo das Leben besser sein soll.
Tausendfach sind wir allein, schutzlos, resigniert, erschöpft.
Doch du, Gott, bist bei uns, wohin uns auch die Sehnsucht nach besserem Leben führt.
Wir erfahren Stärkung, Ermutigung, Schutz, Gemeinschaft – tausendfach.
Wir finden Wege dorthin, wo das Leben besser ist – tausendfach.

Vera Sabine Winkler, in: (Hg): Rosenstock, Köhler, Du Gott, Freundin der Menschen, Stuttgart 1991, S. 49

- die in Krisen zusammenwachsen und nicht weichen
- die Teilhabe und Gerechtigkeit einfordern und selbst praktizieren,

uns allen ist ein Frieden angesagt, der uns versöhnt mit denen, die uns fremd sind.

In den Fernen kommt uns der nahe, von dem es im Epheserbrief heißt:

»Lasst uns aber wahrhaftig sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken zu dem hin, der das Haupt ist, Christus, von dem aus der ganze Leib zusammengefügt ist.«

Und der Friede Gottes, der höherer ist als alle unsere Vernunft, der bewahre unsere Herzen und Sinne in Jesus Christus.

Amen.

■ *Martin Autschbach, Auszug aus der Predigt zum Gottesdienst der Sommersynode in Daaden am 19.06.2004*

■ Kontakt:
Schulreferent Pfarrer Martin Autschbach,
Kirchenkreise Altenkirchen und Wied
Stadthallenweg 16
57610 Altenkirchen/Ww
E-Mail: schulreferat@kk-ak.de

Dank

Wir danken dir, Gott,
dass du mit uns unterwegs bist
als Begleiter in Not und in Gefahr.
Du hilfst weiter, wo wir Menschen
keinen Weg sehen.
Du hast uns nicht den Geist der Furcht
gegeben,
sondern den Geist der Kraft
und der Liebe und der Besonnenheit.
(2. Tim 1,7)

Gebet

Du Gott ohne Grenzen,
vor dir wollen wir
unsere Gedanken und Träume ernst
nehmen.
Dir können wir auch
unsere Ängste und Zweifel sagen.
Denn du kennst uns durch Jesus
Christus.

Hanne Köhler, in: Rosenstock, Köhker,
Du Gott, Freundin der Menschen, Stuttgart 1991,
S. 83

Fürbitten

Gott, unser Vater und unsere Mutter,
du Gott der Sehnsucht wirst Mensch.
Du fliehst die Kälte einer glorreichen Einsamkeit.
Du wählst unser Leben und frierst als Kind in einem Stall.
Du fliehst vor der Macht des Schwertes nach Ägypten, wie so viele deiner
Brüder und Schwestern bis auf den heutigen Tag geflohen sind.
Du teilst mit den meisten Menschen die Erfahrung, dass das Brot und
das Wasser, das Dach über dem Kopf und das Herdfeuer, die Ruhe des
Lebens und des Sterbens nicht selbstverständlich gegeben sind.
Du hast bis zum Blutschweiß mit uns die Angst vor dem Tod geteilt.
Deine Heiligen haben mit dir die Angst vor der Folter und dem Tode geteilt.
Deine Sehnsucht nach uns treibt dich bis in unser Brot und unseren Wein.
Du gehst mit denen, die Kaffee ernten und ihr Leben zum Geschenk machen
für die Armen.
Nichts ist mehr bedeutungslos, seit du Mensch geworden bist.
Nicht die Angst der Menschen, nicht das Brot der Menschen,
nicht die Sicherheit der Menschen, nicht, ob Krieg ist oder Frieden,
nicht, ob einer gefoltert wird oder frei lebt, nicht, ob einer weint oder
einer glücklich ist.
Lehre uns schätzen, was du schätzt:
das Brot, den Frieden, die Freiheit, die Wärme, unser Wasser,
die Reinheit unserer Herzen und unsere Kraft für das Leben.
Lehre uns, was wir am meisten brauchen:
die Achtung vor unserer eigenen Würde,
dass wir unsere Kraft schätzen und sie nicht vertun,
dass wir keinen Schmerz verachten, auch unseren eigenen nicht,
dass wir uns selber nicht verraten, indem wir anderen das Leben nehmen.
Sei unser Herr, korrigiere unsere unwürdigen Absichten und lenke
unsere Wünsche, dass sie auf das Leben gehen und nicht auf den Tod.
Gott, unsere Schwester, Gott, unser Bruder,
lass dich nicht vertreiben durch unseren Verrat.
Bleibe bei uns im Leben und im Sterben.

Dorothee Sölle, in: Rosenstock, Köhker, Du Gott, Freundin der Menschen, Stuttgart 1991, S. 114f

■ Aus: Bausteine für die »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche 2004«
vom Evangelischen Kirchenkreis Nahe/Glan

Fürbitten mit Gabengang

»Gottesdienst der Nationen« während des Katholikentags 2004 in Ulm

*Die einzelnen Sprecher bringen die
genannten Gegenstände nach vorn,
halten sie für die Gottesdienstteilnehmer
gut sichtbar in die Höhe, sprechen
ihre Bitte und legen ihren Gegenstand
dann am Altar ab.*

Priester: Gott unser Vater, du hast alle
Menschen – ohne Unterscheidung
nach Alter, Hautfarbe, Nationalität,
Geschlecht oder Lebensumstände –
nach deinem Bild erschaffen und ih-
nen unzerstörbare Würde verliehen.
Wir rufen zu dir:

1. In meinen Händen halte ich eine Bi-
bel, die Frohe Botschaft Gottes an die
Menschen.

Ich bitte für unseren Papst, die
Bischöfe und Priester, Diakone und
Ordensleute sowie für alle Frauen
und Männer, die in unseren Gemein-
den Verantwortung tragen:

Dass sie im Vertrauen auf Gottes
Nähe die Frohbotschaft von der Lie-
be und vom Frieden unerschrocken
verkünden, den Menschen dienen
und so beitragen, dass sich in unserer
Kirche die Menschen aus allen Völ-
kern, Rassen und Sprachen rund um
die Erde wie eine große Familie ge-
borgen wissen dürfen.

(in albanischer Sprache)

2. Ich bringe einen Korb mit verschiede-
nen Obstsorten zum Altar; sie sind
ein Zeichen für die Vielfalt menschl-
ichen Lebens auf der einen Erde.

Ich bitte für die Einheimischen und
die Menschen, die als Zuwanderer in
unser Land gekommen sind:

Dass wir gegenseitig unsere ver-
schiedenen Lebenskulturen achten,
für vielfältige Begegnungen offen
sind und mitwirken am Aufbau einer
neuen Kultur der gegenseitigen Wert-
schätzung und Solidarität.

(in eritreischer Sprache)

3. Auf dem Bild, das ich hier zeige,
sind zwei Hände dargestellt, die sich
begegnen; eine schwarze und eine
weiße Hand.

Ich bitte für unsere ausländischen
Arbeitnehmer und ihre Familien:

Dass sie in dieser schwierigen Zeit
nicht durch Vorurteile, Ungerechtig-
keit und Unmenschlichkeit an den
Rand unserer Gesellschaft gedrängt

werden und dass die Kinder und Jugendlichen eine gute Ausbildung und einen Arbeitsplatz erhalten, der ihren Fähigkeiten entspricht.

(in polnischer Sprache)

4. Ich bringe eine junge Pflanze zum Altar; sie steht für Hoffnung und neues Leben.

Im Blick auf den Weltflüchtlings-tag am Sonntag bitte ich für alle Menschen, die als Flüchtlinge aus anderen Ländern bei uns Zuflucht und Lebenschancen suchen:

Dass wir Verständnis für ihre Nöte und Ängste zeigen, solidarische Aufnahme und Unterstützung anbieten und ihnen die Integration durch tatkräftige Hilfe erleichtern.

(in portugiesischer Sprache)

5. In meinen Händen halte ich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland; es garantiert Recht und Ordnung für jedermann.

Ich bitte für alle Politiker und die Verantwortlichen in den Behörden, in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt:

Dass sie sich in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen für die Achtung der Menschenwürde, die Wahrung der Menschenrechte und die Verwirklichung von Gerechtigkeit gegenüber jedermann einsetzen.

(in slowenischer Sprache)

6. Ich bringe ein Bild des Regenbogens mit; er ist ein Zeichen des Bundes Gottes mit den Menschen, ein Symbol des Friedens.

Ich bitte für die Verantwortlichen in den Krisengebieten unserer Welt:

Dass sie einen umfassenden Lebensschutz der Bevölkerung gewährleisten, sich um die Versöhnung der Völker bemühen und für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung einsetzen.

(in spanischer Sprache)

7. In meinen Händen halte ich ein Kreuz, das Hoffnungszeichen der Christenheit.

Ich bitte dabei für die Völker Europas:

Dass sie die religiös-sittlichen Werte des christlichen Menschenbildes als prägendes Element ihrer Geschichte anerkennen und als Grundlage für die Vollendung ihrer Einheit achten und pflegen.

(in ungarischer Sprache)

8. Ich bringe einen Globus zum Altar; er zeigt unsere Welt, Gottes gute Schöpfung.

Ich bitte für die Menschen und Völker der einen Welt:

Dass wir die Trennung zwischen den armen und reichen Ländern überwinden, dem wirtschaftlichen und sozialen Verfall der armen und hochverschuldeten Länder entgegenwir-



Motiv von Verena Mainz, Studentin an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design
Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

ken und so allen Menschen eine gute und gesicherte Zukunft eröffnen.
(in vietnamesischer Sprache)

Priester: Gott, wir preisen dich in allen Sprachen. Du hast uns in Jesus Christus dein menschenfreundliches Antlitz gezeigt. Durch ihn danken wir dir jetzt und in Ewigkeit. Amen.

Ökumenisches Erntedankfest mit Kindern in Jena-Lobeda

Die Kirche ist traditionell mit Früchten geschmückt, jedoch farblich als große Streifen Regenbogen vom Altar ins Kirchenschiff führend sortiert. Eingeladen wurden vorher die Asylbewerber, die neuerdings in einer Gemeinschaftsunterkunft in unserem Wohngebiet leben. Sie entschlossen sich jedoch erst zum anschließenden Gemeindefest ins Gemeindehaus zu kommen. Der Gottesdienst und das Fest wurden gemeinsam mit der katholischen Gemeinde vorbereitet. Es ist ein Familiengottesdienst mit vielen Kindern.

Pastorin: Ich habe heute eine Zauber- kugel mitgebracht (Prisma), die habe ich zu Hause im Fenster hängen. Wenn ich lange keinen Regenbogen gesehen habe, kann ich mir damit einen zaubern. Die Zauber- kugel kann nämlich das Unsichtbare sichtbar machen: sie nimmt das Licht auseinander. Einzeln werden die Farben sichtbar. So wird die oft unsichtbare Zuwendung Gottes sichtbar in den Farben:

Rot

Kinder zeigen rote Früchte und Bänder (jedes Kind bekam am Eingang ein farbiges Band vom Regenbogen) Die Farbe der Liebe. Aus der Liebe Gottes ist alles hervorgegangen. Die Farbe des Lebens, des Blutes.

Orange

Kinder zeigen Bänder und orangefarbene Früchte

Rot mischt sich mit Gelb. Das geschaffene Leben wird durchglüht vom Licht. Wo das bei uns geschieht, spiegelt sich etwas wider von der Art Jesu, Leben zu schützen und zu bewahren.

Gelb

Die Farbe der Sonne. Helligkeit breitet sich aus. Ein reifes Ährenfeld ist gelb. Die Sonne ist darin wieder zu erkennen. Gelb: die Farbe der Reife, der Ernte.

Grün

Kinder winken mit grün...
Die Farbe des Wachstums, der Hoffnung.

Blau

Die Farbe der Klarheit und Tiefe. Im klaren Wasser spiegelt sich die Tiefe

Bläue des Himmels. Die Tiefe des blauen Himmels weckt in uns die Sehnsucht nach dem, der Leben gegeben hat und gibt.

Dunkelblau

Die Farbe der dunklen Nacht. Sie erinnert an alles Dunkle, an das, was uns Sorgen macht, Traurigkeit und Tod. An Angst. Auch an die Angst, wir könnten am Ende doch mit unserer ganzen Welt vom Dunkel verschlungen werden.

Die dunkle Farbe mahnt uns, die nicht zu vergessen, die im Dunkeln sind, in Armut, Hunger, Elend, Krankheit, Krieg. Diese Farbe erinnert uns auch an unsere Schuld.

Violett

Die Farbe der Tiefe und Klarheit mischt sich mit der Farbe der Nacht und des Lebens. Himmel und Erde, Leben und Tod berühren sich, mischen sich, grenzen aneinander und durchdringen sich.

Vielfältig ist die Wirklichkeit des Lebens. Wärmend schön, aber auch tief, dunkel, rätselhaft.

Hier liegt der Regenbogen vor uns, als Früchte! Der Bogen kommt zu uns, in den Früchten! In jeder Frucht schmecken wir, wie Gott zu uns ist, auch wie bunt und verschieden. Die Vielgestaltigkeit der Erde, die Buntheit kommt in der Vielfalt der Früchte direkt zu uns!

Gott hat nicht irgendwohin einen Bogen gestellt, der uns nicht weiter betrifft, sondern der Regenbogen kommt direkt zu uns, spiegelt sich sozusagen in den Früchten der Erde.

Eine unvorstellbare Weite über unserem oft so begrenzten Horizont! Heute sagen wir dafür Danke!

Stellvertretend für uns alle können die Kinder jetzt hier ihre Bänder anbinden! Zusammen singen und tanzen! (Lasst uns miteinander...)

Die Kinder hängen ihre Bänder (vom Eingang) an einen großen Reifen im Altarraum und führen einen kleinen Tanz auf.

Etwas ist vom Himmel gefallen! Etwas berührt Himmel und Erde: der Regenbogen! Er ist Sinnbild für Gottes bleibende Zuwendung für uns! Amen.

Gebet um Lebensfarben

Gott, du Schöpfer und Quelle allen Lebens, in unserem Leben gibt es viel Alltagsgrau.

Wir bitten dich um die Lebensfarben in uns, damit unser Leben mit dir und den Menschen besser gelingen kann.

Gott, gib uns viel vom Gelb des Lichtes für die Dunkelheiten erfahrenen Leides und Unrechts in dieser Welt. Wir denken an die Orte des Krieges und der Diktatur, aber auch an die wachsende Armut in unserem Land und die erfahrene gleichgültige Blindheit für nötige Veränderungen eines friedlichen Miteinanders in dieser Welt.

Gott, gib uns von der wandelnden und heilenden Kraft des Orange, welches Wunden heilt, unterkühlte Herzen erwärmt und demokratische Veränderungen wie in der Ukraine unterstützt. Schenke den Mut zum Neuanfang und zur wandelnden Begegnung zwischen Menschen verschiedener Kulturen.

Gott, gib uns vom Grün der Hoffnung gegen Resignation und Ausweglosigkeit. Öffne uns für die schöpferische Kraft des Wachsens und Reifens in Gelassenheit.

Lass uns innehalten und aufmerksam deine Gegenwart wahrnehmen, um den Versuchungen zerstörerischer Kräfte zu widerstehen.

Gott, gib uns vom Rot der Liebe, um davon wieder austeilen zu können.

Du bist die Liebe, die uns über alle Grenzen miteinander in deinem Geist verbindet und Fremdheit überwindet. Lass uns im Fremden den Bruder und die Schwester erkennen, die mit uns auf dem Weg sind.

Gott, gib uns vom Blau des Glaubens, welcher Berge versetzt.

Befreie uns aus den falschen Ängsten um unseren Besitz und unsere Sicherheit. Schenke uns die Zuversicht, Lebensentscheidungen im Licht Deines Wortes zu treffen und zu leben.

Gott, gib uns vom Violett der Buße für Wege zur Umkehr und zum Neuanfang. Schenke uns den Mut zu Veränderungen, wo uns lebensfeindliche Handlungsmuster bestimmen.

Lass uns den Weg deiner Gerechtigkeit gehen, welcher das Leiden in dieser Welt annimmt und überwindet.

Gott, gib uns vom Braun der Erde für Beständigkeit und Ausdauer.

Lass uns in dir verwurzelt sein, um den Stürmen dieser Zeit zu widerstehen.

Öffne unsere Herzen in Ehrfurcht für die Wunder deiner Schöpfung.

Gott, gib uns ein wenig von allen Farben, denn buntes Leben lebt sich leichter. Öffne uns für den Reichtum unserer Kulturen und Sprachen und lass uns in unserer Verschiedenheit einander achten und begegnen.

Gott, zeige uns ab und an einen Regenbogen, damit wir wissen: Du bist da! Amen.

von: Pastorin Antje Leschik

Städte und Gemeinden

Bunte Farbtupfer in einer einheitsgrauen Welt

Die »Nanas« des Caritas-Ateliers »Regenbogen« sind ein Renner in der Hertener Geschäftswelt

Anita Rüffer

Willst du im laufenden Jahr ein Ergebnis sehen, so säe Samenkörner. Willst du in zehn Jahren ein Ergebnis sehen, so setze Bäume. Willst du das ganze Leben lang ein Ergebnis sehen, so entwickle die Menschen.» So lautet eine chinesische Weisheit, die das vom Caritasverband Hertener getragene »Atelier Regenbogen« zur Grundlage seiner Arbeit gemacht hat. Von den etwa 70.000 Einwohnern in Hertener sind 11,5 Prozent ausländischer Herkunft. »Integration« ist in der Bergbaustadt auch in Zeiten des sozialen Niedergangs kein Fremdwort. Kriemhild Schmülling, Projektleiterin des »Atelier Regenbogen«, ist eine von denen, die mit anpacken.

Der Name des Ateliers verpflichtet: Ebenso bunt wie die Menschen, die hier arbeiten, sind die Produkte, die sie herstellen. Kreativität gehört zu den Grundtugenden, die hier gepflegt werden. Damit hat es das »Atelier Regenbogen« weit gebracht: Der absolute Renner in der Region sind die großen, bunt angemalten Pappmaché-Figuren im Stil der Niki de St. Phalle. Bei Adventsmärkten kommen sie als Nikoläuse daher. Als exotische Schönheiten, Micky Mäuse oder englische Bobbies dienen sie immer mehr Einkaufsmärkten als Dekoration.

Entstanden ist das »Atelier Regenbogen« aus der Migrationsarbeit. Kriemhild Schmülling beriet Aussiedler und Flüchtlinge und spürte: »Wir müssen für die Männer im Asyl mehr machen. Deren Selbstwertgefühl entsteht über die Arbeit.« Mit afrikanischen Asylbewerbern fing sie 1995 an, alte Möbel aus Haushaltsauflösungen aufzuarbeiten und Dekorationen für Veranstaltungen herzustellen. Und die Männer halfen bei Umzügen, was ihnen in der Bevölkerung Anerkennung einbrachte.

Im Jahr 2000 bezog das Atelier eine alte Schule und richtete die Räume als Werkstatt her. Das Konzept, Trödel aufzuarbeiten und zu verkaufen, ging allerdings mangels Kundeninteresse nicht auf. Der Trödel wird seitdem verwandelt in hochwertige Dekorationen und originelle Kunstobjekte. Neben Aussiedlern und Flüchtlingen sind jetzt auch Teilnehmer aus dem Programm »Arbeit statt Sozialhilfe« und Praktikanten aus Bildungseinrichtungen dabei. Auch einige ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich.

Über die Arbeit versuchen die Menschen ihr schwieriges Leben wieder in den Griff zu bekommen. In einem geschützten Umfeld lernen sie Kreativität, Toleranz, Zuverlässigkeit und die Arbeit im Team. Ganz nebenbei verbessern sie ihre Sprachkenntnisse. Fähigkeiten, die sie brauchen, wenn sie an Förderungsmaßnahmen des Arbeitsamtes teilnehmen oder sogar auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen. Die Hindernisse dafür sind groß: Manche Mitarbeiter haben Suchtprobleme, andere sind schon mal straffällig geworden. Viele haben auch keine gesicherte Aufenthaltserlaubnis und fehlen plötzlich, weil sie abgeschoben wurden. Seit Anfang 2000 waren etwa 400 Mitarbeiter aus mehr als 30 Herkunftsländern im Atelier beschäftigt. Derzeit sind

es an die 50. Neu ist ein Nähatelier für junge türkische Frauen, die ein eigenständiges Leben führen wollen.

In der Öffentlichkeit ist das »Atelier Regenbogen« eine feste Größe. Ein weit verzweigtes Kooperationsnetz mit Kirchengemeinden, Behörden, Ärzten, Geschäftsleuten, Politikern, Hilfs- und Bildungseinrichtungen wurde geknüpft. Sogar vom Bundespräsidenten wurde die Einrichtung für ihre vorbildliche Arbeit ausgezeichnet. Das Geheimnis ihres Erfolgs: Die klassische Beratungsarbeit wird mit marktwirtschaftlichen Komponenten verknüpft. Mit den im Atelier hergestellten Event- und Schaufensterdekorationen lässt sich richtig Geld verdienen. Anfangs lief der Verkauf noch eher unter dem Stichwort »Wohltätigkeit«. »Das hat sich jetzt geändert«, stellt die Projektleiterin fest. »Die wollen jetzt wirklich unsere Produkte haben, weil die so gut ankommen.«

Aus: Zeitschrift Sozialcourage 1/2004

■ Kontakt:
Deutscher Caritasverband e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg
Tel.: 07 61/200-0
Fax: 07 61/200-211
www.caritas.de

Menschen aus vielen Nationen wachsen zusammen

Petra Strobel

Das Wohngebiet Schicksbaum liegt im Westen von Krefeld. Vor allem kinderreiche Familien ziehen in die Mietwohnungen und Reihenhäuser, die mit öffentlichen Geldern gefördert werden.

Die ersten Familien kamen im Februar 2001 und erfüllten sich den Traum vom eigenen Häuschen. Sie kämpften gegen den Schlamm, krepelten die Ärmel hoch, schleppten Kisten und pflanzten Sträucher.

Eine Straße nach der anderen errichten die Baufirmen noch heute. Kräne, Lehmberge und riesige Baugruben lassen ahnen, dass noch viele Häuser in Arbeit sind.

Das ist der Stadt Krefeld recht. Mit Schicksbaum bekämpft sie die um sich greifende Stadtflucht. Familien mit Kindern und schmalen Geldbeutel sollen im Stadtgebiet wohnen bleiben können. Die Verwaltung plante die Siedlung mit viel Grün, Spielplätzen, Kindergarten und Grundschule. Die Rechnung der Stadt ging auf: Silvester 2003 lebten bereits 2.342 Menschen in Schicksbaum und in den nächsten Jahren sollen rund 1.200 dazu kommen.

Doch die Planer rechneten nicht damit, dass es mehr braucht als Häuser und Grünflächen, um Menschen in einem neuen Stadtteil zu Nachbarn werden zu lassen. Das Zusammenleben unter Aussiedlern, Türken, Deutschen und Italienern musste erst wachsen.

»In Schicksbaum müssen wir alle zusammen arbeiten«

Gurell Suleyman bezog vor sechs Wochen sein Häuschen. »Ich kenne viele, die die Nase rümpfen, wenn sie Schicksbaum hören. Ich tue mit meiner Familie alles für eine gute Nachbarschaft«, erklärt er. Man hütet gegenseitig die Kinder oder leiht der Frau von gegenüber ein Paket Nudeln. »Wenn ich an einem Sommerabend durch die Straßen schlendere, steigen mir viele verschiedene leckere Gerüche in die Nase«, schwärmt Alfred Kuhn. Er arbeitet ehrenamtlich beim Ökumenischen Arbeitskreis (ÖAK). Dort überlegten Mitglieder der katholischen und evangelischen Kirchen, Mitarbeiter der Caritas und des Bistums

frühzeitig, wie sie die Menschen vor Ort unterstützen können. Als die ersten neuen Bewohner kamen, zogen sie mit Tischen, Bänken, Kaffee und Kuchen zu den Baustellen. »Wir begrüßten die Menschen und knüpften Kontakte«, erinnert sich Eva Renard, Mitarbeiterin der Caritas Krefeld. Auch Angestellte des Jugendamtes, von Jugendeinrichtungen, die Direktorin der Grundschule und Mitglieder des Bürgervereines arbeiten im ÖAK mit. »Egal, ob ehrenamtlich oder angestellt: Wir reden nicht nur am runden Tisch, sondern packen an und engagieren uns für Schicksbaum,« berichtet die Sozialarbeiterin. Mal organisiert der ökumenische Arbeitskreis einen Kindertrödelmarkt, mal der Bürgerverein ein Sommerfest. Bei den Aktionen tragen alle Gruppen und Einrichtungen zum Gelingen bei. »Es gibt kein fertiges Freizeitprogramm, sondern jeder bringt seine Ideen ein«, ergänzt Alfred Kuhn.

Um einen Treffpunkt zu ermöglichen, mietete der ÖAK Räume in der Grundschule an. Hier treffen sich regelmäßig Mütter mit Babies, es finden Erste Hilfe Kurse statt und eine Theatergruppe probt.

»Ich möchte Kindern schenken, dass sie hier lernen, Spaß miteinander zu haben ...«

Wünscht sich Lukasz Ratajczak, Mitarbeiter des katholischen Jugendhauses. Auch er nutzt die 65 Quadratmeter großen Räume. »In Projektwochen zeigen wir Kindern, wie die Welt funktioniert und alle sind begeistert dabei«, berichtet er. Oft parkt sein Spielmobil im Stadtteil. Sobald es die Kinder sehen, kommen sie gerannt, wollen toben und Kunststücke lernen. »Das Tollste ist, dass viele Eltern ehrenamtlich helfen« fügt der gebürtige Pole hinzu.

Zu ihnen gehört auch Familie Kretschmar-Spodziaja. »Wir wohnen gerne hier, die Kleinen können mit dem Rädchen fahren und der Kindergarten liegt um die Ecke. Alle Nachbarn sind supernett und gastfreundlich, so dass meine Kinder beim Spielen viel über andere Kulturen lernen«, sagt die Mutter von



Motiv von Judith Hotes, Studentin an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design
Kontakt: casse-schlueter@fh-aachen.de

fünf Kindern. »Aber leider gibt es nichts für Jugendliche«, wirft ihr Mann ein.

Zerkratze Autos, besprühte Wände und kaputte Spielgeräte zerstörten eine Zeit lang die Idylle der schmucken Eigenheimsiedlung. Bezirkspflegerin Doris Schlimnat wertete das als Zeichen für ein mangelndes Angebot für Teenies. Sie organisierte ein Konzert unter freiem Himmel und entwarf trotz knapper Kassen ein Freizeitprogramm für Kids. »Unser Angebot ist zwar noch nicht der große Wurf, aber wir haben angefangen« erklärt die Mitarbeiterin des Jugendamtes. Das ganze klappt nur, weil der Kindergarten nachmittags die Türen für die Teenies öffnet. »Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen«, betont Leiterin Doris Bachert.

Wie viele andere spürt sie, dass die Menschen aus den unterschiedlichsten Nationen in Schicksbaum allmählich zusammen wachsen und sich gemeinsam für ihren Stadtteil engagieren.

Aus: Zeitschrift Sozialcourage 4/2004

■ Kontakt:
Deutscher Caritasverband e.V.
Karlstr. 40, 79104 Freiburg
Tel.: 07 61/200-0, Fax: 07 61/200-211
www.caritas.de

Projekt »Sprachpartnerschaften«

Nguyen Tien Duc

1. Projektidee

Für die Integration von Migranten in Deutschland sind die Beherrschung der deutschen Sprache sowie Kontakte zur deutschen Bevölkerung und die Verständigung zwischen beiden Gruppen notwendig.

Aus diesem Grund wurde das Projekt »Sprachpartnerschaften« vom Interkulturellen Beratungs- und Begegnungszentrum (IKZ) im April 2004 ins Leben gerufen. Migranten, die einen Deutschkurs absolviert haben, erhalten jeweils einen deutschen Sprachpartner zum Üben und Vertiefen der deutschen Sprachkenntnisse. Die Partner treffen sich ein- bis zweimal in der Woche und üben jeweils ein bis zwei Stunden.

Als Zeitraum für das Projekt war zunächst April bis Dezember 2004 vor-

gesehen. Aufgrund des großen Interesses der ausländischen und deutschen Sprachpartner wurde es bis 2005 verlängert.

2. Durchführung

Das Projekt wurde durch die Presse, das Auslegen von Werbeblättern, Anschreiben an die Gemeinden in Magdeburg sowie in Informationsveranstaltungen bekannt gegeben. Migranten und Deutsche wurden dazu motiviert, sich am Projekt zu beteiligen.

Das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum stellte sich den ausländischen sowie deutschen Sprachpartnern als Vermittler zur Verfügung. Die

Integration durch einen Kuchen

Wie das Wassilopita-Fest das interkulturelle Zusammenleben in Deutschland fördert

Jedes Jahr, Anfang Januar, werde ich als orthodoxer Pfarrer von verschiedenen Vereinen im Rahmen des Einzugsbereichs meiner Kirchengemeinde, der Griechisch-Orthodoxen Kirchengemeinde der »Kreuzerhöhung« in Mannheim, eingeladen, um den Neujahrskuchen anzuschneiden. Das Anschneiden des Neujahrskuchens ist eine uralte griechische Tradition, die sowohl zu Hause als auch in den Vereinen von der Mehrheit der Griechen gepflegt wird. Erlauben Sie mir ganz kurz, Ihnen diese Sitte zu präsentieren. In der Silvester-Nacht, kurz nach 24.00 Uhr, in Anwesenheit aller Familienmitglieder wird in allen griechischen Häusern, der Neujahrskuchen angeschnitten. Es geht um einen besonderen Kuchen, in dem eine (Gold-)Münze versteckt ist. Der Kuchen wird im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes gesegnet, angeschnitten und verteilt. Das erste Stück wird an dem Herrn des Lebens und seinem heiligen Diener Vasileios (Hl. Wassilios, der Große, Bischof von Kappadozien), dem wir diese Tradition verdanken, gewidmet. Danach wird allen Anwesenden ein Stück gereicht. Zum Schluss bleiben noch ein paar Stücke für die Fremden, die Armen oder einen unerwarteten Besucher. Wer die (Gold-)Münze bekommt hat Glück für das ganze Jahr. Der Kuchen heißt Wassilopita. Die Tradition geht zurück zu dem Heiligen Vasileios (gesprochen »Wassilios«), der ein sehr beliebter Bischof in Caesarea, in Kappadozien war. Er war

wohltätig und hilfsbereit – so hat er in einem Stadtteil Heime für Kranke, Waisenkinder und ältere Menschen gebaut und genoss das Vertrauen der ganzen Stadt. Als Kaiser Julian mit seinem Heer vorbei kam, wollte er Vasileios, wegen seines Glaubens erpressen und verlangte sehr viel Gold, damit die Stadt verschont bleibt. Alle Bürger haben sofort ihr Gold dem Bischof anvertraut, damit ihre Stadt gerettet wird. Vasileios hat zu Gott gebetet, und der Kaiser hat seine Pläne geändert und ist nicht durch diese Region vom Krieg zurückgekehrt. Jetzt hatte der Bischof aber ein großes Problem: Er wollte das Gold den Menschen zurückgeben, wusste aber nicht mit Sicherheit, wem was gehörte. Deswegen hat er die Frauen beauftragt, Brote zu backen und hat in jedes Brot ein Gold- bzw. Schmuckstück gesteckt. Der Legende nach hat jeder sein eigenes Gold- bzw. Schmuckstück in seinem Brotstück gehabt.

Die Wassilopita wird also am 1. Januar, dem Gedächtnistag des Heiligen Vasileios, in der Orthodoxen Kirche zu seinen Ehren angeschnitten. Dieser Brauch bietet eine Gelegenheit für die ganze Familie, zusammen zu kommen und das neue Jahr rituell zu beginnen. Was sich in den Familien am 1. Januar abspielt, findet in den verschiedenen Vereinen im Laufe des ganzen Monats statt. Dort wird ganz offiziell der Pfarrer der Gemeinde eingeladen, der das Anschneiden der Wassilopita mit einem kleinen liturgischen Ritual begleiten wird. Es wird für den Frieden in

der Welt und die Versöhnung der Menschen, für gedeihliche Witterung und reiche Ernte im neuen Jahr gebetet.

Diese schöne Tradition pflegen auch die griechischen Vereine in Deutschland. Und nicht nur die griechischen! In Deutschland gibt es ganz viele deutsch-griechische Vereine bzw. Gesellschaften, die auch diese Tradition pflegen. Das Anschneiden wird oftmals mit einem Fest verbunden, welches den Menschen die Gelegenheit bietet einander näher zu kommen und somit das interkulturelle Zusammenleben der deutschen Bevölkerung mit der griechischen fördert.

■ Pfarrer Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde zu Mannheim

■ Kontakt:
Pfarrer Dr. Georgios Basioudis,
Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde
Scharhofer Str. 17
68307 Mannheim
E-mail: mannheim@orthodoxie.net

Sprachpartnerschaften entstanden auf freiwilliger Basis. Es sind zum einen Menschen, welche die deutsche Sprache erlernen und festigen möchten und zum anderen Menschen, welche die Integration der ausländischen Mitbürger unterstützen möchten. Eine Voraussetzung der teilnehmenden Migranten war es, dass sie bereits einen Deutschkurs absolviert hatten.

Eine Hotline und eine Anschrift mit einem Ansprechpartner wurden für das Projekt eingerichtet. Die Dolmetscherdienste ins Vietnamesische, Arabische, Albanische sowie Serbokroatische wurden durch das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum zur Verfügung gestellt.

Migranten und Deutsche, die sich für die Partnerschaft angemeldet hatten, wurden paarweise eingeladen. Es erfolgte ein »Kennenlerngespräch« zwischen den Migranten und Deutschen in Anwesenheit des Ansprechpartners für das Projekt. Bei Bedarf wurden Dolmetscher hinzugezogen. Waren beide mit der Sprachpartnerschaft einverstanden, wurden Termine und Treffpunkte vereinbart.

Das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum begleitet die Partner während der gesamten Projektzeit. Es berät zu pädagogischen und didaktischen Methoden der Sprachübung.

Wichtige Hinweise wurden bereits in Schriftform gefasst und den deutschen Partnern ausgehändigt. Das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum erklärt Kulturunterschiede und es stellt bei Bedarf Dolmetscherdienste bzw. Räumlichkeiten zur Verfügung.

Die Sprachpartner treffen sich ein- bis zweimal in der Woche für jeweils ein bis zwei Stunden. Dabei übt der ausländische Sprachpartner mit Hilfe des deutschen Sprachpartners die deutsche Sprache.

Die erworbenen Kenntnisse aus dem Deutschkurs werden so getestet und vertieft. Die ausländischen Sprachpartner haben dabei die Möglichkeit, ohne Scham und Angst Deutsch zu sprechen.

Diese Lernbedingungen sind wichtige Ergänzungen zum Deutschkurs und stellen sich als besonders vorteilhaft zur Verbesserung der Sprachkenntnisse im Vergleich zum Üben der deutschen Sprache im Alltag dar.

Erfolge sowie Anregungen für die Partnerschaft werden gesammelt, dokumentiert und durch die Medien bekannt gegeben. Die Öffentlichkeitsarbeit bei die-



Foto: Nguyen Tien Duc

sem Projekt verfolgt das Ziel, das Projekt authentisch darzustellen, positive Aspekte zu präsentieren und andere zum Mitmachen zu motivieren.

3. Erfahrungen, bisher erreichte Ergebnisse

Magdeburg ist in den Medien als eine Stadt mit Problemen betreffs der Ausländerfeindlichkeit bekannt. So ein Projekt existierte hier noch nicht, so dass der Träger des Projektes nicht wusste, ob sich diese Projektidee in die Praxis umsetzen lässt.

Der Träger konnte seine Bedenken nach der Bekanntgabe jedoch als unbegründet erklären. Es meldeten sich mehr Deutsche als erwartet. Als Hauptgründe für ihre Bereitschaft wurden das Kennen lernen von anderen Kulturen sowie die Einsicht in die Notwendigkeit des Erlernens der deutschen Sprache angeführt.

Von Mai bis Juli 2004 konnten insgesamt 30 Paare gebildet werden. Die deutschen Sprachpartner sind zum großen Teil ehemalige Lehrkräfte, Berufstätige und Studenten sowie Personen mit Auslandserfahrung.

Bei den ausländischen Sprachpartnern handelt es sich um Vietnamesen, Chinesen, Irakis, Russen, Kosovo-Albaner und Aussiedler.

Sowohl deutsche als auch ausländische Sprachpartner berichteten bereits positiv über ihre Sprachpartnerschaft. Freundschaften sind dabei entstan-

den. Einige Deutsche erklärten sich bereit, ihrem ausländischen Sprachpartner auch bei anderen sozialen Problemen zu helfen. Die deutschen Sprachpartner erfuhren im Laufe der Zeit nicht nur einiges über die Kultur ihres Sprachpartners, sondern auch über die rechtlichen Gegebenheiten, welche für sie bisher noch unbekannt waren.

Das Projekt »Sprachpartnerschaften« wurde beim Wettbewerb »Europäisches Sprachensiegel 2004« mit dem 2. Platz ausgezeichnet.

- Kontakt:
Caritasverband für das
Bistum Magdeburg e.V.
Interkulturelles Beratungs- und
Begegnungszentrum
Karl-Schmidt-Str. 5c
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 4 08 05 10
Fax: 03 91 / 4 08 05 20
E-mail: duc@caritas-ikz-md.de

Das Interkulturelle Spielzimmer – Erweiterung interkultureller Kompetenz

Die iaf Geschäftsstelle Frankfurt bietet mit dem Interkulturellen Spielzimmer Veranstaltungen zur Erweiterung interkultureller Kompetenz für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, für Erzieherinnen und Erzieher, Beraterinnen und Berater, Lehrerinnen und Lehrer, Leiterinnen und Leiter von Kindereinrichtungen oder Beratungsstellen und Studentinnen und Studenten an.

Die Seminare oder Workshops finden im Interkulturellen Spielzimmer oder in den anfragenden Einrichtungen statt, wohin das mobile Interkulturelle Spielzimmer mitgenommen wird.

Themen und Ziele der Veranstaltungen sind:

- das Erkennen von Diskriminierungen, Zuordnungen, Klischees
- die Wahrnehmung von eigenen Rassismusanteilen
- das Aufzeigen von Möglichkeiten, wie Diskriminierungen verhindert und abgebaut werden können
- die Darstellung, wie Annahme, Akzeptanz stattfinden und Integration erleichtert werden kann
- Information, welche Spielmaterialien und Bücher dabei unterstützend wirken
- interkulturelle Kriterien zur Auswahl von Büchern und Spielsachen kennen lernen
- das Aufzeigen von Handlungskompetenzen in Einzelfällen

Interkulturelle Lernprozesse fördern

Im Allgemeinen dominiert, meist unbewusst, weiterhin die Vorstellung von einer monokulturellen Gesellschaft und von der Unter- bzw. Überlegenheit einzelner Völker und Nationen. Diese Vorstellung mündet meist unbeabsichtigt in einer Vielzahl von Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungen, die bereits den Alltag von Kleinkindern prägen. Dies zu verändern ist eines der zentralen Ziele der Arbeit mit dem Interkulturellen Spielzimmer.

Es soll mehr Akzeptanz aller Menschen unterstützt und ein gleichberech-



Foto: Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Frankfurt

tigter und wertschätzender Umgang zu und zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und / oder unterschiedlichem Aussehen gefördert werden.

Ziele des Interkulturellen Spielzimmers und der Seminare sind, dass sich alle Kinder, die in dieser Gesellschaft leben, mit ihrem Aussehen und ihrer jetzigen Lebenswelt in Büchern, Puppen und Spielsachen wiederfinden sollen und dass Zuordnungen, Diskriminierungen und Rassismen sichtbar gemacht und verhindert werden sollen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Identitätsfindung geleistet.

Rückmeldungen der Erzieherinnen und Erzieher

Für die Erzieherinnen und Erzieher, die an Veranstaltungen des Interkulturellen Spielzimmers teilnehmen, nehmen jedes Mal zahlreiche Ideen und neue Sichtweisen für ihren Alltag im Kindergarten mit. Oftmals zeigen weitere Kontakte, dass diese neuen Aspekte in ihre Arbeit einfließen. Sie stellten fest, dass es einige Übung erfordert, verdeckte Diskriminierungen des Alltags zu erkennen und interkulturelles Denken und Handeln umzusetzen. Doch anhand des erlebbaren Spielzimmers fällt es ihnen leichter, interkulturel-

le Aspekte und Kriterien aufzunehmen und diese in der Arbeit mit den Kindern und in der Gestaltung der eigenen Räume und Materialien umzusetzen.

Stärkung der Kinder

Auch wenn nicht immer direkt mit den Kindern gearbeitet wird, sondern meist mit den Erzieherinnen und Erziehern oder anderen Fachkräften, richtet sich das Interkulturelle Spielzimmer an die Kinder. Durch die Arbeit mit den Multiplikatoren können langfristig mehr Kinder von dem Angebot profitieren.

Kriterien zur Auswahl des Spielmaterials

Folgende Kriterien zur Auswahl sind wichtig:

- eine differenzierte und gleichwertige Darstellung aller Personen und Lebenswelten
- vielfältige Namen, Aussehen und Hautfarben
- unterschiedliche Farben, Formen, Gegenstände
- Relativierung von Aussagen (z.B. manche Christinnen tragen eine Kette mit einem Kreuz)

- Beachtung und Vermeidung von Klischees und Diskriminierungen
- Verzicht auf Zuordnungen
- Sprache ohne Diskriminierungen und Rassismen
- verschiedensprachige Bücher

Ein interkultureller Ansatz eignet sich für Einrichtungen mit Kindern aus anderen Ländern, mit binationalen Kindern, aber auch besonders für Einrichtungen mit vor allem weißen, europäischen Kindern, da auch diese von interkultureller Wahrnehmung und Kompetenz profitieren.

■ Gabriele Duziak-Jan,
Geschäftsführerin iaf Frankfurt

■ Kontakt:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Frankfurt
Ludolfusstr. 2 – 4, 60487 Frankfurt,
Tel.: 069/71 37 56-0,
Fax: 069/707 50 92
E-Mail: iaf.frankfurt@t-online.de
www.verband-binationaler.de



Ein Projekt des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. NRW
gefördert von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Unsere Gesellschaft heute ist geprägt von einer Vielfalt der Kulturen, Ethnien, Religionen und Sprachen. Für Kinder ist es deshalb wichtig zu lernen, mit Menschen unterschiedlicher Kulturen zusammen zu leben und dieses Zusammenleben als Voraussetzung für die gemeinsame Gestaltung einer zukunfts-fähigen Welt zu begreifen. Ziel des Projekts Weltkinder ist es, dass die Bedeutung des interkulturellen Lernens als wichtiger Bestandteil für globales Lernen wahrgenommen wird.

Das Projekt basiert auf den langjährigen Erfahrungen und Kenntnissen binationaler Familien mit interkulturellem Lernen und richtet sich an alle Menschen, die mit Kindern zu tun haben. Unsere besondere Zielgruppe sind Eltern, Fachkräfte öffentlicher Einrichtungen, z.B. Kindergärten und Schulen und natürlich die Kinder selbst.

Wir stellen eine Ausstellung interkultureller Spielmaterialien zusammen, zur Ausstellung geben wir ein Praxishandbuch heraus. Wir bieten im zweiten Projektjahr Fortbildungen für Erwachsene in Zusammenarbeit mit unseren Regionalgruppen an.

Wir organisieren verschiedene kreative Workshops für Kinder und die Ergebnisse des Projekts feiern wir im Rahmen von »Weltkinder«-Festen in verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen.

■ Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.
Landesgeschäftsstelle NRW
Thomas-Mann-Str. 30, 53111 Bonn
Tel.: 02 28/909 04-12
Fax: 02 28/909 04-14
E-Mail: weltkinder@netcologne.de
www.verband-binationaler.de

Spielend Deutsch lernen

Chancengleichheit fängt bei der Sprachförderung in Kindergarten und Schule an.

Anita Rüffer

Jedes Klötzchen ein Satzteil: Aron ist konzentriert bei der Arbeit. »Das ist Pu«, stellt Annette Herceg den kleinen Stoffkerl vor, den ihre Hand lebendig werden lässt. Was der alles kann! »Pu schreibt«, sagt Jessica und legt einen blauen und einen roten Holzbaustein vor sich auf den Tisch. Zwischen beiden lässt sie ein bisschen Abstand. Schließlich besteht ihr Satz aus zwei verschiedenen Wörtern. »Pu tanzt«, sagt Aron und legt ebenfalls einen blauen Stein für das Sachwort, einen roten für das Tätigkeitswort. Dann fügt er noch einen grünen dazu und sagt: »Pu tanzt schön.« Da hat auch Ümed eine Idee: »Pu schreibt gut«, sagt er und legt einen blauen, einen roten, einen grünen Holzbaustein. Annette Herceg ist begeistert: Die Kinder haben die grammatikalische Struktur eines einfachen Aussagesatzes begriffen und ihn sogar von sich aus um ein Adverb erweitert. Viermal pro Woche kommt die Sozialpädagogin in den städtischen Kindergarten Kohlerhof in Breisach am Rhein. Sechs Kinder aus verschiedenen Gruppen nehmen an ihrer Sprachförderstunde teil. Gemeinsam

ist ihnen, dass sie aus Migrantenfamilien stammen und kurz vor der Einschulung stehen. »Chancengleichheit beim Wort genommen fängt bei der Sprache an«, sagt Christa Röber-Siekmeier, Vorsitzende des Osnabrücker »Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien« (VPAK). Die Professorin an der Freiburger Pädagogischen Hochschule hat ein vielseitiges Konzept für die Sprachförderung im Kindergarten entwickelt: Spiele, Lieder, Holzbausteine und Handpuppen sollen gezielt helfen, hinter der gesprochenen Sprache die grammatikalischen Regeln und Muster des Deutschen zu entdecken. »Viele dieser Muster, die uns selbstverständlich und einfacherscheinen«, weiß die Sprachdidaktikerin, »gibt es in den Erstsprachen der Kinder nicht.« Die russische Sprache etwa kennt gar keinen Artikel, die türkische nur einen unbestimmten.

Ümed, Aron und Jessica lassen sich von Bildern zum Sprechen anregen.

Individuelle Förderung

Seit Ende des vergangenen Jahres fließen keine Bundesmittel mehr über den Garantiefonds, mit dem zusätzlicher Deutschunterricht für Zuwandererkinder in den Schulen finanziert wurde. Die Länder halten nach Alternativen Ausschau. In Baden-Württemberg finanziert die Landesstiftung seit Mitte dieses Jahres eine intensive Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung für jene Kindergartenkinder, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben. Das Angebot gilt für einheimische und für Migrantenkinder. Qualifizierte Sprachtests gehen voraus, aufwendige Förderpläne werden erstellt, und eine genaue Evaluation soll das Verhältnis von Aufwand und Nutzen offenlegen. Der Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald zum Beispiel organisiert für Einrichtungen und Kommunen seines Einzugsbereichs die Sprachförderung über die Landesstiftung und hat dafür in Zusammenarbeit mit der PH Freiburg eine Fortbildungsreihe für mehr als 25 Mitarbeiterinnen angeboten. »Toll« fand Annette Herceg,

was sie dabei alles gelernt hat. Regelmäßig trifft sie sich alle sechs Wochen mit ihren Kolleginnen zum Erfahrungsaustausch. Als nahezu »einmalig auf Bundesebene« bezeichnet Caritasmitarbeiter Georg Grandy, dass das Land Baden-Württemberg – neben Hessen – darüber hinaus schon seit vielen Jahren Sprachförderung für drei- bis sechsjährige Migrantenkinder in den Kindergärten bezuschusst. Unterschiedliche Finanzierungstöcke mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen gelte es anzupapfen, etwa für die außerschulische Hausaufgabenhilfe. Auch die Kommunen hätten »die Notwendigkeit erkannt, in die Förderung einzusteigen«. Die Stadt Müllheim zum Beispiel bietet ihren Erstklässlern vor dem eigentlichen Regelunterricht eine Stunde Deutschunterricht an. Und nachmittags gibt es, finanziert vom Caritasverband und vom Land, an beiden Grundschulen Deutsch für Migrantenkinder.

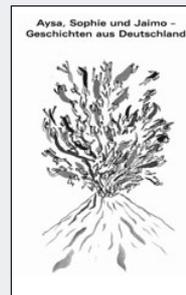
Aus: Zeitschrift Sozialcourage 04/2004

Aysa, Sophie und Jaimo – Geschichten aus Deutschland

Ein Lesebuch gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Wünsche der beiden Geschwister Aslan und Zalina aus Tschetschenien werden im Spiel von König und Königin deutlich: wenn ich König bin, dann soll es überall große Spielplätze geben. ... wenn ich Königin bin, dann sollen meine Oma und meine Tanten, mein Onkel und meine Cousine auch in Berlin leben, damit ich sie nicht zu vermissen brauche ... wenn ich König bin, muss niemand aus seinem Land fliehen, weil dort Krieg herrscht.

Viele dieser Geschichten erzählen von traurigen Ereignissen wie Flucht, Streit oder Benachteiligung und Diskriminierung im Alltag. Oft werden dabei die kleinen Konflikte durch eine Freundschaft, durch ein aufeinander zugehen und voneinander lernen aufgelöst. »Fremdenfeindlichkeit« dominiert in dem Lesebuch, vielleicht wären ein paar positivere Geschichten, selbst von Kindern geschrieben, eine gute Ergänzung. Manchmal drängt sich in den Geschichten der moralische Zeigefinger



der erwachsenen Autorinnen und Autoren in den Vordergrund und die Kinder bleiben zu sehr in einer Opferrolle auf sich selbst gestellt.

Die Anregungen zur Weiterarbeit an diesen Themen im Unterricht sowie grundlegende Informationen zur gesellschaftlichen und politischen Situation einzelner Länder und Regionen finden sich im Lehrerbegleitband – sicher eine Bereicherung für die Handbibliothek von Pädagoginnen und Pädagogen.

■ Kontakt: CommunityArts e.V.
Eisenbahnstr. 12, 10997 Berlin
Tel.: 030/79 74 18 62, Fax: 030/79 74 18 63
E-Mail: info@communityarts.de
www.communityarts.de

Andere Länder – andere Bräuche

In der Evangelischen KiTa Arche Noah in Neunkirchen

Petra Hübchen

Die Woche begann montags mit einem *Multikulturellen Frühstück* in unserer Turnhalle, Eltern aus verschiedenen Nationen wie Syrien, Türkei, Libanon, Algerien, Italien und vielen anderen brachten Spezialitäten aus ihrem Land mit. Unser Büffet wuchs und wuchs. Es reichte von albanischen Blätterteigrollen über Couscous, vietnamesische Frühlingssrollen, pakistanischem Reisgericht bis zu polnischen Süßspeisen – ein Genuss! Umrahmt von Folkloreklängen aus verschiedenen Ländern und türkischem Tee entstand eine wunderbare Atmosphäre zum Erzählen und Kennen lernen. Die Gesprächsthemen waren sehr vielfältig und man spürte, wie gut es den ausländischen Mitbürgern tat, von ihrem Land zu erzählen, von Sitten und Bräuchen, von den Menschen, von Erinnerungen. Aus vielen Erzählungen konnte ich oftmals auch die Sehnsucht nach der Heimat heraushören.

Viele Eltern und Kinder kamen in ihrer landestypischen Tracht und brachten Gegenstände und Fotos aus ihrem Heimatland mit, die wir zu einer Ausstellung aufbauten. Eltern und Kinder konnten es richtig genießen, einmal so

im Mittelpunkt zu stehen. Aber auch für unsere deutschen Kinder und Eltern war es eine wertvolle Erfahrung, so viel Wissenswertes über diese Länder und ihre Menschen zu hören, sich beispielsweise russische Bilderbücher anzuschauen oder die leckeren Gerichte zu probieren. Der kulinarische Auftakt dieser Woche reichte schließlich bis in den Mittag hinein.

Dienstags ging es dann weiter mit *Liedern und Märchen aus aller Welt*. Mütter brachten Bilderbücher mit und erzählten Märchen in ihrer Sprache, die auch ins Deutsche übersetzt wurden.

Mittwochs lud unser Pfarrer Kinder und Eltern ein, *die Geschichte einer Fußwaschung* als Zeichen orientalischer Gastfreundschaft mit allen Sinnen zu erleben. In ruhiger und angenehmer Atmosphäre saßen wir unserem Meditationsraum auf dem Boden im Kreis. Donnerstags wurde die Stimmung dann richtig ausgelassen, als *Musik und Tanz aus aller Welt* auf dem Programm stand. Libanesisch und türkische Mütter brachten Musik aus ihrem Land mit und begeisterten viele große und kleine Tänzer zum Mitmachen.

Als Abschluss dieser Woche feierten wir gemeinsam mit allen ausländischen Eltern und Kinder und der Gemeinde unseren traditionellen Erntedankgottesdienst in der Kirche.

Nicht Äpfel, Kartoffeln und Brot schmückten wie sonst den Altarraum, sondern all die vielen gesammelten Gegenstände aus den verschiedenen Ländern wurden von den Kindern mitgebracht und gezeigt. Der Gottesdienst stand unter dem Thema »*Andere Länder – andere Bräuche – wir danken für die Vielfalt in unserer Welt*«.

Für uns Erzieherinnen und unseren Pfarrer war diese Woche trotz des großen Aufwandes ein tolles Erlebnis. Dieses Projekt, bei dem ausländische Mitbürger einmal gezielt im Mittelpunkt standen, trägt zweifellos zur Förderung von Toleranz und Wertschätzung gegenüber Menschen anderer Kulturen und Nationen bei.

■ Petra Hübchen ist Leiterin der Evangelischen KiTa Arche Noah in Neunkirchen im Saarland

Irrgarten Migration

Reinhard Köhler, Martina Soßdorf

Viele Menschen auf der Welt sind in Bewegung. Sie reisen in andere Länder, zu entfernten Arbeitsplätzen, suchen das Land ihrer Vorfahren oder wollen einfach Sicherheit. Viele Menschen reisen freiwillig, mehrere Millionen aber sind auf der Flucht vor Krieg und anderen Formen der Gewalt.

Was bedeutet es, in ein anderes Land zu reisen und dort längere Zeit leben zu müssen? Junge Spätaussiedlerinnen, ein junger Kolumbianer, Jugendliche aus Pattensen und drei pädagogische Fachkräfte vom Jugendmigrationsdienst und vom Evangelischen Kreisjugenddienst des Ev.-luth. Kirchenkreises Laatzen-Springe haben darüber nachgedacht. Dabei entstand sehr schnell ein Bild: Man rennt von Amt zu Amt, man ist ständig fremden Einflüssen ausgesetzt, hat Schwierigkeiten mit der Sprache und findet sich zunächst schlecht zurecht. So entstand die Idee, auf dem Landesjugendcamp 2004 der evangelischen Jugend in der Landeskirche Hannovers mit einem Irrgarten auf die Situation der »Migrantinnen und Migranten« aufmerksam zu machen, der Menschen, die aus verschiedenen Gründen aus- und einwandern.

150 Latten wurden in den Boden gerammt und 200 Meter Folie fest ge-

tackert, zusätzlich vier Pavillons und ein Hauszelt im Irrgarten untergebracht. Wer alle Strecken und Sackgassen abgehen wollte, konnte rund einen Kilometer Strecke zurücklegen. Dieser Spielreiz war die eine Seite, das andere waren die Stationen und Installationen im und vor dem Irrgarten.

Der Grenze nachempfunden mußte vor Betreten des Irrgartens zunächst ein Antragsformular ausgefüllt werden, dann kam die »erkennungsdienstliche Erfassung« mit einem Foto in »landesüblicher Tracht« für den späteren »Pass«. Im Irrgarten selbst erwartete die »Migrantinnen und Migranten« zunächst eine Audioinstallation: Auf verschiedenen Sprachen, von griechisch über tadschikisch bis spanisch, wurde auf die Menschen eingeredet.

Dann gab es eine leibliche Stärkung von netten jungen Frauen überreicht: Leckereien aus verschiedenen Ländern, die allerdings nach norddeutschen Geschmacksvorstellungen nicht immer wirklich lecker waren. Es galt einen Sprachtest zu absolvieren und aktuelle Charts den verschiedenen Ländern zuzuordnen. Man konnte feststellen, dass es in allen Kulturen Feste gibt und dass sie häufig mit Umzügen verbunden sind. Da unterscheiden sich das hannover-

sche Schützenfest, das Blumenfest in Medellin und ein indonesisches Maskenfest nur geringfügig.

Natürlich spielten auch Finanzen eine wichtige Rolle. Was tun, wenn man seine bisher gesicherte materielle Existenz aufgeben und zumindest eine Zeit lang nur mit einer Grundsicherung klar kommen muß? An der »Schuldenwaage« entwickelten sich spannende Diskussionen, da dieses Thema für Jugendliche ohnehin aktuell ist.

Zum Abschluß gab es für die »Migrantinnen und Migranten« das Zertifikat mit Foto und Qualitätsnachweis: Jeder und jede erfolgreich Teilnehmende darf sich in jedem Land als Ausländer bzw. Ausländerin fühlen.

Hintergrund des Projektes: Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund haben in unserer Gesellschaft ähnliche Lebens- und Ausgangsbedingungen. Evangelische Jugendsozialarbeit arbeitet an der Schnittstelle zwischen dem Jugendverband Evangelische Jugend und dem Wohlfahrtsverband Diakonie. Beide Verbände sind Teil und Lebensäußerung von Kirche.

Beide verbinden ähnliche Ansätze wie u.a. die folgenden:

- Vermittlung christlicher Werte, Jugendlichen in Kirche eine Heimat zu geben
- Wegbegleiter/Ansprechpartner/ Bezugsperson auf dem Weg zum Erwachsenwerden sein, Impulse setzen
- positive Erfahrungen vermitteln
- sind Lernorte, auch für interkulturelles Lernen
- sozialpädagogische und seelsorgerliche Kompetenz miteinander in Einklang bringen und gemeinsam wirken lassen

Die Beseitigung von Benachteiligung, die Auseinandersetzung mit den Alltagsproblemen der Jugendlichen (z. B. fehlende Ausbildungsplätze, hoher schulischer Leistungsdruck, fehlende Orien-

Mitten drin und außen vor?

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej) legt eine neue Broschüre zum Themenfeld Migration/Integration und die Rolle der evangelischen Jugend vor.

Das 156 Seiten umfassende Buch dokumentiert gelungene Ansätze aus der Praxis evangelischer Kinder- und Jugendarbeit und liefert darüber hinaus eine theologische Reflexion des Themas und weitere Grundlagenartikel zu Aspekten wie Ökumene, interreligiösem Dialog, Aussiedler, oder dem europäischen Blick auf das Thema.

Bis zu fünf Exemplare des Buches »Mitten drin und außen vor?« sind in der aej-Geschäftsstelle dank der Förderung aus Bundesmitteln kostenlos erhältlich. Darüber hinaus werden pro weiterem Exemplar 2,- Euro Druckkostenbeitrag sowie die Versandkosten erhoben.

■ Bestellungen bitte an:

Laya.husmann@evangelische-jugend.de
oder telefonisch unter 05 11/12 15-136.

Ansprechpartner: Martin Strecker,
Tel.: 05 11/12 15-137 oder
martin.strecker@evangelische-jugend.de

terung, Verhaltensauffälligkeiten) sind kein alleiniges Problem der Jugendsozialarbeit, sondern begegnen uns im Alltag der evangelischen Jugendarbeit ebenso.

Evangelische Jugendarbeit hat den Anspruch, sich grundsätzlich an alle jungen Menschen zu wenden und fragt dabei nicht nach Herkunft oder Religion oder einer bestimmten Problemlage wie beispielsweise Sucht oder Schulden. Daraus folgt, daß die Zielgruppe der jungen Migrantinnen und Migranten, die sich nach Herkunft bestimmt, eine Teilgruppe der Evangelischen Jugendarbeit ist. Darüber hinaus vermittelt der Jugendmigrationsdienst Impulse für ein Engagement in einer demokratischen Gesellschaft; in ihrer Selbstorganisation evangelischer Jugendarbeit geschieht dies im Verband Evangelische Jugend.

Das dargestellte Projekt beschreibt eine gelungene Zusammenarbeit zwischen den Bereichen. Diese setzt voraus, dass Mitarbeitende über ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz und Empathie verfügen, um Jugendliche unterschiedlicher kultureller Herkunft, die ihre Freizeit in der Regel getrennt voneinander in ihrer jeweiligen Gruppe verbringen, miteinander ins Gespräch kommen zu lassen und zu gemeinsamen Aktivitäten zu motivieren. Evangelische Jugendarbeit und evangelische Jugendsozialarbeit leben vom Beziehungsaspekt. Dieser eröffnet Mitarbeitenden die Chance, gemeinsam für Jugendliche zu handeln.

Dieses Projekt konnte gelingen, weil die Mitarbeitenden eine gemeinsame konzeptionelle »Linie« für die Arbeit mit Jugendlichen entwickelt hatten und ihre vorhandenen Kompetenzen nutzten.

»deutschland – wäre meine richtige heimat...«



Dokumentarfilm, 2003
Länge ca. 32 Minuten
Regie: Mario Di Carlo
Produktion: Hüseyin Ertunc
Kamera/Schnitt: José Rodríguez
Ton: Aziz Demir
Musik: Peter Tröster

Deutschland – wäre meine richtige heimat...« ist eine Koproduktion der Unmündigen e.V. und der Evangelischen Akademie Baden, Mannheim.

Der Film wurde gefördert im Rahmen des entimon-Aktionsprogramms des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.

»deutschland – wäre meine richtige heimat...« porträtiert jeweils drei Aussiedlerjugendliche und Jugendliche türkischer Herkunft in Mannheim, die ihre persönlichen Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland schildern.

Der Film orientiert sich an Inhalten, die die Jugendlichen in ihrem Alltag bewegen. Anhand der Themen »Schule, Freundschaft, Migration, Aufenthaltstatus und Staatsbürgerschaft« beschreiben die Jugendlichen nicht nur ihre Probleme in der Einwanderungsgesellschaft, sondern deuten auch auf ihr ambivalentes Verhältnis zum »Heimatland« Deutschland hin.

Durch die Dokumentierung von Aussiedlerjugendlichen und Jugendliche türkischer Herkunft werden im Film zwei Zuwanderergruppen fokussiert, die sich durch ihren rechtlichen Status und ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit stark unterscheiden. Von den 2,5 Millionen. Menschen türkischer Herkunft in Deutschland haben mittlerweile 500.000 die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Rest hat nur die türkische, und damit fehlen diesen Menschen auch die elementaren Rechte zur demokratischen Beteiligung. Während diese Menschen meist äußerlich leicht zu identifizieren sind, sind Aussiedler bzw. Spätaussiedler auf den ersten Blick von der Mehrheitsbevölkerung nicht einfach zu unterscheiden. Ebenso verfügen Aussiedler über die deutsche Staatsbürgerschaft, was sich trotz aller sonstigen integrationspolitischen Defizite integrationsfördernd auswirkt.

Informationen zum Regisseur: Mario Di Carlo, geboren 1970 in Mannheim als Sohn italienischer Einwanderer, studierte Politische Wissenschaft, Italianistik, und Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Mannheim und Regie an der Dokumentarfilmschule Zelig in Bozen (Italien). Er ist seit 2001 als freier Regisseur tätig. Sein Abschlussfilm »Catenaccio in Mannheim« lief auf diversen internationalen Filmfestivals, darunter in Mannheim-Heidelberg 2002.

■ Kontakt: www.die-unmuendigen.de

»Grenzenlos – Interkulturelles Lernen im Dialog«

»... am meisten hat mich beeindruckt, dass sie keinen Winter kannten.«

Über 100 Lehrkooperationen zwischen 40 Studierenden aus Lateinamerika, Asien und Afrika und Lehrkräften an 27 Schulen in Berlin, Brandenburg und Hessen – das ist die beeindruckende Bilanz für das Jahr 2004 des Projekts »Grenzenlos – Interkulturelles Lernen im Dialog«.

Die Konzeption von »Grenzenlos« sieht vor, bei internationalen Themen im Unterricht ganz besonders auch die Kenntnisse und Fähigkeiten der Vielen einzubeziehen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, um hier zu leben, zu arbeiten oder zu studieren.

Neu an dem Konzept dieses Projekts ist, dass die Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika für ihre Arbeit mit Jugendlichen an Schulen zuvor in Seminaren, die von Bildungspraktikern durchgeführt werden, methodisch-didaktisch geschult werden. Die Studierenden bringen ihr »erlebtes Wissen« in den Unterricht ein. Diese besondere Form der Authentizität fasziniert die Kinder und Jugendlichen und nicht zuletzt die kooperierenden Lehrkräfte. So äußerte sich etwa ein Lehrer¹: »Die Studenten haben es verstanden, die Schüler zu fesseln. Sie waren begeistert.« In Briefen an einen zuvor zu Besuch gewesenen Studenten aus Eritrea sollten Schüler einer 5. Klasse aufschreiben, was sie besonders beeindruckt hatte. Die gesamte Klasse erwähnte seine Erzählungen, wie er mit seiner Familie vor dem Krieg geflohen war und wie er erst als Flüchtlingskind in Deutschland Schnee kennen lernte. Die Rolle der Studierenden als Vermittler von authentischem Wissen erkannten zwei Hessische Schülerinnen² ganz richtig. Ihre Erfahrung mit dem Lernen aus »erster Hand« kommentierten sie in einem Brief an zwei Studenten: »Es war schön von euch über den Tschad und Äthiopien erzählt zu bekommen, da ihr dort geboren und aufgewachsen seid. Wenn unsere Lehrerin uns über die Geschichte Afrikas berichten würde, könnte man sich nicht sicher sein, ob das der Wahrheit entspricht.« Eine zunächst wohl skeptische Brandenburger Schülerin³ äußerte sich über den Lateinamerikatag an ihrer Schule: »Ich bin nicht mit großen Erwartungen in den Projekttag gegangen, aber es stellte sich heraus, dass es echt

interessant war andere Länder und Kulturen kennen zu lernen!«

Die von den Studierenden aufgegriffenen Themen, die an fachbereichs- und klassenübergreifenden Projekttagen und in Unterrichtseinheiten behandelt wurden, reichten von »Musik als Protest – Entwicklung und Vielfalt der Musik Lateinamerikas« über »Leben in einer postkolonialen Gesellschaft am Beispiel des Benin« bis hin zu der »Verschuldungskrise der Entwicklungsländer«.

Lehrerinnen und Lehrer sind durchweg von den engen Kooperationen mit den außerschulischen Expertinnen und Experten begeistert: »Unsere Erwartungen wurden [...] übertroffen. Die Studierenden haben viele und genaue Informationen gehabt, die wir Lehrer nicht gehabt hätten.«⁴

»Gebannt verfolgten meine Schüler den Vortrag und das Gespräch, weitaus konzentrierter als dies in herkömmlichen Stunden der Fall ist.«⁵

»[...] es kam zu regen Interaktionen zwischen Studentin und Schülern und zu einem kaum von mir gesteuerten Lernprozess.«⁶

Interessierte Lehrkräfte aus Thüringen, Brandenburg, Berlin, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen sind herzlich willkommen, mit den »grenzenlosen«, studentischen Lehrpartnern »frischen Wind« durch ihre Klassenzimmer wehen zu lassen.

Der World University Service (WUS) bietet zur Entwicklung von Lehrkooperationen eigens auch in diesem Jahr sogenannte Kooperationsseminare an. Während dieses Seminars haben die Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit, die am Projekt teilnehmenden Studentinnen und Studenten kennen zu lernen, sich über »Identität«, »Kultur« und »Integration« auszutauschen und im Laufe des Seminars gemeinsam mit den Studierenden Unterrichtseinheiten zu besprechen und Termine abzuklären.

Ab März 2005 kann beim WUS auch ein Lehrerhandreichung angefordert werden, in der beispielhaft bisher durchgeführte Kooperationen nachgelesen werden können.

- 1 Lehrer an einer Integrierten Gesamtschule; 50 Jahre
- 2 Integrierte Gesamtschule, 9. Klasse Real
- 3 Realschule, 10. Klasse
- 4 Lehrerin an einem Gymnasium; 36 Jahre
- 5 Lehrer an einem Gymnasium; 38 Jahre
- 6 Lehrer an einer Realschule; 53 Jahre

■ Weitere Informationen:
World University Service (WUS)
Anne Kirchenbüchler, Goebenstr. 35,
65195 Wiesbaden,
Tel.: 06 11/944 61 71,
E-Mail: kirchenbuechler@wusgermany.de
www.wusgermany.de



Foto:
World University
Service,
Wiesbaden

Papst Johannes Paul II.

Botschaft zum 91. Welttag der Migranten und Flüchtlinge 2005

Integration zwischen den Kulturen

Liebe Brüder und Schwestern!

1. Es nähert sich der Tag der Migranten und Flüchtlinge. In der jährlichen Botschaft, die ich Euch, wie gewohnt, aus diesem Anlaß sende, möchte ich diesmal das Migrationsphänomen vom Blickwinkel der Integration aus betrachten.

Dieses Wort wird von vielen verwendet, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dass sich die Zuwanderer wirklich in die Aufnahmeländer eingliedern. Der Begriffsinhalt und seine Praxis sind jedoch nicht leicht zu bestimmen. Aus gegebenem Anlass erkläre ich ihn gerne, indem ich auf die jüngste Instruktion *Erga migrantes caritas Christi* verweise (vgl. N. 2, 42, 43, 62, 80 und 89).

Darin wird die Integration nicht als eine Angleichung dargestellt, die dazu beiträgt, die eigene kulturelle Identität zu unterdrücken oder zu vergessen. Der Kontakt mit dem Anderen führt vielmehr dazu, sein »Geheimnis« zu entdecken, sich ihm zu öffnen, um seine wertvollen Seiten anzunehmen und so eine bessere gegenseitige Kenntnis zu erlangen. Das ist ein langer Prozess, der darauf abzielt, die Gesellschaft und die Kulturen zu formen, so dass sie immer mehr der Widerschein der vielfältigen Gaben werden, die Gott den Menschen geschenkt hat. In diesem Prozess bemüht sich der Zuwanderer, die notwendigen Schritte zur gesellschaftlichen Integration zu tun, wie das Erlernen der Landessprache und die eigene Anpassung an die Gesetze und Erfordernisse der Arbeit, um eine übertriebene Unterschiedlichkeit zu vermeiden.

Ich will nicht näher auf die verschiedenen Aspekte der Integration eingehen, sondern möchte mit Euch bei dieser Gelegenheit nur einige Implikationen des interkulturellen Aspektes vertiefen.

2. Niemandem entgeht der Identitätskonflikt, der bei der Begegnung zwischen Personen verschiedener Kulturen entsteht. Dabei fehlt es nicht an posi-

ven Elementen. Wenn er sich in ein neues Umfeld eingliedert, wird sich der Zuwanderer häufig tiefer dessen bewusst, wer er ist, besonders wenn ihm die Personen und Werte fehlen, die für ihn wichtig sind.

In unseren Gesellschaften, die vom globalen Migrationsprozeß betroffen sind, ist es notwendig, das rechte Gleichgewicht zwischen der Achtung der eigenen Identität und der Anerkennung der Identität der Anderen herzustellen. Denn es ist notwendig, die berechtigte Pluralität der in einem Land vertretenen Kulturen anzuerkennen, soweit sie mit dem Schutz der Ordnung vereinbar ist, von der sozialer Frieden und Freiheit der Bürger abhängen.

In der Tat sind sowohl die Modelle der Anpassung auszuschließen, die aus dem Anderen eine Kopie von sich selbst machen wollen, als auch die Modelle der Ausgrenzung der Zuwanderer durch Haltungen, die bis zur Wahl der »Apartheid« führen können. Der beste Weg ist der Weg der echten Integration (vgl. *Ecclesia in Europa*, 102–103) in einer offenen Sicht, die es ablehnt, nur die Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen zu sehen (vgl. Botschaft zum Welttag des Friedens 2001, 12).

3. So erwächst die Notwendigkeit des Dialogs zwischen den Menschen unterschiedlicher Kulturen in einem Kontext des Pluralismus, der die bloße Toleranz übersteigt und zu Sympathie wird. Eine einfache Gegenüberstellung der Gruppen der Zuwanderer und der Einheimischen führt unter ihnen zum gegenseitigen Verschließen der Kulturen oder zum Entstehen von auf reinen Äußerlichkeiten oder auf reiner Toleranz gründenden Beziehungen. Man sollte jedoch eine gegenseitige Befruchtung der Kulturen fördern. Das setzt die gegenseitige Kenntnis und Öffnung der Kulturen zwischen ihnen voraus im Kontext der wahren Verständigung und des Wohlwollens.

Die Christen ihrerseits sind sich des transzendenten Wirkens des Heiligen Geistes bewusst und deshalb imstande, in den verschiedenen Kulturen »wertvolle religiöse und menschliche Elemente« zu erkennen (vgl. *Gaudium et spes*, 92), die feste Perspektiven für die gegenseitige Verständigung anbieten können. Natürlich ist es notwendig, das Prinzip des Respekts vor den kulturellen Unterschieden mit dem des Schutzes der gemeinsamen unverzichtbaren Werte zu verbinden, die auf den universalen Menschenrechten gründen. Daraus entsteht dann jene Atmosphäre der »bürgerlichen Vernunft«, die ein freundschaftliches und ausgewogenes Zusammenleben erlaubt.

Wenn sie konsequent bleiben, können die Christen nicht darauf verzichten, »allen Geschöpfen das Evangelium Christi zu verkünden« (vgl. *Mk* 16,15). Sie sollen es natürlich unter Achtung des Gewissens des Anderen tun, indem sie immer die Methode der Liebe anwenden, wie es schon Paulus den ersten Christen empfohlen hat (vgl. *Eph* 4,15). 4. Die Gestalt des Propheten Jesaja, die ich bei den Treffen mit den Jugendlichen aus aller Welt mehrmals erwähnt habe (vgl. *Jes* 21,11–12), könnte auch hier Anwendung finden, um alle Gläubigen einzuladen, »Wächter des Morgens« zu sein. Als Wächter sollen die Christen vor allem den Hilferuf hören, der von den vielen Migranten und Flüchtlingen kommt, aber sie sollen dann durch aktiven Einsatz Perspektiven der Hoffnung fördern, die die Morgenröte einer offeneren und solidarischeren Gesellschaft andeuten. Ihnen steht es als erste zu, Gottes Gegenwart in der Geschichte zu erkennen, auch wenn alles noch in Dunkel gehüllt scheint.

Mit diesem Wunsch, den ich als Gebet an Gott richte, der die Völker aller Sprachen zusammenrufen will (vgl. *Jes* 66,18), sende ich jedem von Herzen meinen Segen.

Aus dem Vatikan am 24. November 2004

Diese Materialhinweise ergänzen die im Jahr 2004 im Materialheft zur Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche vorgestellten Materialien.

Grundlegende Schriften aus den Kirchen

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.)
»Zusammenleben gestalten – Ein Beitrag des Rates der EKD zu Fragen der Integration und des Zusammenlebens mit Menschen anderer Herkunft, Sprache und Religion«, EKD-Texte 76, Dezember 2002
Bezug: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, Tel.: 05 11/27 96-0, Fax: 05 11/27 96-709

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (Hg.)
»...und der Fremdling, der in deinen Toren ist«
Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht
Bezug: Kirchenamt der EKD, Postfach 210220, 30402 Hannover, Tel.: 05 11/27 96-0, Fax: 05 11/27 96-709 oder Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/103-0, Fax: 02 28/103-371

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)
– **Integration fördern – Zusammenleben gestalten. Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten. 22. September 2004**
– **Allen Völkern Sein Heil. Die Mission der Weltkirche. 23. September 2004.**

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 161, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/103-0, Fax: 02 28/103-371

Integration

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Hg.)
Beheimatung und Begegnung. Kinder mit Migrationshintergrund in evangelischen Kindertageseinrichtungen – Eine Handreichung
Bezug: EkiBB, Konsistorium, Referat 2.3, Georgenkirchstr. 69/70, 10249 Berlin, Tel.: 030/24 344-273, -274, Fax: 030/24 344-272

Caritas (Hrsg.)
Offener Umgang mit Fremden – Gleichstellung und Partizipation in der Arbeitswelt.
Bezug: Deutscher Caritasverband e.V. Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel.: 07 61/200-331, Fax: 07 61/200-211

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. (Hrsg.)
Viefalt ist unser Reichtum. Warum Heterogenität eine Chance für die Bildung unserer Kinder ist.
Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt/M.

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Hg.)
Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004.
Bezug: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg, Tel.: 09 11/943 0, Fax 09 11/943 40 00, E-Mail: www.bamf.de

Waltraud Bierwirth, Nihat Öztürk (Hg.)
Migration hat viele Gesichter
50 Jahre Einwanderungsgeschichte(n)
Klartext Verlagsgesellschaft Essen, 2003.
ISBN 3-89861-229-5

Jan Motte, Rainer Ohliger, Anne von Oswald (Hg.)
50 Jahre Bundesrepublik, 50 Jahre Einwanderung
Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte
Campus Verlag Frankfurt, 1999.
ISBN: 3-593-36369-0

Einwanderungsland/ Staatsangehörigkeitsrecht

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.)
– **Handbuch für Deutschland**, 2. überarbeitete Auflage 2005.
– **Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Sekundarstufe I**
– **Strukturdaten der ausländischen Bevölkerung**
– **5. Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland**, Berlin und Bonn, August 2002
– **Migrationsbericht**, Januar 2004,
– **In der Diskussion Nr. 11: Älter werden in Deutschland**, September 2001
– **In der Diskussion Nr. 10: Mehrsprachigkeit an deutschen Schulen**, August 2001
Bezug: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Lengdorfer Hauptstraße 78-82, 53129 Bonn, Fax: 018 88/555-49 34, Internet: www.integrationsbeauftragte.de

Georg Classen (Hg.)
Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge. Grundlagen für die Praxis.
Sonderheft der Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen 106/107 Februar 2005.

Hubert Heinhold, Georg Classen
Das Zuwanderungsgesetz. Heinweise für die Flüchtlingssozialarbeit. Einführung in die Neuregelungen des Aufenthaltsgesetzes, des Asylverfahrensgesetz und des Sozialrechtes (»Hartz IV«).
Verlag IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e.V., Alexanderstr. 48, 26121 Oldenburg, Tel.: 04 41/88 40 16, Fax: 04 41/984 96 06

Reinhard Marx,
Ausländer- und Asylrecht. 2. Auflage, Deutscher Anwalt Verlag, Bonn 2005

Hoffmann / Hoffmann
Ausländerrecht. AufenthaltG, FreizügG/EU, AsylVfG, StAG. Handkommentar
Nomos Verlag Baden-Baden 2005

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Hg.)
– **50 Jahre Behörde im Wandel**, Selbstverlag 2003
– **Migration und Asyl in Zahlen – Juli 2003**
Bezug: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Referat 224, Publikationen, 90343 Nürnberg, Tel.: 09 11/943-54 00, Fax: 09 11/943-54 88, E-Mail: info@baf.l.de Internet: www.baf.l.de

Karl-Heinz Meier-Braun
»Deutschland, Einwanderungsland«
Edition Suhrkamp, Reihe Standpunkte, Frankfurt a. M. 2002

DGB Bildungswerk (Hg.)
»Die doppelte Staatsangehörigkeit – so ist es möglich«
Stand Dezember 2002
Bezug: Der Setzkasten GmbH, Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf, Fax: 02 11/40 80 090-40, E-Mail: mail@setzkasten.de
Die Publikation ist auch als pdf-Datei unter www.migration-online.de erhältlich

PRO ASYL e.V. (Hg.)
»Viel Schatten, wenig Licht«
Broschüre zum Zuwanderungsgesetz, Februar 2003
Bezug: Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt, E-Mail: proasyl@proasyl.de Internet: www.proasyl.de

Interkultureller Rat in Deutschland und Förderverein PRO ASYL e.V. (Hg.)
»Einwanderungsland Deutschland«
Fakten zu Flucht und Migration, Juli 2002
Bezug: Interkultureller Rat in Deutschland, Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt, Fax: 0 61 51/39 19 740, Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt, Fax: 069/23 06 50

Ulrich Herbert
Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland
Band 410 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003
Bezug: BpB, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel.: 0 18 88/515 0, Fax: 0 18 88/515 113, Internet: www.bpb.de

Islam

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.)
Erzählt Ihnen Eure Geschichte und sie werden verstehen.
Aus der Reihe: »Auf gleicher Augenhöhe«. Düsseldorf 2003, ISBN 3-00-010912-9

Christoph Dahling-Sander, Bärbel Husmann, Heike Scheiwe (Hg.)
So Fremd – so nah. Dialog zwischen Christentum und Islam.
Haus der kirchlichen Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Arbeitsstelle Islam und Migration, Archivstr. 3, 30169 Hannover, Hannover/Loccum 2005, ISBN 3-936420-10-6

Miriam Neubert/Ursula Rudnick (Hg.)
Jede hat ihren Glauben – Aber es ist ein Gott. Begegnungen mit muslimischen Frauen.
Dokumentation einer Ausstellung.
Hora Verlag Hannover 2003

Karima Katja Stauch
Die Entwicklung einer islamischen Kultur in Deutschland. Eine empirische Untersuchung anhand von Frauenfragen.
Berliner Beiträge zu Ethnologie.
Weißensee Verlag Berlin 2004

Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V. (EFD) (Hg.)
Kopftuch-Dialog. Interreligiöses Gespräch über eine Bekleidungsfrage, Frankfurt 2004.
Sondernummer der »mitteilungen« der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland.

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.)
Zur aktuellen Kopftuchdebatte in Deutschland.
Bezug: Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26-27, 10969 Berlin
Berlin 2004

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.)
Religion – Migration – Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft
Bezug: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Lengdorfer Hauptstraße 78-82, 53129 Bonn, Fax: 018 88/555-49 34

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik GmbH (Hg.)
epd-Dokumentation Nr. 51, Dezember 2003
Zwei Arbeitspapiere:
– **Wie können wir Muslimen begegnen?**
– **Christen und Muslime – gemeinsam beten?**
Bezug: GEP-Vertrieb,
Postfach 500 550, 60394 Frankfurt,
Tel.: 069/58 09 81 89, Fax: 069/58 09 82 26,
E-Mail: doku@epd.de,
Internet: www.epd.de

Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)
Thomas Lemmen
Islamische Vereine und Verbände in Deutschland
Bonn 2002

Klaus Leggewie, Angela Joost, Stefan Rech
Der Weg zur Moschee – Eine Handreichung für die Praxis
Bad Homburg 2002, Herbert-Quandt-Stiftung,
ISBN: 3 00 009382 6

Faruk Sen, Hayrettin Aydin
Islam in Deutschland
München, Beck 2002

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.)
– Arbeitshilfen 170, September 2003
Christen und Muslime in Deutschland
– Arbeitshilfen 172, Januar 2003
Leitlinien für multireligiöse Feiern von Christen, Juden und Muslimen
Bezug: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonner Talweg, 53129 Bonn

AK Islam der Hauptabteilung Pastoral im Bischöflichen Generalvikariat Aachen (Hg.)
Der Glaube katholischer Christen für Muslime erklärt
Aachen 2004
Bezug: Generalvikariat, HA Pastoral, Klosterplatz 7, 52062 Aachen,
E-Mail: Dorothee.Schmidt@bistum-aachen.de

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.)
Integration von Muslimen in der Kommune
Bezug: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Rochusstr. 8-10, 53123 Bonn,
Fax: 0 18 88/555-49 34,
Internet: www.integrationsbeauftragte.de

Kirchenamt der EKD (Hg.)
Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen
Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2. Aufl., 2000
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2000

Anton Rauscher
»Der Konflikt um das Kopftuch«
J.P. Bachem Verlag Köln 2004
Bezug: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (Hg.)
Brandenberger Str. 33, 41065 Mönchengladbach
E-Mail: kige@ksz.de

Rassismus / Gewalt gegen Fremde

Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB (Hg.)
Diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Gestaltung des Gesetzgebers und betriebliche Realität.
Berlin 2003
Toennes Druck + Medien, GmbH,
Niermannsweg 3-5, 60699 Erkrath

European Network Against Racism, ENAR (Hg.)
– **Bekämpfung religiöser und ethnischer Diskriminierung im Beschäftigungssektor**.
Brüssel 2004
– **Europäische Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Straftat**. Brüssel 2003.
Beide Schriften stehen im Internet unter www.enar-eu.org/de (Veröffentlichungen) zum Download bereit.

Wilhelm Heitmeyer (Hg.)
Deutsche Zustände. Folge 3. Ergebnisse eines Langzeitprojektes zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2005

CommunityArts e.V.
Aysa, Sophie und Jaimo – **Geschichten aus Deutschland. Lesebuch gegen Fremdenfeindlichkeit**.
Bezug: CommunityArts e.V.,
Eisenbahnstr. 12, 10997 Berlin,
Tel.: 030/797 418 62, Fax 030/797 418 63,
E-Mail: info@communityarts.de
Internet: www.communityarts.de

DGB Bildungswerk e.V., Migration und Qualifizierung (Hg.)
Aktiv gegen Rassismus – Aktionsformen für die Arbeitswelt, Nr.12 der Schriftenreihe Migration und Arbeitswelt
Bezug: Der Setzkasten GmbH, Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf, Fax: 02 11/408 00 90-40,
E-Mail: mail@setzkasten.de

DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung (Hg.)
Katalog für den Verleih von Filmen zu den Themen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Lebenssituation von AusländerInnen in Deutschland
Einschbar unter www.migration-online.de.
Ausleihe und Beratung: DGB Bildungswerk Bereich Migration und Qualifizierung,
Tel.: 02 11/43 01-183, Fax: 02 11/43 01-134
Bezug der Printversion des Katalogs:
Der Setzkasten GmbH, Tel.: 02 11/40 80 090-0,
Fax: 02 11/40 80 090-40,
E-Mail: mail@setzkasten.de

Jonas Lanig, Marion Schweizer
Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg – rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt,
Verlag an der Ruhr 2003
Bezug: Verlag an der Ruhr,
Postfach 10 22 51, 45422 Mülheim an der Ruhr,
Tel.: 02 08/43 95 450, Fax: 02 08/43 95 439,
E-Mail: info@verlagruhr.de
Internet: www.verlagruhr.de

Didaktische Materialien

Aktion Jugendschutz,
Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (Hrsg.)
Kulturkonflikt? Methoden des interkulturellen Konfliktmanagements in der Jugendhilfe.
München 2004.
Bezug: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., Fasaneriestr. 17, 80363 München.

Interkultureller Rat in Deutschland (Hrsg.)
Alle anders – alle gleich. Ideen und Anregungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus
Darmstadt, Januar 2005
Bezug: Goebelstr.21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 0 61 51/33 99 71, Fax: 0 61 51/39 19 740,
E-Mail: info@interkultureller-rat.de

Joachim Sauer, Alfons Scholten,
Berhard W. Zauneder (Hrsg.)
Global Games. 70 Spiele und Übungen für Interkulturelle Begegnungen
Herder Verlage 2004

Funkhaus Europa (Hrsg.)
Ab auf die Reise. In 19 Liedern um die Welt. 1. Multikultureller Liederwettbewerb des WDR.
Bezug: WDR Mediagroup Audio GmbH,
Ludwigstr. 11, 50667 Köln,
Tel.: 02 21/20 35 21 23, Fax: 02 21/20 35 23 423

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
Themenblätter im Unterricht
– **Zuwanderung nach Deutschland**
(Nr. 31, 2003)
– **Bevölkerungsentwicklung im Sozialstaat**
(Nr. 26, 2003)
Bezug: bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Tel.: 0 18 88/515 0, Fax: 0 18 88/515 113,
Internet: www.bpb.de

IDA – Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V. (Hg.)
Ausstellungsverzeichnis / KünstlerInnenverzeichnis / Film- und Videoverzeichnis
Bezug: IDA,
Vollmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf,
Tel.: 02 21/15 92 55-5, Fax: 02 11/15 92 55-69,
E-Mail: info@IDAeV.de
Internet: www.IDAeV.de

Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.)
Bloß nicht auffallen. Illegale in Deutschland
Bezug: Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg,
Tel.: 040/254 56-148, Fax: 040/254 56-448

Picum, Pro Asyl, Freudenberg Stiftung
Unterstützung für Menschen ohne Papiere in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien.
Von Loeper Literaturverlag Karlsruhe 2004,
ISBN 3-86059-458-3

Karen Schönwälder, Dita Vogel,
Giuseppe Sciortino
Migration und Illegalität in Deutschland. AKI-Forschungsbilanz
Bezug: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin,
Tel.: 030/254 91-352,
E-Mail: mailto:aki@wz-berlin.de
Internet: www.aki.wz-berlin.de

Projektstelle Illegalität NRW
Infobrief 1-04, Illegalität und schulische Bildung Infobrief 2-04, Strafrecht und Illegalität
Bezug: Projekt »Illegalität«,
Postfach 10 20 28, 40011 Düsseldorf,
E-Mail: projekt-illegalitaet@gmx.de

Deutsches Rotes Kreuz (Hrsg.)
Migrantinnen und Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus. Dokumentation einer Fachtagung.
Bezug: Deutsches Rotes Kreuz, Migration und Integration, Carstennstr. 58, 12250 Berlin, Tel.: 030/85 404-130, Fax: 030/85 404-451

Petra Datta
Papierlos in Deutschland – Sozialarbeit mit Migranten ohne Aufenthaltsstatus
Göttingen 2003
Bezug: Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.,
Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen, Tel.: 05 51/548 220, Fax: 0551/548 22 22, E-Mail: info@ibbw.de

Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH (Hg.)
Dokumentation: Illegal in NRW – Menschen ohne Aufenthaltsstatus
epd-Dokumentation Nr. 6, Februar 2003
Bezug: GEP-Vertrieb,
Postfach 500 550, 60394 Frankfurt, Tel.: 069/58 09 81 89, Fax: 069/58 09 82 26, E-Mail: vertrieb@gep.de

Andreas Beisbart
Ohne Papiere in Deutschland, Heft 2/03 der Broschürenreihe »BRD und Dritte Welt«
Bezug: Magazin Verlag,
Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Hg.)
Dass Sie uns nicht vergessen ... Menschen in der Illegalität in München.
Eine empirische Studie. München, August 2003
Bezug: Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit,
Franziskanerstr. 8, 81669 München, Tel.: 089/233-405 42, E-Mail: yasemin.uzunok@muenchen.de

Petra Datta
Papierlos in Deutschland – Sozialarbeit mit Migranten ohne Aufenthaltsstatus
Göttingen 2003
Bezug: Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.,
Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen, Tel.: 05 51/548 220, Fax: 05 51/548 22 22, E-Mail: info@ibbw.de

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland (Hg.)
Projekt »Illegalität«: Informations- und Fortbildungsangebote
zu »Menschen ohne Aufenthaltsstatus«
Bezug: Projekt »Illegalität«, Uli Sextro, Postfach 102 028, 40011 Düsseldorf, E-Mail: projekt-Illegalitaet@gmx.de

DGB Bildungswerk (Hg.)
»Rechte aus dem Arbeitsverhältnis Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis« aus der Schriftenreihe »Migration und Arbeitswelt«
Bezug: Der Setzkasten GmbH,
Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf, Fax: 02 11/40 80 090-40, E-Mail: mail@setzkasten.de
Die Publikation ist auch als pdf-Datei unter www.migration-online.de erhältlich

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.)
Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung
Die deutschen Bischöfe – Kommission für Migrationsfragen Nr. 25, Mai 2001
Bezug: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.)
Ohne Recht auf Aufenthalt – illegal
Eine Handreichung und Einladung zum Gespräch zur Situation von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus, Oktober 2000
Bezug: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen,
Tel.: 02 51/27 09-230, Fax: 02 51/27 09-55 231, E-Mail: eckeberg@dw-westfalen.de

Flüchtlinge

PRO ASYL e.V. (Hg.)
Broschüre und Plakat zum
Tag des Flüchtlings 2005
»Hier geblieben! Es gibt keinen Weg zurück.«
Broschüre, Mai 2005
Bezug: Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624, 60069 Frankfurt, E-Mail: proasyl@proasyl.de
Internet: www.proasyl.de

UNHCR (Hg.)
Menschenrechte, Flüchtlinge und UNHCR
Bezug: E-Mail: gfrbe@unhcr.de
Internet: www.unhcr.de

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. (Hg.)
»Unter dem Schatten Deiner Flügel ...«
Eine empirische Untersuchung über Erfolg und Misserfolg von Kirchenasyl
Bezug: Berliner Freiheit 16, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/965 03 42, Fax: 02 28/965 03 43, E-Mail: info@kirchenasyl.de

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. (Hg.)
Rechtliche Aspekte des Kirchenasyls
Bonn, Oktober 2001
Bezug: Berliner Freiheit 16, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/965 03 42, Fax: 02 28/965 03 43, E-Mail: info@kirchenasyl.de

Diakonisches Werk der EKD (Hg.)
Das Lachen der Kinder ist unser größtes Geschenk
Projektbeschreibungen und -ideen für die Arbeit mit Flüchtlingskindern
Stuttgart, Mai 2003

EKD in Kooperation mit Cimade, Frankreich und der Ev. Landeskirche in Baden (Hg.)
Einmischung um der Menschenrechte Willen. Kirche zwischen Asylrechtswidrigkeit und europäischer Gesetzgebung
Neuaufgabe, September 2002
Bezug: Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe, Referat Diakonie, Mission und Ökumene, Tel.: 07 21/91 75-522, Fax: 07 21/91 75-529, E-Mail: EOK-Migration@ekiba.de

BAG JAW – Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit e.V. (Hg.)
Isoliert und am Rande der Gesellschaft – Perspektive ungewiss!
Die Situation junger Flüchtlinge.
Ein Positionspapier.
Bezug: BAG JAW, Kennedyallee 105-107, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/959 68-0, Fax: 02 28/959 68 30, E-Mail: bagjaw@jugendsozialarbeit.de

Europa

DGB-Bildungswerk (Hg.)
Bereich Migration und Qualifizierung
Masseneinwanderung von Migranten und Flüchtlingen? Auswirkungen der Osterweiterung der EU – Mythen und Fakten
Tagungsdokumentation September 2000
Bezug: DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung,
Postfach 103055, 40021 Düsseldorf

Churches Committee for Migrants in Europe
Migration News Sheet
Bezug: Migration News Sheet,
172-174, rue Joseph II, B-1000 Bruxelles

Steffen Angenendt (Hg.)
Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft.
Bd. 342 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung
Bezug: bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel.: 0 18 88/515 0, Fax: 0 18 88/515 113, Internet: www.bpb.de

Zeitschriften

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
»Migration und Bevölkerung« Newsletter
Bezug: Internet: www.migratio-info.de

Ev. Kirche im Rheinland
»Newsletter Migration«
Bezug: Internet: www.ekir.de

DGB-Bildungswerk (Hg.)
Forum Migration / Aktiv gegen Rassismus / Datendienst Migration / Mediendienst Migration
Bezug: Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 02 11/40 80 090-0,
Fax: 02 11/40 80 090-40,
E-Mail: lavista@setzkasten.de
Internet: www.migration-online.de

Isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH
Saarbrücken (Hg.)
AiD – Ausländer in Deutschland
Bezug: isoplan GmbH,
Martin-Luther-Straße 20, 66111 Saarbrücken, Tel.: 06 81/93 646-0, Fax: 06 81/93 646-11, E-Mail: aid@isoplan.de
Internet: www.isoplan.de

nah & fern. Ein Material- und Informationsdienst für Ökumenische Ausländerarbeit
Bezug: Berliner Missionswerk,
Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin, Tel.: 030/24 344-123, E-Mail: bmw@berliner-missionswerk.de

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.)
Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit
Bezug: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt a.M., Tel.: 069/957 89-0, Fax: 069/957 89-190, E-Mail: info@iss-ffm.de

owl Interkulturell, Interkulturelles Magazin für Ausbildung, Qualifizierung und Integration in Ostwestfalen-Lippe
Bezug: owl Interkulturell,
Wilhelmstr. 5-7, 33602 Bielefeld, Tel.: 05 21/98 64 190, Fax: 05 21/98 64 191, E-Mail: info@owl-interkulturell.de

Informationsblatt des Vereins Zebra
(Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und kulturellen Betreuung von Ausländer/innen in Österreich)
Bezug: Pestalozzistr. 59/II, A-8010 Graz, Tel.: 03 16/90 80 70-0, Fax: 03 16/90 80 70-50, E-Mail: zebrat@zebra.or.at

Bestellungen

Ihr Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger,
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.,
Fax: 069 / 23 06 50
oder im Internet unter www.interkulturellewoche.de
und www.woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de

Hiermit bestelle ich:

..... Expl. des **Materialumschlags**
**»Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 2005«**
Inhalt: 1 Materialheft »Miteinander Zusammenleben gestalten«,
60 Seiten, DIN A4
1 Plakat DIN A3 »Miteinander Zusammenleben gestalten«,
1 Materialheft »Tag des Flüchtlings«,
48 Seiten, DIN A4
1 Plakat DIN A3 »Tag des Flüchtlings«
Staffelpreise:
bis 9 Exemplare 4,20 Euro; ab 10 Exemplaren 3,20 Euro;
ab 50 Exemplaren 2,50 Euro
Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:
bis 9 Exemplare 2,20 Euro; ab 10 Exemplaren 2,00 Euro;
ab 50 Exemplaren 1,40 Euro

..... Expl. des **Faltblattes**
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Mai 2005; 2 Seiten, DIN A4 gefalzt
Staffelpreise: 1 bis 99 Exemplare 0,07 Euro;
ab 100 Exemplaren 0,05 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A 3**
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,40 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,30 Euro; ab 100 Exemplaren 0,20 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A 2**
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,80 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,50 Euro; ab 100 Exemplaren 0,40 Euro

Postkarten

(vierfarbig, siehe Titelbild und Seite 5, 11, 36, 42)

..... Expl. **»Netzwerk und Dialog«**

..... Expl. **»Zopf«**

..... Expl. **»Hände«**

..... Expl. **»Zeichen senden«**

Kostenbeitrag: 1 bis 49 Exemplare 0,25 Euro;
ab 50 Exemplaren 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Ich bitte um Lieferung an: (Bitte kein Postfach angeben)

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail


Datum, Unterschrift

! Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind,
unbedingt eine Ersatzadresse an.
Ersatzadresse, bei der tagsüber Pakete abgegeben
werden können:

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

Herausgeber:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main,
Telefon: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
E-Mail: info@woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de
info@interkulturellewoche.de
Im Internet: www.woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de
www.interkulturellewoche.de

Vorstand:

Vorsitzender: Jörn-Erik Gutheil, Evangelische Kirche im Rheinland, Düsseldorf
stellv. Vorsitzender: José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropolie, Bonn

Weitere Mitglieder:

Dagmar Apel, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin
Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-orthodoxe Metropolie, Mannheim
Ute Denzer-Horneber, Arbeitsgemeinschaft Evangelische Frauenarbeit, Braunschweig
Dr. Nadeem Elyas, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Eschweiler
Dr. Ralf Geisler, Kirchenamt der EKD, Hannover
Katrín Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Edith Giebson, Bischöfliches Ordinariat, Magdeburg
Dieter Griemens, Diözese Aachen, Würselen
Ursula Hartmann, Die Heilsarmee in Deutschland, Nürnberg
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Doris Dickel, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration, Berlin
Adelino Massuvira, Evangelisches Kreiskirchenamt, Suhl
Pfarrer Wolfgang Miehle, Deutsche Bischofskonferenz,
Sekretariat Bereich Weltkirche und Migration, Bonn
Karin Pergold, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Mechthild Schirmer, Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/Main

Redaktion: Günter Burkhardt, Jutta Janzen

Titelbild: Augsburgener Kreativ Agentur UV Werbung

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: VARIO Medienproduktions GmbH, Frankfurt/Main

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss
herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind
die Meinung der Verfasser.

**Als Termin für die Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 2005 wird der 25. September bis
1. Oktober 2005 empfohlen.**

Freitag, der 30. September 2005, ist der Tag des Flüchtlings.

**Termine für die
Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 2005 und 2006:
2006: 24. September – 30. September
2007: 30. September – 6. Oktober**